

Das

politische

Buch

eine Auswahl

WESTDEUTSCHER VERLAG · KÖLN UND OPLADEN



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

18. Jahrgang / Heft 3/4

März-April 1963

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Zur Auswertung des Parteitages der SED — zur Vorbereitung des Parteitages der KPD	2
Zu einigen Fragen der Arbeiterbewegung und der Aktionseinheit in Westdeutschland	9
Der Kampf für den Schutz der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte und Freiheiten ...	13
Die Bedeutung des veränderten Parteistatus	18
Über den Charakter und die Bedeutung des Kampfes um die sozialen Rechte und die wirtschaftliche Sicherheit	23
Für die marxistisch-leninistische Einheit der kommunistischen Bewegung, für die Geschlossenheit der Länder des Sozialismus	30
Aus der Diskussion der 22. ZK-Tagung der KPD	36

Zur Auswertung des Parteitages der SED — zur Vorbereitung des Parteitages der KPD

VON MAX REIMANN — ERSTER SEKRETÄR
DES ZK DER KPD

Der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gab den Ausblick auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, von der Frieden und soziale Sicherheit, Menschenwürde und Brüderlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit und das unablässige Streben nach der Lösung der nationalen Frage in Deutschland ausgehen. Er wird in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unserer Nation als der Parteitag eingehen, der den Weg und das Ziel des Kampfes der ganzen deutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung beleuchtet.

Der VI. Parteitag, die Verkündung des Programms der SED für den umfassenden Aufbau des Sozialismus und auch unsere 22. Zentralkomitee-Tagung, die Beschlusfassung über den Entwurf einer Programmatischen Erklärung entsprachen einem dringenden Erfordernis und einem gesamtationalen Bedürfnis. Diese Dokumente, die hervorragenden und bedeutungsvollen Reden der Genossen Walter Ulbricht und N.S. Chruschtschow geben Antwort auf die Grundfragen der deutschen Politik auf die Fragen nach der nationalen und sozialen Perspektive unseres Volkes, nach den nächsten Schritten zu Frieden und friedlicher Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten.

Kommunisten und Sozialdemokraten, die als Gäste an den Beratungen des VI. Parteitages teilnahmen, sagten: Dieser Parteitag hat uns sehr viel gegeben, aber auch einiges auf gegeben. Er gab der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung auch der Bundesrepublik die Perspektive ihres sozialen, demokratischen und nationalen Kampfes. Er hat uns, der KPD der westdeutschen Arbeiterklasse, allen friedliebenden, demokratischen Kräften in der Bundesrepublik aufgegeben, über unsere Verantwortung und unsere Pflichten nachzudenken. Er hat uns aufgetragen, noch stärker dafür zu wirken, daß sich die friedliebenden, demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik fester mit der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Kampffront gegen die antinationalen Politik der deutschen Imperialisten, für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten zusammenschließen. Er hat es jedem Kommunisten zur Aufgabe gemacht, die Grundfragen zu erkennen, die wir zu klären und zu lösen haben, um unserer Verantwortung und Rolle in der Bundesrepublik gerecht zu werden, um uns noch enger mit den Massen zu verbinden, um die Arbeiterklasse auf

den Weg der Herstellung der Aktionseinheit für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu führen.

Dieser Aufgabe dient die ideologisch-politische Diskussion über den Entwurf unserer Programmatischen Erklärung und das veränderte Parteistatut, die wir in der Vorbereitung unseres Parteitages allen Kommunisten, der westdeutschen Arbeiterklasse, der ganzen Öffentlichkeit zur Aussprache übergeben. So vereinigen sich die Auswertung des VI. Parteitages der SED und die Vorbereitung unseres eigenen Parteitages zu einer gemeinsamen politisch-ideologischen und politisch-praktischen Aufgabenstellung.

Frieden und der umfassende Aufbau des Sozialismus — das große Ziel des Wirkens der SED

Frieden und Sozialismus sind das große Ziel des Wirkens der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das auf dem VI. Parteitag erneut manifestiert wurde. Jedem wurde deutlich gemacht, daß der Sozialismus den Frieden bedingt. Die Verwirklichung der ureigensten Interessen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes sind unmittelbar mit dem Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz verbunden. Der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Deutschland sind Aufgaben, die untrennbar miteinander verflochten sind und deren Verwirklichung von größter Tragweite für die Entwicklung und Zukunft ganz Deutschlands sind.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus erfordert die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft, die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Anwendung der fortgeschrittensten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung noch besser zu befriedigen. Er erfordert die weitere Vertiefung der sozialistischen Beziehungen der werktätigen Menschen untereinander und verlangt zugleich eine weitere Vervollkommenung der Führung des sozialistischen Staates, der durch seine Friedens-, Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich macht, daß er das neue Deutschland verkörpert. Je erfolgreicher die Werktätigen der DDR unter Führung der SED diese Aufgaben verwirklichen, desto stärker wird der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, desto augenscheinlicher verändert sich das Kräfteverhältnis in Deutschland weiter zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts.

Um die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse und Tendenzen in der Bundesrepublik zu verstehen, um aus den politischen Gegebenheiten richtige Schlußfolgerungen zu ziehen, ist es heute unerläßlich, die Existenz und den wachsenden Einfluß der Deutschen Demokratischen Republik auch auf die Entwicklung in der Bundesrepublik in Rechnung zu stellen. Die Antwort nach der Perspektive Deutschlands und der Zukunft unserer Nation ist in der Tatsache gegeben, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Zukunft ganz Deutschlands geschmiedet, die Grundlage für die Lösung der nationalen Frage im Sinne des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts geschaffen wird. Damit wird zugleich — wie wir in unserer Programmatischen Erklärung sagen — auch der Bundesrepublik der Weg zu Frieden, Demokratie und Sozialismus gewiesen.

Alle realistisch denkenden, im Interesse der Arbeiterklasse und der Nation wirkenden Kräfte in der Bundesrepublik sollten erkennen, daß sich die Gestaltung der Zukunft ganz Deutschlands in der DDR unter Führung der SED, mit dem erprobten Arbeiterführer und bewährten Staatsmann Walter Ulbricht an der Spitze und in enger Gemeinschaft mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Weltlager vollzieht. Diese unverbrüchliche Freundschaft hat ihr Symbol gefunden in dem brüderlichen Verhältnis der Genossen Walter Ulbricht und N. S. Chruschtschow. Genosse Chruschtschow sagte bei seiner Ankunft in Berlin: Der Tischler Walter Ulbricht und der Schlosser N. S. Chruschtschow sind unzertrennlich verbunden!

Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Erfolge beim umfassenden Aufbau des Sozialismus geben uns Kommunisten in der Bundesrepublik nicht nur Perspektive und Zuversicht. Sie bedeuten uns eine Quelle zunehmender Kraft. Diese Kraft wird in der Partei, in der Massenarbeit und in der Aktion wirksamer, wenn alle Genossen verstehen und danach handeln: Unerschütterlich an der Seite der DDR und der SED stehen, die Politik, die Errungenschaften und Erfolge der DDR für den eigenen Kampf nutzen, entschlossen und offensiv der Hetze entgegenzutreten — das ist Gebot und Pflicht eines jeden Kommunisten, das ist ein Erfordernis für den erfolgreichen Kampf zur Verwirklichung der im Entwurf unserer Programmatischen Erklärung enthaltenen Ziel- und Aufgabenstellung.

Sowohl für den entfalteten Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, wie auch für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bedarf es des Friedens. Nur im Frieden können sich die Vorzüge der neuen.

der sozialistischen Ordnung voll entfalten. Der Krieg, der heute ein thermonuklearer sein würde, wäre für die Entfaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung von eben solchem Schaden, wie für den Kampf der Arbeiterklasse und der Volkskräfte in den kapitalistischen Ländern, für ihre sozialen und politischen Rechte und für den gesellschaftlichen Fortschritt. So ist unter den heutigen Bedingungen der Kampf gegen die Vorbereitung und Entfesselung eines Krieges eine entscheidende Aufgabe auf dem Wege des sozialistischen Fortschritts in den Ländern des Sozialismus und der Verwirklichung der sozialen und demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen in den imperialistischen Ländern. Daher ist es auch das gemeinsame Interesse der sozialistischen Länder, der Arbeiterklasse und der Volkskräfte in den kapitalistischen Ländern für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, für Abrüstung und Entspannung zu kämpfen. Der Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz in Deutschland ist heute das unmittelbarste der gemeinsamen Interessen der DDR, der Arbeiterklasse und der friedliebenden Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Der VI. Parteitag wurde zu einem Zeugnis der Solidarität mit den friedliebenden Kräften in der Bundesrepublik, zu einem Beweis dafür, daß die DDR der mächtigste Verbündete der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte in der Bundesrepublik ist. Die DDR steht fest zu der Arbeiterklasse und den friedliebenden Kräften der Bundesrepublik — die Arbeiterklasse und die friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik müssen sich ihrerseits fest an die Seite der DDR stellen und dafür einsetzen, daß sich zwischen den beiden deutschen Staaten friedliche Beziehungen entwickeln. Sie müssen das um ihrer selbst und um ihrer Zukunft willen tun. Denn jeder Eroberungsplan gegen die DDR hat sich längst als illusionär erwiesen. Jeder Aggressions- und Gewaltakt gegen die DDR könnte nur mit der Selbstvernichtung enden. Jede Hetze und Verleumdung gegen die Deutsche Demokratische Republik wirkt sich unmittelbar zum Schaden der um ihre sozialen und demokratischen Rechte kämpfenden Volkskräfte aus.

Diesen untrennbaren Zusammenhang, diese grundlegende Gemeinsamkeit des Kampfes für die Sicherung des Friedens in Deutschland gilt es der westdeutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung zu erklären. Hierzu bedarf es unsererseits einer solchen Aufklärung, daß die Arbeiter, Bauern und Bürger der Bundesrepublik begreifen, das alles, was die DDR, die SED und Genosse Walter Ulbricht bisher getan haben und tun im Interesse der ganzen deutschen Nation getan wurde und wird. So werden die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte ihre Pflicht, ihre nationale Verantwortung besser begreifen und ihre Anstrengungen verstärken, um die Fortsetzung der abenteuerlichen und aussichtslosen Provokationen der militaristischen Scharfmacher gegen die DDR zu verhindern, auch in der Bundesrepublik eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen und verstärkt eine deutsche Friedensregelung und die Lösung der Westberlinfrage fordern. Darum geht es in erster Linie in der Auswertung des SED-Parteitages, wie in der Arbeit mit unserer Programmatischen Erklärung.

Die ganze Politik der SED ist ebenso wie die Grundlinie unserer Programmatischen Erklärung auf die Schaffung friedlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gerichtet. Eine ganz andere Richtung aber verfolgt die Adenauer-Regierung, verfolgen die Revanchisten und Militaristen, die in Bonn die Macht ausüben und noch immer den Kurs der westdeutschen Politik bestimmen. Das wird deutlich in dem Pakt Adenauer - de Gaulle, der Schaffung der Kriegsachse Bonn-Paris. Die Adenauer-Regierung hält — wie das die Regierungserklärung zeigt — an der irrealen Doktrin von der Nichtanerkennung der Existenz der DDR und an der gescheiterten Konzeption von einem imperialistischen Gesamtdeutschland fest. Sie unterstützt die Bildung einer NATO-Atommacht, um in den Besitz von Atomwaffen oder aber Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen. Sie ignoriert die Vorschläge der Regierungen der UdSSR und der DDR, weil sie keine Entspannung, sondern eine Verschärfung der Lage in der Welt und in Deutschland will. Sie schürt durch antikommunistische Hetze den kalten Krieg, um den Boden zu bereiten für die Notstandsgesetze, denen der Bundestag in erster Lesung zugestimmt hat. Sie forciert das Wetrüsten und leitet im Interesse der Kriegsvorbereitung unter der Losung vom „Maßhalten“ einen massiven Angriff gegen die sozialen Rechte der Werktätigen ein.

Diese abenteuerliche Politik ist umso gefährlicher und alarmierender, als die Brandt, Wehner und Eiler in der SPD-Führung gerade in diesen Tagen erneut ihr bedingungsloses Ja zur Bonner Kriegs- und Rüstungspolitik bekräftigten. Sie stimmen der Schaffung einer NATO-Atommacht mit westdeutscher Beteiligung zu. Sie haben sich im Bundestag für die Notstandsgesetzgebung ausgesprochen und sie begrüßen das Abkommen Adenauer - de Gaulle, die Bildung einer Kriegsachse Bonn-Paris.

Dem aggressiven und antinationalen Kriegsprogramm der Adenauer-Regierung und der Brandt-Wehner-Erler-Gruppe in der SPD-Führung stellte Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag namens der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands das 7-Punkte-Programm der friedlichen Koexistenz, der Vernunft und des guten Willens entgegen. Dieses Programm beinhaltet: Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung; Respektierung der Grenzen und Verzicht auf ihre Revision; feierlicher Verzicht auf Erwerb, Herstellung und Lagerung von Kernwaffen; Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Abrüstung; Herstellung normaler Kultur- und Sportbeziehungen; Abschluß eines Handelsvertrages. Dieser reale Weg zur Entspannung und Verständigung, der Verwirklichung der Forderung nach einer deutschen Friedensregelung und nach der Umwandlung Westberlins in eine Freie neutrale Stadt ist ein nationales Lebensinteresse unseres ganzen Volkes.

Der VI. Parteitag der SED ermahnt die westdeutsche Bevölkerung sich in ihrem eigenen Interesse dem aggressiven Kriegskurs der imperialistischen Scharfmacher zu widersetzen. Er stellt die Arbeiterklasse, die friedliebenden, demokratischen Kräfte der Bundesrepublik vor die Verantwortung und Aufgabe, ihrerseits die Initiative zu ergreifen, um durch den Einsatz ihrer ganzen Kraft und durch die Entwicklung der gemeinsamen Aktion auch in der Bundesrepublik eine Politik der Vernunft und des guten Willens durchzusetzen.

Den Weg dorthin weisen wir in unserer Programmatischen Erklärung von der wir überzeugt sind, daß sie in ihren Grundgedanken ein großer Beitrag zur Einigung aller friedliebenden Kräfte darstellt. Unsere Öffentlichkeitsarbeit mit dem Entwurf der Programmatischen Erklärung wird den Arbeitern, den Bauern und allen gut gesinnten Bürgern der Bundesrepublik zeigen, daß unsere Partei in Westdeutschland die Partei ist, die ein konsequentes Friedensprogramm besitzt, unbeirrt den Weg seiner Verwirklichung geht und eine Alternative zur Politik der Bonner Regierungskoalition CDU-FDP und der SPD-Führung vertritt.

Neue Impulse im Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten

Der VI. Parteitag der SED und seine Auswertung geben der Arbeiterklasse und den Volkskräften in der Bundesrepublik neue Impulse auch im Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Durch die von ihm ausgehende Friedensinitiative widerlegte er erneut die Lüge und den Volksbetrug der herrschenden Kreise in Bonn, der Brandt-Wehner-Erler-Gruppe in der SPD-Führung und mancher DGB-Führer, die Notstandsgesetze seien notwendig, weil der Bundesrepublik eine Gefahr von den sozialistischen Ländern drohe. Vom Genossen Walter Ulbricht wurde in seiner Rede ebenso wie im Programm der SED anschaulich dargelegt, daß die Arbeiterklasse und die westdeutsche Bevölkerung einzig und allein von der Kriegs- und Notstandspolitik der aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus, den Verderbern der deutschen Nation bedroht werden.

Von der Richtigkeit dieser Feststellung können sich die Arbeiter und alle demokratisch gesinnten Kräfte in der Bundesrepublik anhand ihrer eigenen Erfahrungen überzeugen. In Gestapo-Manier wurde die Nacht- und Nebelaktion gegen den „Spiegel“ durchgeführt. Die Polizei ging gegen die demonstrierende Belegschaft der Humboldt-Deutz-Werke in Köln vor. Bereitschaftspolizei besetzte bestreikte Abteilungen bei Henschel in Kassel. Ein Redakteur der „Bielefelder Freien Presse“ wurde verurteilt, weil er über die beabsichtigte Umwandlung eines Dorfes in eine Bundeswehr-Garnison berichtete. Gegen einen Schriftsteller wurden Repressalien in Gang gesetzt, weil er in einer Fernsehsendung von der regierungsamtlichen Meinung abgewichen ist. Der Prozeß gegen die VVN wurde immer noch nicht niedergeschlagen. All das sind Vorgriffe auf die Notstandsgesetze, sind Beispiele dafür, daß sie sich gegen die friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik selbst richten.

Der Parteitag der SED war für die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ein Anschauungsunterricht dafür, was sozialistische Demokratie und Freiheit bedeuten. Sie bedeuten politische Macht der Arbeiter im Bunde mit den Bauern und den anderen Werktätigen, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Heranführung von Millionen Menschen an die Mitarbeit bei der Leitung und Lenkung des Staates und der Wirtschaft. Sie bedeuten kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit Mängeln und Schwächen, die die Vorwärtsentwicklung der neuen Ordnung, den noch schnelleren Fortschritt zu einem Leben in Wohlstand behindern. Sie bedeuten ständige Aussprachen der Partei- und Staatsorgane mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern in

den Produktionsgenossenschaften, den Wissenschaftlern und Technikern über die Staatsgesetze, über die Planung des wirtschaftlichen Lebens. Sie bringen die höchste Entfaltung der Persönlichkeit, die freie Entwicklung aller Talente aus den Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes.

Fast auf den Tag, da in Bonn die erste Lesung der Notstandsgesetze über die Bühne ging, hat der Parteitag der SED ein großes Programm zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie und des freien sozialistischen Menschen beschlossen. Mit dieser Tatsache ist uns eine starke ideologisch-politische Waffe gegeben zur Aufklärung der westdeutschen Bevölkerung, um den Menschen überzeugend darzulegen, daß wir auch in unserem demokratischen Kampf in der DDR unseren besten Verbündeten und Helfer haben. Im Ringen um Demokratie können wir fest auf die Hilfe der DDR bauen. Das zeigt nicht nur die Entlarvung von Oberländer, Fränkel, Strauß, Globke, von Nazi-Blutrichtern und Kriegsverbrechern. Das zeigt sich vor allem an der längst bewiesenen Tatsache, daß allein schon die Existenz der DDR den nach einer offenen militaristisch-kleralen Diktatur strebenden Kräften Schranken setzt. Das sollten wir jetzt den Arbeitern und der westdeutschen Bevölkerung bewußt machen. Wir selbst haben zu erkennen, daß unser Kampf für Demokratie umso erfolgreicher sein wird, je offensiver wir die demokratischen Errungenschaften in der DDR als eine starke Waffe im Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik nutzen.

So richtig es ist, daß der Sozialismus und der Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt den Frieden bedingt, so wahr ist es auch, daß der Frieden und die Durchsetzung der sozialen Forderungen der westdeutschen Werktätigen den Kampf für Demokratie erfordern. Die Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung lehrt, daß die Vorbereitung eines Krieges, die Sicherung des Lebensstandards immer mit der Einschränkung oder völligen Beseitigung der demokratischen Rechte verbunden ist. So wird der Kampf für die demokratischen Rechte besonders in der Bundesrepublik zu einem entscheidenden Glied des Strebens nach Frieden und sozialer Sicherheit. Das umso mehr, da die Notstandsgesetze keine einfachen Gesetze gegen die Demokratie, sondern zugleich Kriegsgesetze sind. Ihre ganze Konzeption, ihre Einzelbestimmungen zielen auf die Beseitigung der grundgesetzlichen Rechte hin, um so den Atomkrieg, der mit der Selbstvernichtung der westdeutschen Bevölkerung enden würde, vorzubereiten und zu führen. Unter diesen Bedingungen wird der Kampf gegen die Notstandsdictatur zu einer Lebens- und Existenzfrage für die Arbeiterklasse, für die demokratischen Kräfte, für die ganze Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Im Entwurf unserer Programmatischen Erklärung haben wir die Linie des Kampfes für Demokratie, für die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten Rechte dargelegt. Dieser Kampf ist zu einem Angelpunkt unserer gesamten Politik geworden. Deshalb stellen wir die Diskussion über diese Fragen und entsprechende Schlußfolgerungen für die Weiterführung der Bewegung gegen Notstandsdictatur ins Zentrum unserer Parteitagsvorbereitung. Die Aufgabe besteht jetzt, nach der ersten Lesung der Notstandsgesetze, darin, von den zahlreichen Protestentschlüssen der Gewerkschaften, der Intelligenz zu sichtbaren Aktionen zu kommen, zu einer breiten Aufklärungskampagne über den Inhalt und die Einzelbestimmungen des Gesetzes, zu Unterschriftensammlungen unter Protesterklärungen, zu öffentlichen Protestumzügen, zu gewerkschaftlichen Kundgebungen, zu Warnstreiks, zur Entsendung von Delegationen zu Bundestagsabgeordneten. So wirken die Gewerkschafter in den Betrieben und örtlichen Organisationen noch stärker auf die Gewerkschaftsvorstände und die Leitungen der SPD im Sinne der Durchführung von Aktionen ein und veranlassen zugleich die Bundestagsabgeordneten, die Notstandsgesetze bei der bevorstehenden Beratung abzulehnen.

Jedem Kommunisten, allen demokratischen Kräften ist es jetzt aufgegeben, sich durch die gemeinsame Aktion für die Erhaltung der im Grundgesetz verankerten Rechte einzusetzen. Nur der bewährt sich heute als wirklicher Kämpfer für Freiheit und Demokratie, der jedem Anschlag auf die demokratischen Volksrechte entgegentritt. Wenn Kriegsverbrechern wie Dönitz die Möglichkeit eingeräumt wird, vor jungen Menschen die Kriegspolitik Hitlers zu rechtfertigen, dann muß das durch Protestentschlüssen und Versammlungen der Gewerkschaften mit den Betriebsbelegschaften, durch Aktionen der verschiedensten Art verhindert werden. Wenn der Würzburger Arzt Herterich vor Gericht gezerrt wird, durch Rufmord und Repressalien bedrängt wird, dann muß sich jeder Kommunist, jeder Demokrat schützend vor diesen Mann stellen, ihm Solidarität erweisen, die Verteidigung seiner Rechte zu einer Sache aller Volkskräfte machen. Auch so entwickelt sich in vielfältiger Form und unter Einbeziehung von immer mehr Menschen die große Bewegung, die in der Lage ist, der Errichtung einer Notstandsdictatur Einhalt zu gebieten.

Herstellung der Aktionseinheit — Voraussetzung für die Veränderung des Kräfteverhältnisses

Der Parteitag der SED demonstrierte vor der westdeutschen Arbeiterklasse, wozu die Arbeiterklasse fähig ist, welche gewaltigen Energien sie besitzt, welche mobilisierende Anziehungskraft sie auf die anderen Volksschichten ausübt, wenn sie einheitlich und geschlossen und unter Führung einer geeinten marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei kämpft. Wie in der DDR die Überwindung der Spaltung durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, der Vereinigung der KPD und SPD zur SED die Voraussetzung aller Erfolge war, so ist heute die Herstellung der Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiterklasse und die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten die Voraussetzung für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit.

In unserer Programmatischen Erklärung gehen wir davon aus, daß der Kern der Aktionseinheit der Arbeiterklasse das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten, die feste und dauerhafte Zusammenarbeit ihrer Parteilorganisationen auf allen Ebenen bilden muß. Eine solche Orientierung erfordert stets von dem auszugehen, was uns mit den sozialdemokratischen Genossen und Organisationen verbindet, von den gemeinsamen Interessen im Kampf für Frieden, Demokratie und die Durchsetzung sozialer Forderungen. Zugleich aber müssen wir den Kurs und die Politik der Brandt-Wehner-Gruppe überzeugend entlarven, um so die sozialdemokratischen Genossen von dem politischen Einfluß dieser abenteuervollen Gruppe zu lösen. Im täglichen Kampf für die Verwirklichung der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses arbeiten wir kameradschaftlich mit allen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären zusammen, auch wenn sie Vertreter reformistischer Auffassungen sind. Zugleich setzen wir uns in der ideologischen Aufklärungsarbeit mit den reformistischen Theorien rechter SPD- und Gewerkschaftsführer auseinander, weil sie die Arbeiterklasse an der Entfaltung ihrer Kraft und an der Erkenntnis ihrer sozialistischen Perspektive hindern.

Auf dem VI. Parteitag der SED, wie auch auf unserer 22. ZK-Tagung wurde festgestellt, daß sich in den Ergebnissen des 6. DGB-Kongresses, in der Stellung zur Verwirklichung seiner Beschlüsse, in den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der fünften Adenauer-Regierung ein Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD zeigt, der zwar widersprüchlich, der nicht geradlinig ist, aber ständig voranschreitet. Die Basis und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten wachsen.

Die gemeinsamen Interessen von Kommunisten und Sozialdemokraten finden ihren Ausdruck in der gemeinsamen Zustimmung zu gewerkschaftlichen Beschlüssen gegen die Notstandsgesetze, wie auf der Delegiertenversammlung in Wiesbaden, in Groß Gerau, in Aschaffenburg und an vielen anderen Orten. Sie äußern sich in der Übereinstimmung bei der Forderung nach Kündigung der Lohnstarife. Sie werden sichtbar in dem gemeinsamen Bekenntnis, die Betriebsrätewahl mit gewerkschaftlichen Einheitslisten durchzuführen. Die gemeinsame Beschlußfassung in Gewerkschaftsversammlungen oder -konferenzen, das gemeinsame Bekenntnis müssen wir jetzt hinleiten zur gemeinsamen Tat, zur Einheit in der Aktion gegen die Atomrüstung, Notstandsgesetze und das Sozialpaket, für eine Politik der friedlichen Koexistenz, für die Sicherung der Verfassungsrechte und die Erfüllung der Lohnforderungen. Vom gemeinsamen Bekenntnis zur gemeinsamen Tat vorwärts zu schreiten — darauf kommt es jetzt an.

Wir haben auf unserer 22. ZK-Tagung betont und ich möchte es wiederholen: Jeder Kommunist ist verpflichtet, sich mitverantwortlich zu fühlen für die Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei. Was heißt das aber? Das heißt, daß jeder Kommunist, wo immer er auch arbeitet, verpflichtet ist, mit sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären des Gespräch zu suchen und zu führen. Wenn sozialdemokratische Genossen über die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion bei der ersten Lesung der Notstandsgesetze nachdenken, wenn sie die von der CDU diktierte Absage Brandts an Chruschtschow nicht verstehen, wenn sie sich über die Worte von Adenauer und von Hassel — die skandinavischen Länder müßten der EWG ferngehalten werden, weil sie von Sozialdemokraten regiert würden — empören, dann dürfen die Kommunisten nicht abseits stehen, dürfen sie die Diskussionen nicht nur registrieren, nur zuschauen. Sie müssen vielmehr die Initiative zum Gedankenaustausch mit unseren sozialdemokratischen Klassengenossen ergreifen, um die gewerkschaftlichen Beschlüsse durch gemeinsame Aktionen gegen die Atomrüstung, Notstandsgesetze und die reaktionäre Bonner Sozialpolitik zu verwirklichen.

So kommen wir auch mit den sozialdemokratischen Genossen ins Gespräch über die Grundfragen einer an den Klasseninteressen orientierten Arbeiterpolitik. Wir

schaffen Verständnis dafür, warum jeder Arbeiter, Sozialdemokrat und Gewerkschafter einen klaren Klassenstandpunkt und Klarheit braucht über die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR, über die Tatsache, daß die Bundesrepublik der Staat der Monopolherren und Militaristen, die DDR aber der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat ist. Wir wecken die Einsicht, daß die Arbeiterklasse um den Einfluß auf das gesamte politische und staatliche Leben ringen muß, um die imperialistischen Scharfmacher zurückzudrängen und ihrer Verantwortung für den Frieden und die Zukunft der Nation gerecht zu werden.

Erst wenn wir in dieser Weise jetzt und in der Folgezeit an die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten herangehen, werden wir unserer auch im Statuten-Entwurf verankerten Pflicht zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen gerecht. Wir beeinflussen dann stärker die Entwicklung innerhalb der SPD und in den Gewerkschaften, helfen den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, sich von dem unheilvollen Einfluß der Brandt und Wehner zu lösen. Wir tragen dazu bei, den sozialdemokratischen Genossen bewußt zu machen, daß zwischen den Interessen der Brandt-Erler-Wehner-Gruppe auf der einen Seite und den Interessen der Masse sozialdemokratischer Mitglieder auf der anderen Seite eine tiefe Kluft besteht, eine Scheidelinie verläuft, die, wie bei den Koalitionsverhandlungen von Wehner mit dem Beauftragten Adenauers, auch in anderen entscheidenden Fragen deutlich werden wird.

Das ist auch der Weg zur Zurückdrängung und Überwindung des Antikommunismus in der Arbeiterklasse, dessen sich die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften bedienen, um die Arbeiterklasse an die Kriegspolitik der Militaristen zu ketten, sie blind zu machen und von den Grundfragen des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus abzulenken. Es ist die dringende Aufgabe jedes Kommunisten, in offensiver Art und durch ständige Überzeugung dem Antikommunismus entgegenzutreten

Mit der Programatischen Erklärung unseren Parteitag gut vorbereiten

Die Anwesenheit der Vertreter von 70 Bruderparteien und ihr Auftreten, vor allem die große Rede des Genossen Chruschtschow, haben unterstrichen, daß der VI. Parteitag der SED ein bedeutendes Ereignis in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung war. Er wurde zu einer Manifestation des Willens, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu stärken und leistete einen neuen Beitrag zur weiteren Festigung des sozialistischen Weltsystems. Wir haben im Namen unserer Partei, der die Einheit der kommunistischen Weltbewegung eine heilige und verpflichtende Sache ist, den Vorschlag des Genossen Chruschtschow unterstützt, die öffentliche Diskussion über vorhandene Meinungsverschiedenheiten zu beenden, um die Atmosphäre des Vertrauens, des gegenseitigen Verstehens und sachlicher Erörterungen zu fördern.

Wie in der Rede des Genossen Chruschtschow sehen wir auch in dem „Prawda“-Artikel vom 10. Februar einen weiteren hervorragenden Beitrag auf dem Wege der Festigung der marxistisch-leninistischen Einheit der kommunistischen Bewegung, der Geschlossenheit der Länder des Sozialismus. Wir sind unbeirrbar bestrebt, mitzuwirken, die kommunistische Weltbewegung zu festigen und zu stärken und uns der Solidarität würdig zu erweisen, die die Vertreter der Bruderparteien auf dem Parteitag der SED auch mit unserem Kampf ausdrückten. Das erfordert in erster Linie und vor allem, daß wir alle unsere Kräfte daransetzen, die in unserer Programatischen Erklärung gegebene Orientierung und Aufgabenstellung im täglichen Kampf gegen die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus, für friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten, für die Verteidigung der Verfassungsrechte, für die Verbesserung des Lebensstandards des werktätigen Volkes zu verwirklichen.

Der Parteitag der SED, der das Programm des Sozialismus und das neue Parteistatut der SED beraten und die Wege zur Lösung der in ihnen enthaltenen Aufgaben gewiesen hat, war für uns ein Lehrbeispiel, wie wir die Diskussion über den Entwurf unserer Programatischen Erklärung und den Entwurf unseres veränderten Parteistatuts führen sollten, um unmittelbar zu praktisch-politischen Schlussfolgerungen, zu konkreten Maßnahmen, zu Selbstverpflichtungen und Parteiaufträgen zu kommen.

Wir, die ganze Delegation der KPD, haben auf diesem Parteitag das große Vertrauen empfunden, das die SED, der bewußte und organisierte Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse, in den Kampf unserer Partei setzt. Der Gruß, den Genosse Walter Ulbricht von der Tribüne des Parteitages aus an alle Mitglieder und Funktionäre unserer Partei richtete, war ein Ausdruck der engen brüderlichen Verbun-

denheit der SED mit unserer Partei im Ringen für Frieden, Demokratie und Fortschritt in der Bundesrepublik. Das uns entgegengebrachte Vertrauen betrachten wir zugleich als Verpflichtung. Unsere Verpflichtung besteht jetzt darin, unseren Parteitag so vorzubereiten, daß die Arbeit mit unserer Programmatik Erklärung und unserem veränderten Parteistatut zu einem allseitigen Aufschwung der ideologisch-politischen Arbeit, zur Erweiterung unseres Masseneinflusses, zur weiteren zahlenmäßigen und organisatorischen Stärkung der Partei führt.

Zu einigen Fragen der Arbeiterbewegung und der Aktionseinheit in Westdeutschland

Aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Hermann Matern
auf dem VI. Parteitag der SED

Liebe Genossinnen und Genossen! Unser Parteitag beschließt ein neues Programm. Es hat den vollständigen und umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum Inhalt. Geführt von unserer Partei verwirklicht die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik alles, was in früheren Programmen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gefordert wird. Es ist demnach kein Zufall, daß unser VI. Parteitag im Blickpunkt des Interesses auch der westdeutschen Arbeiter steht. Dieses Interesse wird verbreitet auf alle anderen Schichten der westdeutschen Bevölkerung durch den offenen Ausbruch der politischen Krise der Adenauer-Regierung. Das Wesen dieser politischen Krise wird bestimmt von dem jetzt ebenfalls offener zutage tretenden und sich vertiefenden Widerspruch zwischen den Kriegsinteressen der aggressiven Monopolgruppen und den Lebensinteressen der Bevölkerungsmehrheit Westdeutschlands.

Millionen westdeutscher Bürger sind zutiefst über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland beunruhigt. Das ist verständlich. Auch die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung will Frieden. Sie will wirklich demokratische Verhältnisse. Sie will soziale Sicherheit.

Wir können also eine höchst bedeutsame Feststellung treffen: Der Verlauf der politischen Krise der Adenauer-Regierung ist nur ein Ausdruck des tiefgreifenden Niedergangs- und Zersetzungsprozesses, der das kapitalistische Weltssystem in seiner Gesamtheit erfaßt hat. Es kennzeichnet die tatsächliche Schwäche des westdeutschen Imperialismus, der keines der lebenswichtigen Probleme der westdeutschen Bevölkerung in Übereinstimmung mit den Interessen der ganzen Nation lösen kann. Das ist ein Hauptgrund der politischen Krise in Bonn, die Schwäche jeder Adenauer-Regierung. Es ist eine neue Erscheinung, daß die politische Krise so differenzierend in allen Schich-

ten der westdeutschen Bevölkerung wirkt, in allen legalen politischen Parteien der Bundesrepublik und selbst unter den NATO-Partnern der Bonner Regierung Unbehagen über ihre Pläne und Zweifel an ihrer Stabilität verbreitet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 erinnern. In dieser Erklärung wird nachgewiesen und wissenschaftlich begründet, daß der Imperialismus eine ernste Gefahr für die ganze Menschheit ist. Für Westdeutschland bedeutet das: Solange die imperialistischen Ultras die Macht ausüben, bleibt in Westdeutschland auch der Boden für Aggressionskriege erhalten. Ein solcher von Westdeutschland ausgehender Krieg würde unvermeidlich zu einem atomaren Weltkrieg werden. Westdeutschland könnte darin nur, wie Genosse Chruschtschow in seinem bekannten letzten Brief an Adenauer feststellte, wie eine Kerze verbrennen. Das wird heute auch von der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung verstanden. Darum ihre Unruhe und Besorgnis, und wir verhehlen nicht, daß wir diese Besorgnis teilen.

Der westdeutsche Imperialismus ist nicht nur eine Quelle der Kriegsgefahr, er ist — so wird in unserem neuen Programm gesagt — auch die Verneinung der Demokratie, er ist Reaktion auf der ganzen Linie. „Die Ironie der Geschichte hat es mit sich gebracht“, sagte Lenin schon nach der Herausbildung des deutschen Imperialismus, „daß die herrschenden Klassen Deutschlands, die den stärksten Staat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schufen . . . und die stabilste verfassungsmäßige Gesetzlichkeit, ihre Gesetzlichkeit zerschlagen müssen, um die Erhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie willen.“

Für die imperialistischen Ultras in Bonn ist heute selbst das Grundgesetz, die westdeutsche Verfassung, zum Hindernis bei der Durchführung ihrer antidemokratischen, reaktionären Politik ge-

worden. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland steht vor der Aufgabe, ihre Rolle als die zur Führung der Nation berufene Kraft auch im Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu übernehmen

Die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Deutschland und für Deutschland ist nicht das spontane Ergebnis des Kräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Sozialismus in Deutschland und in der Welt. Seine Erhaltung und Sicherung ist nur dann gewährleistet, wenn der Kampf für eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten mit aller Konsequenz geführt wird. Die Voraussetzungen dafür werden auch in Westdeutschland günstiger.

Der im Programm unseres VI. Parteitages beschlossene vollständige und umfassende Aufbau des Sozialismus entspricht, so heißt es in unserem Programm, allen Erfordernissen unserer deutschen Nation, den Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes. Deshalb ist die Deutsche Demokratische Republik der deutsche Staat, der den geschichtlichen Fortschritt und die nationale Zukunft verkörpert. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat ist der rechtmäßige deutsche Staat, das Bollwerk des Kampfes des ganzen deutschen Volkes für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Warum, Genossen, ist das so?

In unserem nationalen Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ wurde eine entscheidende Lehre aus der deutschen Geschichte gezogen. Sie besagt, daß heute die deutsche Großbourgeoisie untauglich ist, die Nation friedlich zu führen. Sie kann die Vergangenheit nicht bewältigen. Sie hat zweimal innerhalb einiger Jahrzehnte das Volk in furchtbare Katastrophen verheerender Weltkriege verstrickt. Sie ist zur Führung der Nation auch deshalb nicht fähig, weil sie nach 1945 wiederum das Kräfteverhältnis in der Welt und die eigenen Möglichkeiten, die Interessen und die Existenzbedingungen der deutschen Nation und ihre geschichtliche Entwicklung nicht richtig einschätzte und nicht die richtigen Lehren daraus zog. Sie versucht vielmehr, ihre alte volkfeindliche, antidemokratische und antinationale Aggressions- und Revanchepolitik auch unter den für den westdeutschen Imperialismus heute erheblich ungünstigeren Bedingungen fortzusetzen. Diese ungünstigeren Bedingungen bestehen in der Einengung des Herrschaftsgebiets des deutschen Imperialismus auf den westlichen Teil Deutschlands. Seine politischen Pläne und die militaristische und faschistische Art und Weise, sie durchzusetzen, sind vor der Weltöffentlichkeit

diskreditiert. In der Hauptsache werden sie jedoch durch die Existenz des sozialistischen Weltsystems bestimmt.

Auch in den Augen der westdeutschen Bevölkerung verschmelzen Kommunismus und Frieden unvermeidlich und immer zu einer Einheit. Der Übergang der imperialistischen Ultras zur militaristisch-klerikalen Diktatur und zum terroristischen Notstandsunrecht ist auch der Ausdruck dafür, daß der ideologische Einfluß der antikommunistischen Verleumdungen und der Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik abzubrückeln beginnt. Infolge der konsequenten Friedenspolitik und der Friedensstaten der Sowjetunion und des sozialistischen Weltsystems insgesamt werden die Märchen von dem „Einbruch der Sowjetunion nach Westeuropa“ und von der angeblichen Aggressivität der Sowjetmacht unglaublich unwürdig. Davon wird auch die damit begründete „Verteidigungs“-Konzeption und atomare Rüstungspolitik erschüttert.

Die westdeutschen Imperialisten behaupten, die Deutsche Demokratische Republik sei nicht das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, sondern des Einbruchs der Sowjetunion in Westeuropa. Das ist natürlich Unsinn. Die Herausbildung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik war möglich, weil sie der historischen Notwendigkeit unserer Zeit, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, entspricht.

Sie wurde möglich, weil die Arbeiterklasse in ihrem über 100 Jahre währenden Kampf für Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle das geschichtliche Recht auf die Führung des deutschen Volkes erworben hat, weil sie nach 1945 die reale Möglichkeit, ein friedliebendes und demokratisches Deutschland zu schaffen, richtig einschätzte und darum kämpfte.

In Übereinstimmung mit den geschichtlichen Erfordernissen und den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen in Deutschland auf der Grundlage des programmatischen Aufrufs der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 entstand die Einheitsfront zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Damit wurden die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Vereinigung beider Parteien zur sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durchzuführen. Deshalb konnte die Arbeiterklasse im östlichen Teil Deutschlands die Aufgaben erfüllen, die ihrer nationalen Verantwortung ent-

sprechen. Sie baute die antifaschistisch-demokratische Staatsmacht auf, führte notwendige demokratische Reformen durch und gründete im Verein mit den demokratischen und patriotischen Kräften, die sich zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossen hatten, die Deutsche Demokratische Republik. Damit war zum ersten Mal ein deutscher Friedensstaat entstanden, der den Aggressionsplänen des deutschen Imperialismus und Militarismus entgegensteht und gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern den friedliebenden Menschen in Westdeutschland und in anderen Ländern den Frieden in Europa sichert.

Die deutsche Arbeiterklasse kann heute ihren Anspruch auf die Führung der Nation also nicht nur theoretisch begründen. Am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik weist sie praktisch die Notwendigkeit und Berechtigung ihres Führungsanspruchs nach.

In Westdeutschland wurde die Arbeiterklasse durch die imperialistischen Besatzungsmächte und infolge der Spaltungspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer gehindert, ihre nationale Führungsaufgabe tief zu erkennen und zu verwirklichen. Aber auch die Arbeiterklasse in Westdeutschland kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen.

Wir haben in unserem nationalen Dokument dargelegt, daß der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik eine entscheidende Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage ist. Das deutsche Volk kann letztlich aber nur wiedervereinigt werden, nachdem auch in Westdeutschland die friedliebenden Kräfte den Imperialismus überwunden haben und das Volk seine Geschicke in die eigenen Hände genommen hat. Dann wird auch der Frieden in ganz Deutschland eine feste Heimstatt haben.

So, wie die Einheit der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im Osten Deutschlands die Grundlage für alle Erfolge der demokratischen und friedliebenden Kräfte ist, ist auch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland dringend notwendig, damit das volle Gewicht aller westdeutschen Friedenskräfte in die Waagschale politischer Entscheidungen einer westdeutschen Regierung gelegt werden kann.

In der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 wird gesagt, daß die grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung gebieterisch auch gemeinsame Aktionen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Parteien erfordern.

Wir sind in der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945 den Weg gemeinsamer Aktionen beider Parteien konsequent bis zu ihrer Vereinigung gegangen. Wir haben uns aus verschiedenen Anlässen und in ernstesten Stunden politischer Entscheidungen in Deutschland an die Sozialdemokratische Partei Westdeutschlands und an die westdeutschen Gewerkschaften mit dem Angebot für gemeinsame Aktionen und die Ausarbeitung gemeinsamer Standpunkte in entscheidenden Lebensfragen der ganzen Nation gewandt.

Leider hat die rechte Führung der Sozialdemokratie Westdeutschlands alle unsere Angebote bisher als Anbiederung oder Zweckpropaganda verleumdet und mit Hohn zurückgewiesen. Wir lassen uns davon nicht in unseren weiteren Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten beeinflussen.

Genossen, wovon lassen wir uns leiten? Wir gehen in allen unseren Entscheidungen von unserem tiefen und unerschütterlichen Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse und ihren in ganz Deutschland gemeinsamen Interessen an Frieden, Demokratie und Sozialismus aus.

Darum ist die Aktionseinheit keine taktische Frage, sondern fester Bestandteil der Generallinie unserer Partei. Das bestimmt unser gesamtes Verhalten gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Westdeutschland, gegenüber der Sozialdemokratischen Partei und gegenüber den Gewerkschaften. Wehner und seine Gesinnungsfreunde haben gegenwärtig zwar Positionen in der Führung der Sozialdemokratie erringen können und tun alles nur Mögliche, um eine Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen beider Staaten zu verhindern. Bisher ist ihnen das im wesentlichen noch gelungen. Auch manche anderen rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, die mit den guten Traditionen der Arbeiterbewegung noch ein wenig verbunden sind, werden durch ihren Antikommunismus noch daran gehindert, ein sachliches Verhältnis zu den Arbeiterorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik zu finden. Sie haben jetzt aber eine anschauliche Lektion erhalten. Sie konnten sich davon überzeugen, daß auch der Antikommunismus der „Spiegel“-Redakteure oder bürgerlicher Professoren und Politiker, die dem Liberalismus nahestehen und auch nicht die christliche Überzeugung bekannter CDU-Politiker wie Bucerius ihre Verfolgung durch imperialistische Ultras verhindern konnten. Sicherlich werden darüber manche rechte sozialdemokratische Führer nachdenken und daraus ihre Schlüsse ziehen. Vielleicht glauben einige

von ihnen, ihre Positionen zu halten, wenn sie ihren Antikommunismus verschärfen. Auf jeden Fall werden sie ihre Erfahrungen machen.

Wie ihre Entwicklung auch verlaufen wird, sie repräsentieren nicht die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit. Im Gegenteil. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses und die Auswirkungen der politischen Krise der Adenauer-Regierung haben bewirkt, daß sich ein Differenzierungsprozeß auch in der rechten Führung der Sozialdemokratie vollzieht. Er vollzieht sich in der rechten SPD-Führung wie in der gesamten Sozialdemokratie. Das hat der 6. DGB-Kongreß neben anderen Kongressen der westdeutschen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend bewiesen. Schon heute kämpfen in den westdeutschen Gewerkschaften Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und auch führende sozialdemokratische Funktionäre in Aktions-einheit.

Wir weisen auf eine neue Tatsache hin, die von großer Bedeutung ist. Erstmals in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehen die großen von der Sozialdemokratie beeinflussten Gewerkschaften in wichtigen Grundfragen der Politik und des gewerkschaftlichen Kampfes „links“ von der rechten SPD-Führung. Sie haben zahlreiche Beschlüsse gefaßt in denen notwendige Forderungen der Arbeiterklasse richtig zum Ausdruck kommen, die einer richtigen Klassenpolitik entsprechen. Wenn jedoch trotzdem die westdeutsche Arbeiterklasse ihrer politischen Verantwortung gegenwärtig noch nicht voll gerecht wird, so auch deshalb, weil sie nicht entschieden um die Verwirklichung der richtigen Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses kämpft.

Das Wichtigste auf diesem Kongreß bestand darin, daß auf ihm erstmalig führende sozialdemokratische Funktionäre offen gegen die NATO-Linie und den Godesberger Kurs der Wehner-Gruppe in der rechten Führung der Sozialdemokratie aufgetreten sind. Sie sind nicht bereit, zu einer Zeit, da einsichtige bürgerliche Politiker bereits das NATO-Gepäck als gefährlich für die Interessen der Nation über Bord werfen, sich von der Wehner-Clique diesen Ballast aufhalsen zu lassen, der einer friedlichen Lösung der deutschen Frage hinderlich ist. Und nicht nur das. Sie haben zu allen wesentlichen Punkten der Tagesordnung des Kongresses konstruktive Gegenkonzeptionen und Alternativanträge eingebracht, für die eine große Mehrheit der Delegierten gestimmt hat.

Der 6. DGB-Kongreß macht offensichtlich, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie eine echte und verhältnismäßig starke oppositionelle Strömung entwik-

kelt. Das ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und verbreitert auch die Ansätze und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten.

Was können wir in dieser Situation tun? Unser wichtigster Beitrag besteht natürlich vor allem in der erfolgreichen Erfüllung der Aufgaben des vollständigen und umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Das wird der Arbeiterklasse in Westdeutschland helfen, die Perspektive der Entwicklung in Deutschland klarer zu erkennen. Wir müssen aber auch unseren Beitrag zur Klärung wichtiger Grundfragen der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland leisten.

Die Entwicklung in Westdeutschland hat es mit sich gebracht, daß heute zahlreiche spruchreife Probleme der Arbeiterbewegung und des gemeinsamen Kampfes aller deutschen Arbeiter zu lösen sind. Die Gemeinsamkeit ihrer Interessen tritt stärker hervor. Verändert haben sich jedoch die programmatischen Grundlagen der Sozialdemokratie. Aber damit wurde keine Frage beantwortet, die die westdeutschen Arbeiter heute im Kampf um die Verteidigung ihrer Lebensinteressen stellen.

Und zweifellos wird die neofaschistische Entwicklung des westdeutschen monopolkapitalistischen Staates alle diese Fragen weiter zuspitzen und mit größerer Schärfe stellen. Das letzte Wort über die Arbeiterbewegung in Westdeutschland ist also noch nicht gesprochen. Unsere Einschätzung der Rolle der rechten SPD-Führung und der Ideologie des Reformismus ist prinzipiell richtig. Aber der Verlauf des 6. DGB-Kongresses und einige andere Erscheinungen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften, über die ich jetzt im einzelnen nicht sprechen will, zeigen doch, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie eine Bewegung vollzieht und daß auch die reformistisch beeinflussten westdeutschen Arbeiter heute Freund und Feind schon besser unterscheiden.

Dieser Prozeß der Entwicklung des subjektiven Faktors des Bewußtseins der Arbeiterklasse in Westdeutschland ist von größter Bedeutung. Er verläuft nicht gradlinig, sondern kompliziert und bringt zahlreiche Widersprüchlichkeiten zutage. Unsere Hand bleibt ausgestreckt. Wir sind und bleiben zur Verständigung über das Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten bereit.

Den Gewinn davon werden die Arbei-

ter in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland gemeinsam haben. Allein die imperialistischen Ultras und Atommilitaristen in Westdeutschland werden den Verlust tragen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ar-

beiterorganisationen Deutschlands wäre für sie eine entscheidende Niederlage. Das aber liegt durchaus im Interesse des ganzen deutschen Volkes, der ganzen deutschen Nation. Dafür zu kämpfen ist unsere höchste Pflicht.

Der Kampf für den Schutz der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte und Freiheiten

von PETER PFEIL

Im Mittelpunkt der Politik der Partei, wie sie im Entwurf der Programatischen Erklärung entwickelt ist, steht der Kampf für die Rettung des Friedens, um den Schutz der demokratischen Rechte und Freiheiten. Das ist die zentrale Aufgabe, vor der die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik gegenwärtig und in der nächsten Zukunft stehen. Das ist der nächste Schritt auf dem Wege zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung. Das ist die entscheidende Aufgabe, ohne deren Lösung keine einzige Lebensfrage unserer Bevölkerung im Sinne des demokratischen und sozialen Fortschritts vorwärtsgelöst werden kann, ohne deren Lösung kein ernsthafter Schritt in der Richtung zur Annäherung und schließlich Wiedervereinigung des deutschen Volkes möglich ist.

„Die Verantwortung der Arbeiterklasse erfordert“, heißt es im Entwurf der Programatischen Erklärung unserer Partei, „die Einheit ihres Handelns, die Geschlossenheit ihrer Reihen herzustellen

und mit allen Volkskräften zusammenzuwirken, um den Scharfmachern der atomaren Aufrüstung und der Notstands-diktatur Halt zu gebieten, die demokratischen Rechte und Volksfreiheiten auf der Grundlage der Verfassung zu verteidigen, eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und der Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik durchzusetzen“ (S. 2)

Nur von dieser zentralen Aufgabenstellung her ist der Geist des Entwurfs der Programatischen Erklärung, ist die darin entwickelte Strategie und Taktik der Partei für den Kampf der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte in der Bundesrepublik zu verstehen. Nur wenn wir diese Grundfrage unserer Politik im Verlaufe der Diskussion vor dem Parteitage in allen Parteiorganisationen klären und zur unumstößlichen Überzeugung und Arbeitsgrundlage jedes Kommunisten machen, wird die Partei die verantwortungsvollen Aufgaben, die vor ihr stehen, erfolgreich lösen können.

Die wichtigsten Züge der gegenwärtigen politischen Lage

Als marxistisch-leninistische Partei gehen wir bei der Bestimmung der Aufgabenstellung der Arbeiterklasse in einem bestimmten geschichtlichen Kampfabchnitt stets von der Analyse der Lage und der Klassenkräfte aus. Welches sind die wichtigsten Züge der gegenwärtigen politischen Lage in der Bundesrepublik? Die herrschenden aggressiven Kräfte des Finanzkapitals — repräsentiert durch die Adenauer-Regierung — wollen die ausichtslose „Politik der Stärke“ verstärkt fortsetzen. Sie streben mit aller Macht nach Atomwaffen und nach einer Konzentration der reaktionärsten, am stärksten zum Kriege treibenden Kräfte, wie das besonders in der von Adenauer und de Gaulle vereinbarten Kriegssache Bonn—Paris zum Ausdruck kommt.

Diese für die Bevölkerung der Bundesrepublik lebensbedrohende Gewaltpolitik nach außen wollen die Bonner Machthaber mit Hilfe der brutalen Gewaltpolitik nach innen, mit Hilfe der Notstandsgesetze, durchsetzen. Das Grund-

gesetz und die in ihm proklamierten demokratischen Rechte und Freiheiten sind — wie es unsere Partei vorausgesagt hat — für die herrschenden militaristischen Kräfte zur Fessel geworden. Dieser Fessel wollen sie sich entledigen, um im innenpolitischen Leben der Bundesrepublik jene Grabesruhe zu schaffen, die sie zur unbehinderten Vorbereitung eines wahnwitzigen Revanchekrieges brauchen. Bei der Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat erklärte seinerzeit Genosse Max Reimann namens der kommunistischen Fraktion: „Im Verlaufe ihrer volksfeindlichen Politik werden die Gesetzgeber ihr eigenes Grundgesetz brechen.“ Nachdem sie jahrelang die demokratischen Rechte eingeschränkt und die Verfassung ausgehöhlt haben, wollen die militaristischen Machthaber jetzt das Grundgesetz vollends beseitigen.

Die verstärkte Fortführung der Atomrüstung und Revanchepolitik ist unvermeidlich mit immer drückenderen materiellen Lasten, mit einem Generalangriff

des Monopolkapitals und der ihm hörigen Regierung auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Volksschichten verbunden. Die Last der maßlosen Rüstung und der mit dem Konjunkturrückgang verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird auf das arbeitende Volk abgewälzt.

Diese abenteuerliche Politik der herrschenden extrem-militaristischen Kräfte beschwört eine ungeheure Gefahr für die elementaren politischen und sozialen Rechte, ja für die physische Existenz der Bevölkerung der Bundesrepublik herauf. Vergrößert wird diese Gefahr noch dadurch, daß die Wehner, Brandt, Eriker, die sich der Führung der SPD bemächtigt haben, den Kriegskurs der Adenauer-Regierung aktiv unterstützen. Von dieser Gefahr für die Rechte und das Leben des Volkes muß jede Politik heute ausgehen, die den Interessen der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik gerecht werden will. Von diesen grundlegenden Lebensinteressen des Volkes ließ sich das Zentralkomitee im Entwurf der Programmatischen Erklärung bei der Herausarbeitung der gegenwärtig entscheidenden Kampfaufgaben der Arbeiterklasse und der Volkskräfte leiten.

Zugleich wird im Entwurf der Programmatischen Erklärung die Reife und das Entwicklungsniveau der Arbeiterklasse und der Volksmassen, werden die neuen Erscheinungen die in den Stimmungen, Auffassungen und zum Teil auch schon im Handeln der Volksmassen in jüngster Zeit sichtbar wurden, berücksichtigt. Diese neuen Momente — wie die positiven Beschlüsse des VI. DGB-Kongresses, die breite Empörung und die Protestaktionen anlässlich der Gestapoaktion gegen den „Spiegel“, die Bauerndemonstrationen gegen die EWG-Politik — bestätigen die im Entwurf der Programmatischen Erklärung getroffene Feststellung: „In weiten

Teilen des Volkes ist das Vertrauen zur Verfassungstreue der Regierung tief erschüttert, gewinnt die Erkenntnis Raum, daß das Adenauer-Regime die demokratischen Freiheiten und die Rechtssicherheit zerstört. Der zunehmende Druck der Rüstungslasten und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten lassen weiterhin den Glauben an die Fortdauer des „Wirtschaftswunders“ schwinden.“ (S. 9)

So geht unsere Partei in der Ausarbeitung ihrer Politik nicht nur von den aus dem lebensbedrohenden Charakter des Adenauer-Kurses sich ergebenden Notwendigkeiten, sondern auch von den objektiv vorhandenen, noch wachsenden Möglichkeiten einer breiten Bewegung der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte für eine Politik der Vernunft, für friedliche Koexistenz und den Schutz der demokratischen Rechte aus. Das ist der Kern der im Entwurf der Programmatischen Erklärung für den nächsten Kampfabschnitt entwickelten Aufgabenstellung.

Beide Hauptaufgaben — der Kampf für die Rettung des Friedens und für den Schutz der demokratischen Rechte — hängen untrennbar miteinander zusammen. Für die Verteidigung des Friedens, für die Ausbreitung und Vertiefung aller Bewegungen und Aktionen gegen die Atomrüstung für eine Politik der friedlichen Koexistenz braucht das Volk politische Bewegungsfreiheit, braucht es die Presse- und Versammlungsfreiheit, das Koalitions- und Streikrecht, muß es die in der Verfassung proklamierten demokratischen Grundrechte gegen jeden Angriff verteidigen, muß es die Notstandsgesetze zu Fall bringen. Diese beiden Aufgaben bilden in der Programmatischen Erklärung, in der gesamten Politik unserer Partei eine unlösliche Einheit, sie durchdringen und ergänzen einander. Im vorliegenden Aufsatz wollen wir uns speziell mit der Frage des Kampfes um den Schutz der demokratischen Rechte befassen.

Alle Kraft für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten

Können wir sagen, daß die ganze Partei, daß alle Grundorganisationen und jeder Kommunist bereits die ganze Bedeutung des Kampfes für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten verstehen, daß sie die hohe Verantwortung erkennen, die unsere Partei als marxistisch-leninistischer Vortrupp der Arbeiterklasse für die Entfaltung dieses Kampfes trägt? Das können wir leider nicht sagen. Nicht wenige Parteigruppen und Genossen haben, als die Verfolgungsaktion gegen die „Spiegel“-Redakteure einsetzte als passive Beobachter beiseitegestanden und erklärt: Was geht uns und die fortschrittlichen Kräfte ein antikommunistisches Organ

wie der „Spiegel“ an? Nicht wenige Genossen meinen, wenn von der Verteidigung der demokratischen Rechte und des Grundgesetzes die Rede ist, was ist das schon für eine Demokratie, in der unsere Partei und andere demokratische Organisationen verboten und verfolgt werden, was gibt es da noch zu verteidigen und zu schützen?

Die grundsätzliche Stellung unserer Partei zur bürgerlichen Demokratie, zum Kampf um bürgerlich-demokratische Rechte ist noch keineswegs in allen Grundorganisationen und allen Kommunisten klar. Aber ohne Klärung dieser außerordentlich wichtigen ideologischen

Frage wird das Verständnis der im Entwurf der Programmatischen Erklärung entwickelten Grundlinie unserer Politik immer wieder auf Hindernisse und Grenzen stoßen, werden wir nicht instande sein, alle Kräfte der Partei für die Verwirklichung dieser Politik einzusetzen.

Als Marxisten-Leninisten, als Sozialisten erstreben wir die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und anderen werktätigen Schichten, die sozialistische Demokratie. Der Sozialismus die sozialistische Demokratie ist unser unverrückbares Ziel auch in der Bundesrepublik, das wir in keiner Entwicklungsphase unseres Kampfes aus den Augen verlieren. Dieses Ziel leuchtet uns heute in unserer gesamten Arbeit umso heller voran, als es bereits auf deutschem Boden, in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht wird. Wir wissen, daß erst die sozialistische Demokratie der Arbeiterklasse und den werktätigen Volksmassen umfassende demokratische Rechte bringt, daß erst in der sozialistischen Demokratie das Volk wirklich selbst bestimmen, selbst den Staat lenken und leiten, selbst und in seinem eigenen Interesse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entscheiden kann. Das ist es, was die politische und gesellschaftliche Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik jedem bürgerlichen Staat um eine ganze Geschichtsepoke voraus sein läßt.

Die sozialistische Demokratie ist die höchste Art der Demokratie, und nur der Kommunist erfüllt seine Pflicht, der in seiner gesamten Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft und den anderen Werktätigen stets die Vorzüge der sozialistischen Demokratie in der DDR überzeugend propagiert. Wir müssen immer bestrebt sein, in unserer Agitation und Propaganda den Werktätigen zu zeigen, daß der grundlegende Unterschied der politischen Ordnung der DDR zur Ordnung in der Bundesrepublik darin besteht, daß dort das Großkapital ein für allemal entmachtet ist, daß in der DDR die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den anderen Werktätigen die politische Macht ausübt. Kein kapitalistischer Konzern kein Unternehmerverband, kein Finanzbaron kann in der DDR mehr politische Macht, Parteien und Parlamentarier kaufen. In der Regierung, im Staatsapparat, in den Verwaltungen der DDR wirken wahre Vertreter des Volkes, die bewährtesten und verdientesten Kämpfer der Arbeiterbewegung und des werktätigen Volkes, Menschen wie der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht die ihr ganzes Leben lang gegen Militarismus und Imperialismus, für den Frieden und das Glück des deutschen Volkes gekämpft haben. Erst die sozialistische Demokratie bringt den Werktätigen wahre Freiheit

zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit, alle Möglichkeiten der Bildung und des Aufstiegs.

Aber in der Bundesrepublik müssen die Arbeiterklasse und die Volkskräfte noch einen schweren und weiten Weg zurücklegen, müssen sie noch viele Voraussetzungen schaffen, bevor sie unmittelbar an die Eroberung der politischen Macht, an die Verwirklichung des sozialistischen Ziels herangehen können. Diese Voraussetzungen aber können nur im alleseitigen, entschlossenen Kampf für den Frieden und für die bürgerlich-demokratischen Rechte geschaffen werden. Deshalb heißt es im Entwurf der Programmatischen Erklärung:

„Der nächste Schritt auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts in der Bundesrepublik besteht darin, den Frieden zu retten, die demokratischen Volksrechte zu verteidigen, die friedliche Koexistenz und die Verständigung der beiden deutschen Staaten zu erkämpfen. Im Ringen um die demokratischen Ziele werden sich die Klassenkämpfe und das Klassenbewußtsein der Arbeiter weiter entwickeln, werden die antimonopolistischen Kräfte ihren Einfluß auf das gesamte politische und gesellschaftliche Leben erweitern. Das ist die Vorbedingung für jede weitergehende demokratische Zielsetzung. Der Kampf um Frieden und Demokratie ist unabdingbarer Bestandteil, notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um die sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik.“

Dem Marxismus-Leninismus ist jede Unterschätzung des Kampfes der Volksmassen um bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten zutiefst fremd. Das kann auch gar nicht anders sein. Die demokratischen Rechte des Volkes sind das Ergebnis eines jahrzehntelangen, opferreichen Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Keines dieser Rechte, und sei es noch so gering, wurde dem Volke von den herrschenden Mächten des Feudalabsolutismus oder der Großbourgeoisie freiwillig gegeben. Jedes von ihnen wurde in harten Kämpfen, gegen den verbrissenen Widerstand der Reaktion erkämpft. Mehrere Generationen klassenbewußter Arbeiter haben seit der Revolution von 1848/49 im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht, um Presse- und Versammlungsfreiheit, um das Koalitions- und Streikrecht ihre Freiheit und ihr Leben eingesetzt. Es bedurfte der blutigen Kämpfe der Novemberrevolution von 1918, um in den wichtigsten deutschen Ländern das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen und die Rechte der Betriebsräte zu erkämpfen. Kein Kommunist kann diese vom Volke

errungenen Rechte gering achten oder ihre Bedeutung im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse unterschätzen. Die Arbeiterklasse braucht im Kampfe um ihr sozialistisches Ziel politische Bewegungsfreiheit, sie braucht die Freiheit der politischen und gewerkschaftlichen Aufklärung und Organisation.

Der Marxismus-Leninismus hat im Kampfe für die demokratischen Rechte und um ihren Schutz nie ein Hindernis für die Entfaltung des Kampfes um den Sozialismus, sondern vielmehr stets eine unabdingbare Voraussetzung dieses Kampfes gesehen. „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben“, schrieb Lenin, „daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, so wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen, konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“ (W. I. Lenin, „Über die nationale und koloniale nationale Frage“, S. 312)

Wir Kommunisten kritisieren die bürgerliche Demokratie, weil sie ihrer Klassengrundlage und ihren Methoden nach keine konsequente Demokratie ist, weil sie keine realen materiellen Garantien der Demokratie, keine wirkliche Gleichheit für die breiten Volksmassen gewährt und gewähren kann. Wir kritisieren die bürgerliche Demokratie nicht als Gegner der Demokratie, wie das die Imperialisten und ihre Gefolgsleute behaupten, sondern als Gegner der Klassenschranken, der engen Grenzen der bürgerlichen Demokratie.

Aber über dieser Kritik dürfen wir niemals die konkrete politische Aufgabe des Kampfes um die bürgerlich-demokratischen Rechte vernachlässigen. Ja unsere Kritik der klassenbedingten Grenzen der bürgerlichen Demokratie und der reformistischen Illusionen über die bürgerliche Demokratie wird bei den sozialdemokratischen Genossen, bei den parteilosen und christlichen Werktätigen gerade dann auf Verständnis stoßen, wenn sie aus eigener Anschauung und Erfahrung erkennen, daß wir Kommunisten es ernst meinen mit dem Bekenntnis zur Demokratie, daß wir aufopferungsvoll und vorbildlich für jedes Recht, für jede Freiheit des Volkes — und setzen sie noch so gering — einstehen. Wir kämpfen um den Schutz dieser Rechte nicht nur, weil das die Arbeiterklasse ihrem sozialistischen Ziel näherbringt. Wir messen, wie es in der Programma-

tischen Erklärung heißt, dem Kampf um Frieden und Demokratie auch eine große selbständige Bedeutung bei. Wir wollen alles tun, um die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung sowohl vor der Vernichtung durch einen Atomkrieg als auch vor dem Schrecken der faschistischen Versklavung und des faschistischen Terrors zu bewahren.

Welche Stellung müssen wir also — ausgehend von den marxistisch-leninistischen Grundsätzen und von den konkreten Bedingungen des Kampfes in der Bundesrepublik — zu den Fragen des Kampfes für den Schutz der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte einnehmen? Der westdeutsche Staat und das in ihm herrschende Adenauer-Regime ist gegenwärtig das Herrschaftsinstrument der aggressiven, militaristischen Gruppen des Monopolkapitals, jener Kräfte, die am stärksten an der Aufrüstung und Revanchepolitik interessiert sind. Die Adenauer-Regierung als Repräsentant dieser Kräfte hat zur Durchsetzung zuerst der Remilitarisierung, dann der Atomrüstung und des verstärkten Revanchekurses gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder systematisch die im Grundgesetz proklamierten demokratischen Grundrechte abgebaut, die demokratischen Grundsätze der Verfassung ausgehöhlt. Mit jedem Schritt der weiteren Aufrüstung verstärkten sich zugleich die polizei- und militärstaatlichen Züge des Bonner Regimes, wurden die friedliebenden, demokratischen Kräfte schärferen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt, die im Verbot unserer Partei und zahlreicher demokratischer Organisationen gipfelten.

Das alles erregt die berechtigte Empörung und den berechtigten Haß der Kommunisten und fortgeschrittener Menschen in der Arbeiterklasse und in anderen werktätigen Schichten. Aber es darf uns, den marxistisch-leninistischen Vortrupp der Arbeiterklasse, nicht blind machen gegenüber den noch weit größeren Gefahren, von denen jetzt die elementaren Rechte des Volkes bedroht sind. Unsere Partei ist verpflichtet, nüchtern ihre politische Strategie und Taktik auszuarbeiten, und sie darf dabei keinen Augenblick die bitteren Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, besonders aus den letzten Jahren der Weimarer Republik, außer acht lassen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands führte damals einen leidenschaftlichen heldenmütigen Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr, für die Einheitsfront der Arbeiterklasse, für die gemeinsame antifaschistische Aktion der Kommunisten und Sozialdemokraten, aller Gegner

des Faschismus. Die KPD war die einzige Partei, die der Arbeiterklasse und dem ganzen werktätigen Volk den Weg zur Abwendung der faschistischen Gefahr, zur Verhinderung der barbarischen Hitler-Diktatur wies, während die rechten SPD-Führer die Einheitsfront der Arbeiterschaft ablehnten und verhinderten.

Aber unsere Partei beging damals den Fehler, die faschistische Gefahr zu unterschätzen und ihre Strategie und Taktik nicht rechtzeitig zu ändern. Auf der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 erklärte Genosse Wilhelm Pieck rückblickend, daß die Partei angesichts der faschistischen Gefahr in den letzten Jahren der Weimarer Republik ihre Politik hätte umstellen, „daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen“. (W. Pieck, „Der neue Weg“, S. 31.)

Diese ersten geschichtlichen Lehren berücksichtigt unsere Partei— angesichts der drohenden Notstandsdictatur — bei der Ausarbeitung ihrer Politik im Entwurf der Programmatischen Erklärung. Gewiß klappt in der Bundesrepublik ein tiefer Abgrund zwischen den im Grundgesetz proklamierten demokratischen Rechten und Freiheiten und den realen politischen Verhältnissen wurden die demokratischen Grundsätze der Verfassung bereits in hohem Maße gebrochen und beseitigt. Aber das darf die Arbeiterklasse und die anderen Volkskräfte nicht dazu verleiten, dem reaktionären Angriff auf die noch bestehenden Rechte gleichgültig gegenüberzustehen. Sie müssen vielmehr jedes Recht, jede Freiheit, die sie noch besitzen, unter Einsatz aller Kräfte und unter Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel schützen und die Notstandsgesetze zu Fall bringen. Das ist auch der Weg, um die bereits erfolgten Einschränkungen der verfassungsmäßigen Rechte rückgängig zu machen. Das ist der Weg zur Erweiterung und zum Ausbau der Demokratie.

Von der Verhinderung der Notstandsgesetze, vom Schutz der verfassungsmäßigen Grundrechte, der Presse- und

Erste und dringende Aufgabe: Verhinderung der Notstandsgesetze!

Die erste und dringende Aufgabe ist gegenwärtig die Verhinderung der Notstandsgesetze. Die militaristischen Machthaber wollen sich mit diesen Gesetzen Diktaturvollmachten schaffen, um jederzeit die Verfassung außer Kraft setzen zu können, die demokratischen Grundrechte zu beseitigen, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiterschaft zu zerstören, die Gewerkschaften zu knebeln, die Freizügigkeit und die freie Wahl des

Versammlungsfreiheit, des Koalitions- und Streikrechts, von der in diesem Ringen sich entfaltenden Kampfkraft der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes hängt es in hohem Maße ab, wie bald es möglich wird, die volle Legalität unserer Partei und aller demokratischen Organisationen durchzusetzen. Je umfassender es heute gelingt, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis der Volkskräfte für den Schutz der demokratischen Grundrechte herbeizuführen, desto erfolgreicher werden wir morgen um mehr Demokratie für das Volk, um die volle Verwirklichung der in der Verfassung niedergelegten demokratischen Grundsätze, um echte Mitbestimmung für die Arbeiterklasse um den maßgeblichen Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften auf das politische und staatliche Leben kämpfen können.

Die Bonner Machthaber sind jetzt bestrebt, durch brutale Angriffe auf die verschiedensten demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes die Notstandsgesetzgebung vorwegzunehmen. Der Gestapoaktion gegen den „Spiegel“ ist in den letzten Monaten eine ganze Flut reaktionärer Maßnahmen gefolgt, die allesamt in die gleiche Richtung weisen: Einschränkung und Abbau der Volksrechte, Verschärfung der Verfolgung und des Terrors gegen die demokratischen Kräfte. Es sei nur erinnert an die schändliche, noch immer nicht zurückgezogene Anklage gegen die VVN; die Prozesse gegen oppositionelle Presseorgane; das Kesseltreiben gegen Publizisten des Fernsehens und Rundfunks; die faschistische Pogromhetze und Verfolgung des Würzburger Arztes Dr. Herterich, der zur Emigration gezwungen wurde; an den durch und durch reaktionären Inhalt der geplanten sogenannten Strafrechtsreform. Unsere Aufgabe ist es, in allen diesen und anderen Fragen der Arbeiterklasse ihre große Verantwortung für die Verteidigung jedes demokratischen Rechtes bewußt zu machen. Wir erfüllen nur dann unsere Pflicht als Kommunisten, wenn wir alles daran setzen um die Arbeiterschaft und andere demokratische Kräfte in den aktiven Kampf gegen jede antidemokratische Maßnahme zu führen.

Arbeitsplätze aufzuheben, die Zwangsmobilisierung der Bürger und ihres Eigentums für Kriegszwecke durchzuführen. Es handelt sich, wie der Vorsitzende der IG Metall, Otto Bronner, mit Recht gesagt hat, bei den Notstandsgesetzen „um die totale Erfassung der Bevölkerung für den totalen Krieg“.

In ihren Begründungen sucht die Adenauer-Regierung, suchen die Wehner,

Brandt, Erler in der SPD-Führung, die die Notstandsgesetzgebung grundsätzlich unterstützen, das Volk zu betrügen. Sie erklären, die Notstandsgesetze seien vor allem gegen eine angebliche äußere Bedrohung „aus dem Osten“ gerichtet. Aber die Einpeitscher der Notstandsdictatur wissen sehr gut, daß eine solche Bedrohung nicht existiert und nie existieren wird. „Aus dem Osten“ kommen vielmehr immer wieder Vorschläge zu Verhandlungen, zur Verständigung und Abrüstung, zur friedlichen Koexistenz auf deutschem Boden, wie jetzt wieder der 7-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts.

Es ist eine wichtige Aufgabe, den Arbeitern und allen Werktätigen vor Augen zu führen, daß die **einzige Bedrohung** von der Atomkriege- und Notstandspolitik der Bonner Machthaber ausgeht. Für den Kriegsfall sind die Notstandsgesetze absolut unbrauchbar, sind sie völlig ein- und nutzlos. Schon wenige Minuten nach einem wahnwitzigen Versuch der westdeutschen Militaristen eine Aggression gegen die DDR und die sozialistischen Länder durchzuführen, glühe die Bundesrepublik einer brennenden Kerze, gäbe es nichts mehr, was durch Notstandsgesetze zu regeln wäre und niemanden, der sie handhaben könnte. Das ist die nackte Wahrheit. Nicht Notstandsgesetze für den Kriegsfall braucht die Bundesrepublik, nicht die Planung für das Chaos und für den Selbstmord, sondern eine Politik für das Leben, eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung, die den Krieg auf deutschem Boden unmöglich macht. Das ist der einzige Schutz für die westdeutsche Bevölkerung.

Aber die militaristischen Machthaber wollen die Notstandsgesetze in erster Linie, wie es Höcherl bei der Begründung im Bundestag unverhüllt aussprach, wegen des „inneren Notstands“, zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes, zur Drosselung aller friedlichen und

demokratischen Bestrebungen, zur Verhinderung von Streiks und Lohnkämpfen, um die Kriegsvorbereitung und den Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen ungestört durchführen zu können. Wir müssen unter der Arbeiterschaft auch die demagogische Behauptung der Wehner, Brandt, Erler, Leber entlarven, daß die Notstandsgesetze, wenn die SPD-Führung an ihnen mitarbeite und sie unterstütze, „annehmbar“, „ungefährlich“ gemacht werden könnten. Notstandsgesetze in den Händen der Adenauer und Höcherl, der Hassel und Foertsch, der Globke und Speidel — das sind diktatorische Vollmachten in den Händen der wütendsten Feinde des Volkes, seines Friedens und seiner Freiheit. Die geschichtlichen Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung und dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz beweisen zur Genüge wozu die militaristische Reaktion Notstandsgesetze benutzt.

Für die Arbeiterklasse, für das Volk kann es nur eine Lösung geben: die Notstandsgesetze müssen unter allen Umständen verhindert werden, die Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses und der Industriegewerkschaften gegen die Notstandsgesetze müssen durch vielfältige Aktionen der Arbeiterschaft, durch den Einsatz aller zur Verfügung stehenden Kampfmittel verwirklicht werden.

Unsere Pflicht als Kommunisten ist es, in diesem Kampf in den ersten Reihen zu stehen und keine Anstrengungen zu scheuen, um das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte herbeizuführen. So setzen wir die im Entwurf der Programmatischen Erklärung ausgearbeitete Politik in die Tat um, so werden die Voraussetzungen geschaffen, um in der Bundesrepublik eine politische Wende im Sinne des Friedens und der Demokratie durchzusetzen.

Die Bedeutung des veränderten Parteistatuts

von WILLI MOHN

Das Zentralkomitee unserer Partei hat auf seiner 22. Tagung neben dem Entwurf der Programmatischen Erklärung den Entwurf eines veränderten Parteistatuts beraten und beschlossen. Die Bedeutung des Beschlusses des Zentralkomitees liegt darin, daß mit Hilfe des veränderten Statuts die Partei ideologisch-politisch und organisatorisch gefestigt, die Kampfkraft der Partei erhöht wird, damit sie erfolgreicher ihre großen politischen Aufgaben durchführen kann. Beide Dokumente müssen gemeinsam in der Partei

beraten und diskutiert werden. Dabei sollten wir bestrebt sein, bis zum Parteitag 1983, wo beide Dokumente beschlossen werden sollen, eine umfassende Parteidiskussion durchzuführen, in der jedes Mitglied, jeder Funktionär von seinem Recht Gebrauch macht, durch Meinungsäußerungen und Vorschläge die Politik der Partei und das Grundgesetz der Partei, das Statut, mitzugestalten.

Der Beschluß, das Parteistatut zu ändern wurde notwendig, weil das alte Statut, das auf dem Münchner Parteitag

1951 beschlossen wurde und noch heute gültig ist, in vielem nicht mehr den Anforderungen unseres Kampfes entspricht. Seit 1951 fanden solche bedeutungsvollen Ereignisse in der internationalen Arbeiterbewegung statt wie der XX. und XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien 1957 und 1960, deren Beschlüsse von größter Bedeutung auch für den Kampf und das Leben unserer Partei sind. In der Welt und in Deutschland vollzogen sich tiefgehende Veränderungen. In der DDR wurde erfolgreich die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet, wurde jetzt das Programm des umfassenden und allseitigen Aufbaus des Sozialismus verkündet.

Die Kampfbedingungen unserer Partei haben sich in diesen Jahren durch das widerrechtliche Verbot in vieler Hinsicht geändert, was Veränderungen in unserer organisationspolitischen Arbeit erforderlich machte. Wichtige Teile des alten Parteistatus, z. B. die Wählbarkeit der Leitungen, mußten infolge der Illegalität weitgehend außer Kraft gesetzt werden.

Worin besteht das Neue im veränderten Statut?

Bei den Veränderungen unseres Statuts, als dem Grundgesetz unserer Partei, hat sich das Zentralkomitee von dem Leninischen Leitgedanken leiten lassen, daß die Partei, wenn sie vor neue Aufgaben gestellt ist, die organisatorischen Formen, Regeln und Normen des Lebens ausarbeiten muß, die — auf der Basis der Leninischen Prinzipien — den konkreten Bedingungen ihrer politischen Aufgabenstellung entsprechen. Die Veränderungen im Statut stehen daher im engsten Zusammenhang mit der politischen Aufgabenstellung der Programmatischen Erklärung. Sie berücksichtigen die Erfahrungen aus sechs Jahren Illegalität und alle jene organisationspolitischen Erfahrungen, die wir in den vergangenen Jahren und besonders auch im Parteaufgebot des Jahres 1962 gewonnen haben. Die im Statut festgelegten Organisationsformen und -methoden des Wirkens der Partei sind niemals Selbstzweck. Sie sollen ein Hebel sein zur Verwirklichung der Aufgaben und Ziele, die die Partei für den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes um die Rettung des Friedens und den Schutz der demokratischen Rechte in der Programmatischen Erklärung gestellt hat.

Worin besteht das Neue im veränderten Statut? Bereits im ersten Kapitel, das die Rolle der Partei und ihre Ziele behandelt, wurden wichtige Veränderungen vorgenommen. Gegenüber dem alten Statut wird der demokratische Charakter der Partei, vor allem ihr Verhältnis zu

Die politische Verantwortung unserer Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ist gestiegen. Das veränderte Parteistatut soll die Partei befähigen und ihr helfen, diesen erhöhten politischen Anforderungen gerecht zu werden. Es muß zu einer Waffe werden, mit der die Partei die ideologisch-politische und organisatorische Einheit ihrer Reihen ständig festigt, die Erziehung jedes Kommunisten, die Stärkung der Disziplin, die Erhöhung der Kampfbereitschaft und Aktivität aller Parteieinheiten und Mitglieder fördert. Das Statut im Parteeleben verwirklichen heißt, vor allem alle Parteiorganisationen in ihrer Arbeit so zu qualifizieren, daß unsere Partei in der Vorbereitung und Durchführung der Bewegungen und Aktionen der Atomkriegsgegner, im Kampf gegen die Notstandsgesetze und in den Lohnbewegungen, in der stärkeren Unterstützung der Aktionen der Bauern, vor allem aber im Kampf um die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten überall in den ersten Reihen kämpft, daß sie ihrer hohen Verantwortung voll gerecht wird.

den schöpferischen Fähigkeiten der Volksmassen betont. Es wird eine klare und bewußte Abgrenzung gegenüber allen anderen Parteien in der Bundesrepublik vorgenommen durch die Hervorhebung, daß die KPD sich als einzige Partei in der Bundesrepublik vom Marxismus-Leninismus leiten läßt und die besten Traditionen der mehr als 100jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verkörpert. Damit wird falschen revisionistischen und liquidatorischen Auffassungen die eine straffe disziplinierte illegale Organisation für nicht erforderlich halten und die Notwendigkeit kollektiver Zusammenkünfte in den Grundorganisationen leugnen, ein Riegel vorgeschoben. Die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung lehrt: ohne eine straff organisierte marxistisch-leninistische Kampfpartei können die Arbeiter und Bauern nicht siegen. Lenin hat bereits darauf hingewiesen, daß die Leugnung der Parteiorganisation, ihre Liquidierung, auch die Liquidation der Klassenselbständigkeit des Proletariats bedeutet.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Partei gehört es, ständig das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse zu tragen, die Arbeiter mit den weltverändernden Ideen des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen. Das können wir heute am besten am Beispiel des sozialistischen Aufbaus in der DDR, am Beispiel der sozialistischen Demokratie und der Er-

rumenschaften der Werktätigen in der DDR, am Beispiel der Friedenspolitik des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland tun. Nur der Kommunist wird überzeugend und beweiskräftig die Ideen des Sozialismus in der Arbeiterklasse propagieren können, der sich allseitige Kenntnisse über den Aufbau des Sozialismus in der DDR aneignet, die Arbeiter anhand ihrer eigenen Erfahrungen und Klasseninteressen von der Richtigkeit des Weges, den die DDR unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geht, überzeugt.

Um jeden Kommunisten zu einem richtigen, prinzipiellen Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik und zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu erziehen, wird im neuen Statutenentwurf die große Rolle und Bedeutung der DDR für die ganze deutsche Arbeiterklasse und die gesamte Nation dargelegt. Jeder Kommunist wird verpflichtet, offensiv und kämpferisch die Friedenspolitik und die großen Errungenschaften der Werktätigen der DDR in die Bevölkerung zu tragen. Die sieben Punkte, die Genosse Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen den beiden deutschen Staaten vorschlug, geben allen Kommunisten erneut eine hervorragende Waffe, den Arbeitern und der Bevölkerung zu zeigen, welche Rolle die DDR im Leben unserer Nation spielt, daß von ihr der Friede und die Verständigung in Deutschland ausgeht, daß sie der Vorkämpfer der besten nationalen Interessen unseres Volkes ist.

Im Entwurf ist vor der Darlegung der unmittelbaren Aufgaben und Etappenziele das Endziel unserer Partei, der Sozialismus, klar umrissen. Unsere Epoche ist — so wie es die Moskauer Erklärung der 61 kommunistischen und Arbeiterparteien festgestellt hat — die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Das sozialistische Welt-system bestimmt heute die Haupttrichtung der geschichtlichen Entwicklung. In einem Teil Deutschlands haben die sozialistischen Produktionsverhältnisse bereits gesiegt. Der Sozialismus ist die Zukunft ganz Deutschlands, die geschichtliche Entwicklung wird auch um die Bundesrepublik keinen Bogen machen.

Der Weg zu diesem Ziel führt über die Lösung der gegenwärtigen Hauptaufgaben des Kampfes für die Erhaltung

und Sicherung des Friedens, für die Verteidigung der demokratischen Rechte, für die Verwirklichung der im Grundgesetz enthaltenen verfassungsmäßigen Freiheiten. Dazu gehört der Kampf für die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots unserer Partei und anderer demokratischer Organisationen.

Um jedem Genossen und allen Parteiorganisationen die Pflicht für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für den Zusammenschluß der Volkskräfte bewußt zu machen, wird im veränderten Statutenentwurf die Herstellung des Kampfbündnisses von Kommunisten und Sozialdemokraten als Grundlage für die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse, des Bündnisses mit der Bauernschaft und des notwendigen Zusammenschlusses aller nationalen und demokratischen Kräfte unseres Volkes hervorgehoben.

Viele Parteiorganisationen und Kommunisten haben bisher zu geringe Anstrengungen unternommen, um ein festes politisches Verhältnis zu Sozialdemokraten auf allen Ebenen zu schaffen. Jede Leitung, jede Grundorganisation sollte in Vorbereitung des Parteitages über die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen, bei der Verwirklichung der positiven Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze und Atomrüstung, für die sozialen Forderungen der Arbeiter der Lösung dieser Aufgaben besondere Aufmerksamkeit schenken. So wird der vorliegende Statutenentwurf im Leben, an der politischen Basis erfolgreich verwirklicht werden.

Als Ergänzung zum alten Statut wurde der Grundsatz aufgenommen, daß der Kampf gegen Einflüsse der bürgerlichen Ideologie, gegen revisionistische Einstellungen der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis, gegen Dogmatismus und Sektierertum verstärkt geführt werden muß. Um Revisionismus, Dogmatismus und Sektierertum zu überwinden, müssen die Parteiorganisationen beharrlich um die Klärung der Grundfragen der Politik unserer Partei ringen, müssen sie die Beschlüsse der Partei zur Grundlage ihrer ganzen Arbeit machen und aktiv für ihre Verwirklichung in der politischen Massenarbeit kämpfen.

Daß dies der richtige Weg ist, beweisen die Erfahrungen zahlreicher Parteileitungen und Organisationen.

KPD ein fester Bestandteil der kommunistischen Weltbewegung

Die Einheit und Geschlossenheit der stürmisch wachsenden kommunistischen Weltbewegung ist der Garant für die Erhaltung des Weltfriedens, für den Sieg des Sozialismus. Wir unterstreichen des-

halb im veränderten Statutenentwurf, daß die KPD ein fester Bestandteil der kommunistischen und Arbeiterbewegung ist, daß sie ihre Mitglieder zur festen Verbundenheit mit der KPdSU, der Ver-

hut der kommunistischen Weltbewegung, erzieht. Ihre internationale Solidarität bringt sie zum Ausdruck durch die unzerstörbare Verbundenheit mit der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern, durch die Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse und der friedliebenden Kräfte in der Welt, des Kampfes der Völker für nationale Unabhängigkeit, vor allem durch ihre eigenen Anstrengungen im Kampfe gegen die Kriegspolitik der Bonner Militaristen.

Große Bedeutung kommt dem Abschnitt im veränderten Parteistatut zu, der sich mit der Parteimitgliedschaft, mit den Pflichten und Rechten des Parteimitgliedes befaßt. Die Frage der Parteimitgliedschaft hat nach dem Verbot der Partei in den Diskussionen der Genossen immer wieder eine Rolle gespielt. Im veränderten Statutenentwurf ist diese Frage klar beantwortet. Dort heißt es:

„Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands kann sein, wer die Ziele und das Statut der Partei anerkennt, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet, aktiv in einer ihrer Organisationen arbeitet und regelmäßig Beiträge bezahlt.“

Im Kampfe um die völlige Durchsetzung dieses Leninschen Prinzips wurden im Laufe des Parteiaufgebotes Erfolge erzielt. Die Arbeit zahlreicher Grundorganisationen wurde verbessert, ein größerer Teil der Mitglieder in die aktive Arbeit der Grundorganisationen einbezogen. Das Beitragsaufkommen und die Solidaritätsspenden konnten gesteigert werden. Große Anstrengungen müssen in der Vorbereitung des Parteitag, in der Diskussion um das Statut unternommen werden, um die Parteiorganisation durch die Einbeziehung aller Mitglieder in das Leben und die Arbeit der Partei weiter zu festigen. Der einzelne Kommunist, auf sich selbst gestellt, kann nicht Organisator und Führer der Massen sein. Er ist, wie Lenin sagt, als Einzelgänger ohnmächtig. Die Erfahrungen

zeigen, daß ehemalige Mitglieder unserer Partei, die nicht in Grundorganisationen erfaßt wurden und dadurch die politischen Probleme nicht im Kollektiv diskutierten, der feindlichen Hetze leichter erliegen, sich in den politischen Fragen nicht zurechtfinden, vielfach das Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse, in unsere Sache verlieren. Umso notwendiger ist es, daß das Leninsche Prinzip der Mitgliedschaft, wie es im Statut verankert ist, unter den Bedingungen der Illegalität mit besonderer Sorgfalt angewandt und Schritt für Schritt im gesamten Leben der Partei verwirklicht wird.

Die Lage in der Bundesrepublik kann nur unter Führung einer starken Kommunistischer Partei verändert werden. Voraussetzung ist daß die Partei über Masseneinfluß verfügt, fest in den Massenorganisationen verankert ist und daß sie ständig die besten Arbeiter, vor allem aus der Jugend, in ihre Reihen aufnimmt. Im vorliegenden Statutenentwurf wird es jedem Mitglied, jeder Grundorganisation und Leitung zur Pflicht gemacht, ständig für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein. Mit dem Parteiaufgebot 1962 wurden vielen Grundorganisationen neue Mitglieder zugeführt. Damit wurde bewiesen, daß auch unter illegalen Bedingungen die Schaffung einer starken Partei möglich ist. Es muß erreicht werden, daß Neuaufnahmen für die Partei nicht nur Einzelbeispiele aktiver Gruppen und Mitglieder bleiben, sondern zu einer ständigen Aufgabe aller Parteiorganisationen und jedes Kommunisten werden. Bis zum Parteitag sollten auch alle jene Leitungen und Parteiorganisationen, die im Parteiaufgebot nur geringe Erfolge aufzuweisen hatten, ihre Anstrengungen vergrößern. Vor allem unsere Betriebsgruppen und Funktionäre in den Gewerkschaften und Massenorganisationen sollten ständig ihre Aufgabe darin sehen die Reihen der Partei durch neue Mitglieder zu stärken.

Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie

Unsere Partei ist die demokratischste Partei in der Bundesrepublik. Obwohl sie unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität wirken muß, haben die Mitglieder das Recht und die Möglichkeit, an der Ausarbeitung der Politik der Partei aktiv mitzuarbeiten. Die Partei führt eine umfassende Diskussion über den Entwurf der Programmatischen Erklärung und über den Statutenentwurf durch. Alle Parteieinheiten, alle Mitglieder sind aufgerufen, ihre Vorschläge zur Verbesserung und Veränderung an den Parteitag zu richten. Die Hauptmethode der Diskussion über unsere Dokumente ist die Diskussion im Kollektiv. Dabei sollten

neue Parteigruppen geschaffen werden. Die Anwendung der im Statut verankerten Rechte und Pflichten der Mitglieder sind ein Beweis dafür, daß unsere Partei selbst unter den Bedingungen der Illegalität die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie soweit wie nur irgend möglich verwirklicht. Während in der SPD durch die Brandt-Wehner-Gruppe die Rechte der Mitglieder mit Füßen getreten und die politischen Entscheidungen von dieser diktatorischen Führungsgruppe getroffen werden, während in der SPD das politische Leben in den Grundorganisationen erstickt wird, ist es unverletzliches Recht eines jeden Mitgliedes

der KPD an der Ausarbeitung, Erörterung und Durchführung der Politik der Partei teilzunehmen. Diese Tatsachen geben uns die Möglichkeit, in Diskussionen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auch am Statutenentwurf die Rolle unserer Partei in der Öffentlichkeit darzulegen. Jede Parteigruppe sollte sich konkret verpflichten, solche Aussprachen durchzuführen und den Beweis liefern, daß wir auch dem Statut nach die demokratischste Partei der Bundesrepublik sind.

Der Aufbau und das innerparteiliche Leben unserer Partei beruhen auf den Leninischen Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Die strikte Anwendung des demokratischen Zentralismus sichert die Einheit des Willens und Handelns der Partei und gibt ihr die Fähigkeit, ihre geschlossene Kraft auf die erfolgreiche Lösung der politischen Aufgaben zu konzentrieren. Das aber setzt voraus eine einheitliche, strenge proletarische Disziplin, die für alle Mitglieder und Funktionäre bindend ist.

Unter den Bedingungen der Illegalität läßt sich das Prinzip des demokratischen Zentralismus, nämlich die Wählbarkeit aller leitenden Organe von unten nach oben, die Rechenschaftslegung aller Parteiorgane von den Parteiorganisationen und vor den übergeordneten Organen nicht vollständig durchsetzen. Ausgehend von diesen Notwendigkeiten wurden in dem veränderten Statut dem Zentralkomitee bzw. seinem Politbüro besondere Befugnisse und Verantwortung übertragen. Das betrifft vor allem den Organisationsaufbau, die Auswahl und den Einsatz der Kader. Diese Erweiterung ihrer Befugnisse verpflichtet die Mitglieder der leitenden Organe, höhere Anforderungen an sich selbst zu stellen. Sie erfordert eine verstärkte kollektive Leitungsarbeit, stärkere Anwendung von Kritik und Selbstkritik, eine breite Entfaltung der innerparteilichen Demokratie. Sie verlangt, daß alle Leitungen den Vor-

schlägen und Meinungen der Mitglieder größte Aufmerksamkeit schenken. Nur wenn diese Prinzipien verwirklicht werden, wird unsere Partei zu einer festen Kampfgemeinschaft.

In dem Statut der Partei wird hervor-gehoben, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders wichtig ist, daß alle Parteiorganisationen und -leitungen in der Durchführung der Politik und Beschlüsse der Partei selbständig handeln und stärkste Eigeninitiative entfalten. Das bedeutet, daß alle Parteiorganisationen und -leitungen sich voll verantwortlich fühlen für die Durchsetzung der Politik der Partei in ihrem Wirkungsbereich, daß sie auf alle Ereignisse selbständig und schnell reagieren und nicht auf Anweisungen von „oben“ warten. Diesen Anforderungen werden die Leitungen der Partei besser gerecht werden als bisher, wenn sie es verstehen, eine planmäßige kollektive Leitungsarbeit zu entwickeln und kühner eine große Zahl von Genossen — und besonders jungen Genossen — zur Leitungs- und Kommissionsarbeit heranzuziehen. Hier gilt es vom Zentralkomitee bis in die Grundorganisationen noch ernste Schwächen zu überwinden. Vor allem muß das ZK die politische Hilfe für die Leitungen und den Erfahrungsaustausch verbessern.

In der Vorbereitung des Parteitagcs 1963 wird der Klassenfeind durch Beobachtung, Verfolgung, Zersetzung, Erpressung, Provokationen alles daransetzen, um die Partei an der Lösung ihrer Aufgaben zu hindern. Deshalb kommt der ständigen Erziehungsarbeit zur Geheimhaltung der Arbeitsweise der Partei gegenüber dem Gegner eine hohe Bedeutung zu. In der offensiven Abwehr aller Machenschaften des Gegners erwächst der ZPKK, als einem Organ des Zentralkomitees, die Aufgabe, alle Erfahrungen auf diesem wichtigen Gebiet der ganzen Partei zu vermitteln und so zu helfen, diesen Kampf erfolgreich zu führen.

Besondere Beachtung den Grundorganisationen und der legalen Massenarbeit

Von der Arbeit der Grundorganisationen hängt die Stärke der Partei, ihr Masseneinfluß und ihre politische Wirksamkeit ab. Deshalb werden im veränderten Statut die Aufgaben der Grundorganisationen im Betrieb und Wohngebiet umfassender und konkreter entwickelt. Im Parteaufgebot wurden viele Betriebs- und Wohngebietsgruppen wieder aktiviert. In den Grundorganisationen, wo das Parteileben verbunden ist mit dem Kampf um die Lösung der politischen Aufgaben, wurden auch Erfolge in der Gewinnung neuer Mitglieder erzielt. Es gibt Betriebs- und Wohngebietsorganisationen, die zahlenmäßig

stärker und politisch aktiver sind als in der Zeit der Legalität. Im veränderten Statutenentwurf wird die Aufgabe gestellt, daß Grundorganisationen nicht nur im Betrieb und im Wohngebiet, sondern auch in anderen Wirkungsstätten geschaffen werden können. Das Zentralkomitee läßt sich hierbei von den Erfahrungen aus der praktischen Arbeit leiten, sowie von dem Leninischen Prinzip, daß die Organisationsformen der Partei nicht eng und dogmatisch aufgefaßt oder in ein starres Schema gepreßt werden dürfen. In welchen Wirkungsstätten Grundorganisationen gebildet werden

können, darüber entscheiden die Leitungen in Übereinstimmung mit dem ZK.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen verfügt die Partei über viele Mittel, ihre Politik unter Ausnutzung der legalen Möglichkeiten in die Massen zu tragen. Die Hauptmethode der Tätigkeit der Parteiorganisationen und jedes einzelnen Kommunisten muß die legale Massenarbeit sein. Aber viele Leitungen orientieren sich noch nicht auf die systematische Organisation der legalen Massenarbeit. Oft ist das noch die Arbeit einzelner Genossen und nicht die Haupttätigkeit der ganzen Parteiorganisation. Es kommt darauf an, alle legalen Möglichkeiten zu nutzen und den Kampf um die Erweiterung der legalen Massenarbeit zu führen. Im vorliegenden Statutenentwurf wurde deshalb der legalen Massenarbeit ein besonderer Platz eingeräumt. Es wird jedem Kommunisten dem das möglich ist, zur Pflicht gemacht, Mitglied der Gewerkschaft zu sein und in den Gewerkschaften für ihre Stärkung als Klassenorganisation und die Durchsetzung ihrer richtigen Beschlüsse zu kämpfen. Die Kommunisten nehmen aktiv am gesellschaftlichen Leben des Volkes teil. Sie können die von der Partei gestellten hohen politischen Anforderungen nur erfüllen, wenn sie in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, der Bauern, der Jugend und der Frauen sowie in den verschiedenen Massenbewegungen tatkräftig mitarbeiten. Wo

werktätige Massen in Organisationen mit reaktionärem Charakter und reaktionären Führern organisiert sind, werden Kommunisten auch dort tätig sein.

Das Statut, das Grundgesetz unserer Partei, gehört in die Hand jedes Kommunisten. Jedes Mitglied, vor allem die neuen Mitglieder, müssen wissen, was ihre Rechte und was ihre Pflichten sind, was die KPD ist und was sie will. Deshalb soll das Statut gemeinsam mit der Programmatischen Erklärung — beide sind untrennbar miteinander verbunden —, in allen Parteiorganisationen beraten werden. Im Ergebnis der Diskussion sollen konkrete Schlußfolgerungen gezogen werden zur politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der Parteiorganisation und zur Verbesserung der politischen Massenarbeit. Das Statut wird jeder Parteiorganisation, jedem Kommunisten helfen, ihren Platz im Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes einzunehmen und mit doppelter Energie für die praktische Verwirklichung der Beschlüsse der Partei zu kämpfen.

Die Partei steht vor großen Aufgaben. Die strenge Einhaltung des Statuts der Leninischen Normen und Organisationsprinzipien unserer Partei wird die ideologische Einheit und organisatorische Geschlossenheit der Partei weiter festigen und ihre Verbindungen mit den werktätigen Massen stärken.

Über den Charakter und die Bedeutung des Kampfes um die sozialen Rechte und die wirtschaftliche Sicherheit

von HELMUT PETZOLD

Am 6. Februar 1963 verkündete Adenauer in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag die Fortsetzung der ausichtslosen, aber lebensgefährlichen Politik der aggressiven Monopole und der militaristischen Scharfmacher. Er verlangte eine forcierte atomare Rüstung und forderte die Werktätigen erneut zum „Maßhalten“ auf. Er ließ keinen Zweifel aufkommen, daß die Bonner Machthaber durch die geplanten Notstandsgesetze den Angriff auf die Demokratie, die sozialen Rechte und den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten verstärkt weiter führen wollen.

Demgegenüber stehen die Aufgaben der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Gen. Max Reimann auf der 22. Tagung des ZK der KPD wie folgt formulierte:

„Heute geht es um die Sicherung des Friedens, um die Rettung der Demokratie. In enger Verbindung damit

steht der Kampf für die Erhaltung des von den Arbeitern und Gewerkschaften erkämpften Lebensstandards und dessen weitere Verbesserung. Dieser Kampf hat neue schärfere Formen angenommen, weil die Monopolgewaltigen mit der Durchsetzung ihrer aggressiven Außen- und reaktionären Innenpolitik zum verstärkten Angriff auf die sozialen Lebensrechte des werktätigen Volkes übergegangen sind und noch weiter übergehen.“ (Wissen und Tat, Nr. 1/2 1963, S. 11.)

Diesem neuerlichen Angriff des Monopolkapitals und der Bonner Regierung liegen ökonomische und politische Ursachen zugrunde. Die Machtzusammenballung der Handvoll von Finanzmagnaten hat infolge der ungeheuren Kapitalkonzentration heute einen Stand erreicht, der größer ist als in der Zeit des Hitlerfaschismus. Dieser Prozeß ist mit der immer stärkeren Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ver-

bunden. Das Monopolkapital greift mit Hilfe des von ihm beherrschten Staatsapparates unmittelbar in den Reproduktionsprozeß ein und bestimmt die gesamte Wirtschaftspolitik, die Gesetzgebung sowie die Finanz- und Steuerpolitik.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat das Wesen des Kapitalismus nicht geändert, sondern die ihm innewohnenden Widersprüche noch verschärft. Das zeigt die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik deutlich. Im Jahre 1962 hat sich das Wachstum der Industrieproduktion weiter verlangsamt. Gegenüber 6,1 Prozent im Jahr vorher verringerte sich die Zuwachsrate auf 4,6 Prozent. Die Investitionsgüterindustrie lag mit einem Zuwachs von nur 2,9 Prozent noch unter diesem Durchschnitt. Der Maschinenbau, der als Konjunkturbarometer angesehen wird, hatte überhaupt keinen Zuwachs der Produktion mehr aufzuweisen. Einige Industriezweige, wie die Eisen- und Stahlindustrie (— 2,3 Prozent) und der Schiffsbau (— 5 Prozent), verzeichneten absolute Produktionsrückgänge. Überdurchschnittliche Zuwachsraten sind neben der Verbrauchsgüterindustrie (+ 5,5 Prozent), vor allem in der Chemischen Industrie (+ 12,2 Prozent) und der Mineralölverarbeitung (+ 11,3 Prozent) zu beobachten. Nach dem Konjunkturbericht des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ (BDI) „befinden sich neun Zweige mit 18 Prozent der BDI Gewichtung in der Schrumpfungzone, 14 Zweige mit 53 Prozent des Gewichts wachsen unterdurchschnittlich, aber gleichfalls 14 Zweige, wenn auch nur mit 28 Prozent, expandieren überdurchschnittlich“. („Handelsblatt“ vom 4. 2. 1963.) Im gleichen Bericht wird auch davon gesprochen, daß „die Investitionstätigkeit stärker nachlasse, als es gesamt- und einzelwirtschaftlich erträglich sei“.

Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Kapazitäten sind bei weitem nicht voll ausgelastet. Die Produktion stößt immer mehr auf die Aufnahme-grenze des inneren und äußeren Marktes. Der Export der Bundesrepublik stieg im vergangenen Jahr nur noch um 3,9 Prozent gegenüber 11,3 Prozent im Jahre 1961. Der Außenhandelsüberschuß hat sich im gleichen Zeitraum halbiert.

Trotz der abgeflauten Konjunktur konnten die Monopole auch im vergangenen Jahr höhere Profite aus der Arbeiterklasse herauspressen. Im „Konjunkturbericht“ der „Deutschen Bundesbank“ wurde im Februar 1963 zugegeben: „Die Gewinne der Unternehmer sind entgegen anders lautenden Behauptungen weiter gewachsen.“ („Frankfurter Rundschau“ vom 12. 2. 1963.) Ende 1962

betrug die offizielle Zahl der Durchschnittsdividende 13,65 Prozent und lag damit um 9,4 Prozent höher als Ende 1961. Allerdings geben die ausgeschütteten Dividenden nur ein verschleiertes Bild der wahren Profitsteigerungen wider. Nach Berechnungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts (Bericht 24/62) sind die nachweisbaren Profite von 49 großen Aktiengesellschaften von 1958 bis 1961 von 4,9 auf 9,6 Milliarden Mark angestiegen. Dieser Profitsteigerung von 93,5 Prozent steht eine durchschnittliche Erhöhung des Bruttolohnes bzw. -gehalts je Beschäftigten von nur 31,4 Prozent gegenüber. Die Monopole wollen trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie selbst herbeigeführt haben, ihre hohen Profite nicht nur weiterhin sichern, sondern noch steigern. Deshalb unternehmen sie alles, um die Folgen der Stagnationserscheinungen, der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der steigenden Rüstungslasten einseitig auf die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen abzuwälzen.

Die atomare Rüstung verschlingt immer größere Teile des Nationaleinkommens. Die direkten Ausgaben für die Kriegsvorbereitung waren im vergangenen Jahr auf 18 Milliarden Mark emporgeklüftet und werden 1963 die 20-Milliarden-Grenze überschreiten. Wirtschaftsminister Erhard hat in seinem Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr die wachsenden Rüstungsausgaben offen eingestanden:

„Der Staatsverbrauch ging vermutlich um 11 bis 12 v. H. über den Vorjahresumfang hinaus. Die Zunahme beruht überwiegend auf erhöhten Ausgaben für die Verteidigung, während die zivilen Ausgaben für die laufende Verwaltungstätigkeit weniger als 1961 stiegen.“ (Bulletin der Bundesregierung vom 8. 12. 1962.)

Eng verbunden mit den wachsenden Rüstungslasten unternehmen die aggressiven Monopole alle Anstrengungen, ihre absichtslose, aber gefährliche Atomkriegspolitik nach innen und außen fortzusetzen. Die erste Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag, wie auch die Achse Bonn—Paris—Madrid legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. Im Interesse dieser lebensbedrohenden Politik soll mit Hilfe der Notstandsdictatur jeder gewerkschaftliche Kampf brutal unterdrückt und die sozialen Rechte, wie der Lebensstandard, rigoros abgebaut werden. Es zeigt sich also, daß die Ursachen für den verstärkten Angriff auf die sozialen Lebensrechte des werktätigen Volkes vor allem in dem Macht- und Profitstreben sowie in der Rüstungspolitik der großen Monopole zu sehen sind.

Die sozialreaktionären Pläne des Monopolkapitals

Das Ziel der Monopole besteht darin, die in den letzten Jahren von der Arbeiterklasse erkämpften Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere soziale Verbesserungen zunichte zu machen und die Gewerkschaften mit der Politik des Monopolkapitals gleichzuschalten.

Das Monopolkapital verstärkt seine Angriffe ganz besonders, weil im vergangenen Jahr bei der Durchsetzung einer selbständigen Arbeiterpolitik von den Gewerkschaften einige Fortschritte erzielt wurden. Auf dem 6. DGB-Kongreß und den anderen Gewerkschaftstagen — besonders der IG Metall — haben die Monopole und die mit ihrer Politik gleichgeschaltete Wehner-Brandt-Erler-Gruppe "eine empfindliche Niederlage erlitten. Gleichzeitig ist sichtbar geworden, daß in der Arbeiterbewegung starke, gesunde Kräfte am Werk sind, um eine eigene, klassenmäßig orientierte Politik zu entwickeln und dafür einzutreten.

Die im Frühjahr vergangenen Jahres von den Monopolen und der Bundesregierung eingeleitete „Maßhaltspolitik“ soll 1963 verstärkt fortgesetzt werden, wie die erwähnte Regierungserklärung beweist.

Bereits Mitte vergangenen Jahres haben die Industriellen-Verbände ein Geheimabkommen abgeschlossen, das einen Gesamtplan darstellt, wie man die Gewerkschaften zwingen will, auf Lohnkämpfe zu verzichten, die Forderungen auf Arbeitszeitverkürzungen fallenzulassen und stillzuhalten gegenüber der verschärften Ausbeutung. Es ist darin vorgesehen und wird schon praktiziert, mit Hilfe von „neutralen Artikeln“ in der örtlichen Presse, den Illustrierten und auch im Rundfunk, gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften Stimmung zu machen. In dem von den Monopolen gesteuerten Pressefeldzug werden die Gewerkschaftsführer aufgegliedert in „gute Gewerkschafter“, die an einer Verschlechterung der Gespräche interessiert seien — hierbei wird vor allem der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Leber, hochgespielt — und in solche Gewerkschaftsführer, die weiter auf dem Klassenstandpunkt der Arbeiter beharren. Die ersteren versucht man populär, die zweiten verächtlich zu machen.

Auf der Grundlage dieses Geheimabkommens hat die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) auf ihrer Jahresversammlung im Dezember 1962 in Bad Godesberg folgendes Programm gegen jede Lohnerhöhung verkündet:

„Verstärkte Schaffung von psychologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die etwaige Durchführung von Arbeitskämpfen zur Abwehr wirtschaftlich unvertreibarbarer Forderungen.“ („Der Arbeitgeber“, Nr. 23/24 — 1962, S. 682.)

Der Präsident der BDA, Paulssen, erklärte zu dieser Kampfansage: „Das klingt alles kriegerisch und aggressiv, aber nur der wird vom Partner oder Gegner geachtet, der gleich stark ist, der nicht gewillt ist zu kapitulieren.“ Die „Kapitulation“ der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften soll dergestalt sein, daß sie „freiwillig“ sich mit den Unternehmern auf eine „Lohnpause“ einlassen. Den Gewerkschaften wird gedroht, entweder nur „vernünftige Lohnforderungen“ zu erheben oder aber die „Lohnpause“ durch eine staatliche Zwangsschlichtung herbeizuführen. Bei der ständigen Verteuerung der Lebenshaltung und der wachsenden Arbeitsintensität würde ein Lohnstopp für die Arbeiter und Angestellten eine direkte Verschlechterung des Lebensstandards zugunsten noch höherer Profite der Unternehmer bedeuten und den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt weiter verringern.

Die BDA hat ihren Mitgliedern empfohlen, „freiwillig Zurückhaltung bei der zusätzlichen Einstellung neuer Arbeitskräfte“ zu üben. Als Erfolg dieser Maßnahme verspricht Paulssen den Unternehmern „eine fühlbare und wirksame Erleichterung des Arbeitsmarktes und auch Rückwirkung auf die lohnpolitische Situation“. Man will damit die Arbeiter einschüchtern und vom entschlossenen Kampf um höheren Lohn abhalten und gleichzeitig das Gespenst der Existenzunsicherheit verbreiten. Dieser Empfehlung folgend, sind bereits zahlreiche Betriebe dazu übergegangen, Arbeiter zu entlassen. Hiervon sind vor allem solche Arbeiter betroffen, die das hochgeschraubte Arbeitstempo nicht mehr durchhalten. Mit kaltem Zynismus werden diese Arbeiter als „Bummelanten“ beschimpft.

Der verschärfte Druck auf die Arbeiterklasse ist mit dem Abbau der betrieblichen Sozialleistungen und der gestiegenen Arbeitshetze im Betrieb verbunden. In zahlreichen Betrieben werden beispielsweise die Preise für das Werkessen heraufgesetzt, die Bezahlung der Frühstückspausen annulliert oder Erschwerniszuslagen nicht mehr gewährt. Viele Unternehmer gehen zu neuen Ausbeutungsmethoden, wie dem Kleinstzeitverfahren über und kürzen die Akkord-

vorgabezeiten. All diese Maßnahmen haben eine direkte oder indirekte Lohnminderung zur Folge.

In dem „Stabilisierungsprogramm“, das Adenauer im Oktober 1962 verkündete und jetzt erneut bekräftigte, nimmt die sogenannte Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung einen wichtigen Platz ein. Nachdem der erste Versuch der Verschlechterung der Krankenversicherung durch den Massenwiderstand der Arbeiterklasse und der Ärzte vom Tisch gefegt wurde, hat der Bundestag Ende Januar einen neuerlichen Gesetzentwurf in erster Lesung behandelt. Der jetzt vorgelegte Entwurf ist noch reaktionärer als der 1960 gescheiterte. Die Annahme dieses Gesetzes würde die soziale Krankenversicherung um 80 Jahre zurückwerfen, den Versicherten große finanzielle Lasten aufbürden und die Volksgesundheit weiter untergraben. In dem Gesetzentwurf ist u. a. vorgesehen:

Beteiligung der Kranken an den Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus und Kuren;

Einführung eines Sonderbeitrages der Versicherten und der Rentner in Höhe von 2 Prozent des Einkommens, damit wird dem Solidaritätsprinzip der Todesstoß versetzt;

Verschärfung des vertrauensärztlichen Dienstes zu einer Institution der Unternehmer, verbunden mit der Durchbrechung der ärztlichen Schweigepflicht; Begrenzung der Versicherungspflicht der Arbeiter bis 750.— DM Monateinkommen und damit Fortfall des Unter-

nehmeranteils der Beiträge für 2,7 Millionen Arbeiter

Der Abbau der Sozialversicherung wird von Blank als eine „stärkere Verantwortung der Beteiligten“ bezeichnet. In Wirklichkeit geht es um eine drastische Senkung des Krankenstandes, um die Entlastung der Staatskasse zugunsten der Rüstungskasse, um das Letzte aus der Arbeitskraft herauszuholen. Um die Arbeiter für das reaktionäre Gesetz zu ködern, hat die Bundesregierung das Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz mit anderen Gesetzen zu einem sogenannten „Sozialpaket“ gekoppelt. Es handelt sich um das Kindergeld und das Lohnfortzahlungsgesetz im Krankheitsfalle. Ohne den Forderungen der Arbeiter voll zu entsprechen, enthalten diese Gesetzentwürfe einige Verbesserungen.

Das reaktionäre Krankenversicherungsgesetz ist nur ein Teilstück der Pläne der Bonner Regierung zur Erhöhung der Profite und der steigenden Rüstungskosten. Weitere Maßnahmen des Programms sind neben dem schon erwähnten Lohnstopp, das Verbot von Arbeitszeitverkürzungen bzw. die Aussetzung der bereits tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen und die Einschränkung des Tarif- und Streikrechts durch eine Art Taft-Hartley-Gesetz. Das Hauptmittel, um die sozialen Rechte abzubauen und die wirtschaftliche Sicherheit der Arbeiterklasse vollends zu beseitigen sowie die Gewerkschaften an die Kette zu legen, sehen die Monopole in der schnellen Verabschiedung und Anwendung der Notstandsgesetze.

Der Klassenkampf hat sich verschärft

In dem Entwurf der Programmatischen Erklärung der KPD heißt es:

„Die Ausbeutung wurde und wird durch erhöhte Arbeitshetze, durch stärkere physische und nervliche Belastung der Arbeiter gesteigert.“

Das Ausmaß der erhöhten Ausbeutung zeigt sich darin, daß die schon erwähnte Erhöhung der Industrieproduktion von 4,6 Prozent im Jahre 1962 mit einer verminderten Zahl der effektiv geleisteten Arbeiterstunden von 3,2 Prozent erreicht wurde. Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde stieg um 8 Prozent, was zu einem beachtlichen Teil auf erhöhte Arbeitsintensität zurückzuführen ist. Ausdrück der verschärften Ausbeutung ist die weiter gestiegene Zahl der Arbeitsunfälle, wachsende Frühinvalidität und erhöhter Krankenstand.

Auf der Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Anfang Februar 1963 in Rheinland-Pfalz wurden die jährlich 3,2 Millionen Arbeitsunfälle der Bundes-

republik als eine „blutige Bilanz des Wirtschaftswunders“ bezeichnet. („Frankfurter Rundschau“ vom 4. 2. 1963.)

Trotz des härteren Widerstandes der Unternehmer und ihrer Regierung haben im vergangenen Jahr nahezu 14 Millionen Arbeiter und Angestellte die beachtliche Lohnerhöhung von durchschnittlich 7,3 Prozent erkämpft und Millionen Beschäftigte erzwangen eine Verringerung der tariflichen Arbeitszeit. Obwohl die Lohnerhöhung geringer war als in den Vorjahren, erforderte ihre Durchsetzung größere Anstrengungen. Davon zeugen die Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen der Metallarbeiter zu Beginn und der Textilarbeiter Ende des vergangenen Jahres, die Streiks der Bergarbeiter an der Saar und der Arbeiter der Papierindustrie.

Die erkämpften Lohnerhöhungen sind durch die gestiegenen Preise zum Teil wieder unwirksam geworden. Selbst nach dem fragwürdigen Index des Sta-

tistischen Bundesamtes verteuerte sich die Lebenshaltung um 3,8 Prozent. Hinzu kommt, daß infolge der Steuerprogression viele Arbeiter und Angestellte mehr Lohnsteuern an die Bonner Rüstungskasse zahlen mußten. Während die Nettolohn- und Gehaltssumme im vergangenen Jahr nur um 6 Prozent stieg, erhöhte sich das Lohnsteueraufkommen um 18 Prozent.

Auf Grund dieser Faktoren ist von der 7,3prozentigen Nominalloohnerhöhung nur eine geringe Reallohnverbesserung übrig geblieben. Der Teil der Arbeiterklasse, der keine Nominalloohnerhöhung erreichte, mußte sogar eine Verminderung des Reallohnes hinnehmen.

Angesichts der Ende vergangenen Jahres neu anrollenden Preislawine hat sich die Lebenslage für die Mehrheit der Arbeiterklasse Anfang 1963 verschlechtert. Ab 1. Januar wurden u. a. die Altbau-mieten bis zu 20 Prozent sowie die Post- und Bahn tarife erhöht. In vielen Orten sind die Brotpreise und die Tarife der städtischen Verkehrsmittel abermals heraufgesetzt worden. Mit Jahresbeginn sind Glas-, Porzellan- und Lederwaren teurer geworden, die Erhöhung der Milchpreise um 6 Prozent, der Margarine- und Fleischpreise wie für andere Lebensmittel ist bereits beschlossen. Die langanhaltende Frostperiode wurde außerdem von der kapitalistischen Profitwirtschaft zu enormen Preissteigerungen, besonders für Obst und Gemüse und Heizmaterial rücksichtslos ausgenützt. Das Statistische Landesamt in Hessen hat Ende Januar bekanntgegeben, daß sich innerhalb der letzten 4 bis 5 Wochen 242 Preise erhöht haben.

Diese Verteuierung, wie auch die erhöhte Arbeitsleistung und die gestiegenen Profite unterstreichen die Notwendigkeit der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, die aktive Lohnpolitik fortzusetzen und höhere Lohnforderungen als bisher zu erheben.

Für annähernd 10 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen im ersten Halbjahr 1963 die Tarifverträge aus. Die Gewerkschaften ÖTV, Bundesbahn und Bundespost sowie die IG Bau-Steine-Erden haben bereits zum 31. März die Tarife gekündigt. Bei den bevorstehenden Lohnkämpfen geht es nicht nur um einen Ausgleich für die eingetretenen Preissteigerungen, sondern ist darüber hinaus eine Erhöhung der Massenkauferkraft erforderlich. Die vom 6. DGB-Kongreß erneut erhobene Forderung nach einem höheren Anteil am Sozialprodukt steigert das weitere wirtschaftliche Wachstum und wirkt den Folgen der Krisenerscheinungen wie Kurzarbeit und Entlassungen entgegen. So wird die

Lüge des Monopolkapitals widerlegt, daß Lohnerhöhungen die Konjunktur gefährden. Die Zunahme der Industrieproduktion des vergangenen Jahres konnte sich noch auf die geringe Erhöhung der Massenkauferkraft stützen, wie selbst von bürgerlichen Institutionen zugegeben werden mußte.

In den nächsten Wochen und Monaten stehen neue soziale und wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiterklasse bevor. Dabei geht es um die Abwehr der antisozialen Maßnahmen, wie dem Krankenkassengesetz und um die Durchsetzung von Lohnerhöhungen. Durch den erbitterten Widerstand der Unternehmer wird sich der Klassenkampf verschärfen. In den sozialen Kämpfen der vergangenen Monate haben die Arbeiter und Angestellten erneut bestätigt bekommen, freiwillig werden die Unternehmer keinen Pfennig mehr Lohn zahlen und von ihrer sozialreaktionären Politik Abstand nehmen.

Der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Leber, der die Politik der Brandt und Wehner in den Gewerkschaften verachtet, handelt entgegen dieser Erkenntnis. Ebenso wie er den eindeutigen Beschluß des 6. DGB-Kongresses gegen jedes Notstandsgesetz sabotiert, hat er jetzt auch die aktive Lohnpolitik über Bord geworfen. Er handelt gewerkschaftsschädigend, indem er mit den Bauunternehmern im Februar dieses Jahres einen Tarifvertrag abschloß der haargenau den Forderungen der Monopole und der Bundesregierung entsprach. Ohne die Mitgliedschaft zu befragen, handelte er so, wie das Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 6. 2. verlangte. Er verzichtete auf die für den 1. 10. 1963 tarifvertraglich festgelegte Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde. Das allein ist ein Millionengeschenk an die Baukonzerne auf Kosten der Arbeiter. Entgegen den Forderungen der Gewerkschaften nach einem höheren Anteil am Sozialprodukt ist Leber im Interesse der weiteren Profitsteigerung und höherer Rüstungsausgaben dem Maßhalteverlangen der Monopole nachgekommen und ist auf eine Lohnerhöhung von nur 4,9 Prozent eingegangen.

Das ist ein unsolidarisches Verhalten gegenüber allen Gewerkschaften und ein Bruch gewerkschaftlicher Grundsätze. Die Monopole wollen den Tarifausschluß in der Bauindustrie auf alle Gewerkschaften, besonders die IG Metall anwenden und damit ihre Maßhaltepolitik durchsetzen. Zugleich soll damit auch der Druck auf die IG Metall verstärkt werden, auf eine aktive Lohnpolitik zu verzichten. Die Monopole wollen mit Hilfe von Leber der Arbeiterklasse ein Stück Notstandspolitik noch vor der Verab-

scheidung dieser antigewerkschaftlichen Gesetze aufzwingen.

Diese Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Monopolen bedroht die Lebenslage der Arbeiterklasse. Jetzt muß noch stärker als bisher der gewerkschaftsschädigenden Rolle solcher Gewerkschaftsführer wie Leber in allen Gewerkschaften entgegengetreten werden.

Nur energische Kampfmaßnahmen nach dem Beispiel der Arbeiter des Bergbaus, der Metall- Papier- und Textilindustrie und den betrieblichen Aktionen, wie sie in den Henschel-Werken in Kassel demonstriert wurden, zwingen die Unternehmer zu Zugeständnissen.

Daß die Arbeiterklasse der Bundes-

Der Kampf um soziale Rechte — ist Kampf um Frieden und Demokratie!

Im Entwurf der Programatischen Erklärung der KPD heißt es:

„Heute haben die sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse eine besondere Bedeutung; denn sie treffen die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse, das aggressive Finanzkapital, seine Kriege- und Notstandspolitik.“

Der Kampf um soziale Rechte und wirtschaftliche Sicherheit der Arbeiterklasse steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Volkskampf zur Verteidigung und Durchsetzung der demokratischen Rechte, wie sie das Grundgesetz vorsieht und dem Kampf zur Erhaltung des Friedens. Während der sozialen Auseinandersetzungen der letzten Zeit mußte die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten die Erfahrung machen: Im gleichen Maße wie die Ausgaben für die Rüstung steigen, die Maßhalteparolen der Erhard und Paulsen lauter werden, versteift sich Widerstand der Monopole gegen die gewerkschaftlichen Forderungen, und der Bestand der Demokratie und der Gewerkschaften wird durch die drohende Notstandsdictatur immer mehr gefährdet.

Die Erkenntnis, daß Lohnfragen Machtfragen sind, ist während der letzten sozialen Auseinandersetzungen gewachsen. Die harte Klassenwirklichkeit, die Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen haben vielen Arbeitern die Augen geöffnet, daß es weder eine „Sozialpartnerschaft“, noch eine „Gemeinsamkeit“ zwischen der Arbeiterklasse und den Monopolen gibt. Jetzt kommt es darauf an, den Zusammenhang zwischen den ökonomischen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse bewußt zu machen. Die Wechselbeziehungen von Lohnstopp und verstärkter Aufrüstung wird schon von vielen Gewerkschaftsfunktionären — wie von Otto Brenner u. a. — erkannt. Beispielsweise schrieb der Vorsitzende der

republik bereit ist, für ihre sozialen und wirtschaftlichen Forderungen zu kämpfen, hat auch in den positiven Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses und der verschiedenen Gewerkschaftstage ihren Niederschlag gefunden. Im Namen der 6,4 Millionen Mitglieder und darüber hinaus aller Arbeiter und Angestellten hat der DGB-Kongreß Beschlüsse gefaßt, die eine reale Grundlage und einen Ausgangspunkt zu einer konsequenten Gewerkschaftspolitik enthalten. Auf der Basis dieser Beschlüsse ist das einheitliche Handeln im Kampf für die sozialen Forderungen, für die friedlichen und demokratischen Interessen des Volkes möglich und notwendig

Gewerkschaft ÖTV, Adolf Kummernuß, im „ÖTV-Magazin“ Nr. 1/1963:

„Der Bundesregierung erwachsen, insbesondere durch die steigenden Rüstungsausgaben erhöhte Belastungen. ... Die Unternehmer wollen ihre hohen Gewinne uneingeschränkt behalten. Deshalb propagieren sie, die Arbeitnehmer sollen stillhalten. Die Bundesregierung stößt in das gleiche Horn. Auch sie träumt von einer ‚Lohnpause‘. Beide, Unternehmer wie Bundesregierung, möchten ihre Probleme durch einen Verzicht der Arbeitnehmer also auf deren Kosten lösen. Es wird verstärkter Kraft und aller Entschlossenheit bedürfen, um diese Absicht zu durchkreuzen.“

Hier wird offensichtlich, daß der Kampf um höhere Löhne zugleich den Kampf gegen die steigenden Rüstungslasten zum Inhalt hat. Jede Aktion zur Abwehr der antisozialen Maßnahmen der Monopole ist ein Stück Verteidigung der Demokratie. Jede Kampfmaßnahme zur Verhinderung der Notstandsgesetze und zur Durchsetzung von mehr Mitbestimmung ist andererseits auch ein Beitrag für erfolgreiche Lohnkämpfe sowie zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzungen.

Die Möglichkeiten für den erfolgreichen sozialen und politischen Kampf sind gewachsen. Das geht auch aus einem Beitrag des Wirtschaftsjournalisten Ferdinand Fried hervor, der am 5. 1. 1963 in der „Welt“ schrieb:

„... wir müssen ... unsere hohen inneren sozialen Leistungen beibehalten, weil sie gewissermaßen einen finanziellen Schutzwall gegen die Einwirkungen aus dem Osten bilden.“

Damit hat Herr Fried unfreiwillig eingestehen müssen, daß die westdeutschen Arbeiter und Angestellten bei ihrem Kampf um soziale Forderungen aktiv von ihren Klassenbrüdern in der Deut-

achen Demokratischen Republik und den anderen sozialistischen Ländern unterstützt werden. Angesichts des sich ständig zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt und in Deutschland und des großen Beispiels der Macht der Arbeiter und Bauern wird der Kampf der Arbeiterklasse der Bundesrepublik erleichtert und das Monopolkapital zu Zugeständnissen gezwungen. Diese Hilfe wird noch wirksamer sein, wenn sich die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften für die Verständigung und die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten einsetzen und auch für die Erweiterung des friedlichen Handels mit den sozialistischen Staaten eintreten. Handelsembargos, wie z. B. das NATO-Verbot, Röhren in die Sowjetunion zu liefern, schaden der Arbeiterklasse und führen jetzt im Ruhrgebiet für Tausende Stahlarbeiter zu Kurzarbeit.

Schlußfolgerungen für den Kampf um die sozialen Rechte

Den Plänen des Monopolkapitals durch einen verstärkten Angriff auf die Lebenslage und die sozialen Rechte der Arbeiterklasse, die Folgen der Militarisierung, der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzig und allein auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, gilt es heute stärker denn je den Massenwiderstand entgegenzusetzen. „Was not tut und gerade jetzt Aussicht auf Erfolg hat“, sagte Genosse Max Reimann auf der 22. Tagung des ZK, „ist eine aktive Lohnpolitik“. Alle Arbeiter und Gewerkschafter sollten sich klar sein, daß jede Lohnpause, jedes Stillhalte- und Friedensabkommen mit den Monopolen der Arbeiterklasse schadet. Das gilt auch für das Schlichtungsabkommen, welches gegenwärtig die Metallindustriellen der IG Metall aufzuzwingen versuchen. Damit wollen die Unternehmer den Arbeitern ihre schärfste Waffe – den Streik – aus der Hand schlagen bzw. entschärfen.

Jetzt kommt es darauf an, überall in den Betrieben und Gewerkschaften den Lohnkampf vorzubereiten. In den Belegschaftsversammlungen und Vertrauensleuteitzungen sollten angemessene Lohnforderungen erhoben werden, die den Tarifkommissionen der Gewerkschaften als Grundlage dienen. In verschiedenen Betrieben und Verwaltungsstellen (z. B. in Remscheid und Solingen) wurden bereits Lohnerhöhungen von 10 Prozent gefordert. Bei allen Lohnkämpfen gilt es, nach dem Beispiel der Textilarbeiter eine Erhöhung der Effektivlöhne zu verlangen. Die Gewerkschaften wären zu beraten, die Laufzeiten der Tarifverträge höchstens für ein Jahr zu vereinbaren.

Um dem wachsenden Einfluß der DDR entgegenzuwirken und um ihre gegen die Beschlüsse der Gewerkschaften gerichtete Tätigkeit zu verschleiern, wird die Hetze gegen die DDR von den Monopolen und solchen Gewerkschaftsführern wie Leber verstärkt. Damit versuchen sie von ihrem Generalangriff auf die Gewerkschaften durch eine Diffamierung der auf dem VI. Parteitag der SED gestellten Hauptaufgabe, Steigerung der Arbeitsproduktivität, abzulenken. Während in der Bundesrepublik die Steigerung der Arbeitsproduktivität einzig und allein vom Profitstreben der Unternehmer diktiert ist und zur verschärften Arbeitshetze führt, kommen in der DDR den Werktätigen die Ergebnisse ihrer Arbeit voll zugute; die höhere Arbeitsproduktivität führt zu steigendem Lebensstandard und wird die Kraft des großen Beispiels für unseren Kampf um Demokratie und Frieden noch verstärken.

Der Lohnkampf wird dann erfolgreich sein, wenn die Belegschaften rechtzeitig orientiert werden und geeignete Maßnahmen, wie Warnstreiks, Kundgebungen usw. zur Mobilisierung der Lohnbewegung beschließen und durchgeführt werden.

Die Lohnkämpfe gilt es in enger Verbindung mit der Verwirklichung der positiven Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses zu führen. Vor allem ist es notwendig, jetzt die Beschlüsse zur Verhinderung der Notstandsgesetze, für Abrüstung und Verständigung, gegen das reaktionäre Krankenkassengesetz, für mehr Mitbestimmung durch Aktionen in die Tat umzusetzen. Auf allen Gewerkschaftsversammlungen, Vertrauensleuteitzungen, Vertreterversammlungen und Delegiertenkonferenzen sollten konkrete betriebliche und örtliche Kampfkaktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen beschlossen und eingeleitet werden. Gute Möglichkeiten zu solchen sozialen und politischen Kampfkaktionen bieten auch die bis Mai stattfindenden Betriebsräte- und Jugendsprecherwahlen.

Der Kampf der Arbeiter und Angestellten zur Erhaltung ihres Lebensstandards, der Rettung der Demokratie und des Friedens erfordert, daß bei den kommenden Klassenausinandersetzungen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hergestellt wird. Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche und parteilose Arbeiter sind gleichermaßen von dem Angriff der Monopole und der Regierung auf ihre Lebenslage und ihre sozialen Rechte bedroht. Vor allem wird es notwendig sein, die Gewerkschaften als unabhängige Klassenorganisation zu stärken und zu festigen und die gewerk-

schaftliche Einheit zu verteidigen. Nur gemeinsam vermögen Kommunisten und Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften der sozialreaktionären Entwicklung Paroli zu bieten und ihre Forderungen in die Tat umzusetzen. Darum

heißt es auch in dem Entwurf der Programmatischen Erklärung der KPD:

„In diesem Kampf steht die KPD, stehen wir Kommunisten stets und überall in den ersten Reihen.“

Für die marxistisch-leninistische Einheit der kommunistischen Bewegung, für die Geschlossenheit der Länder des Sozialismus

AUS DEM ARTIKEL DER „PRAWDA“ VOM 10. FEBRUAR 1963

In unserer Epoche, da die kommunistische Weltbewegung zur einflußreichsten politischen Kraft geworden ist, da sich besonders günstige Möglichkeiten eröffnet haben um die Grundprobleme der Gegenwart im Interesse der Völker zu lösen, ist die Einheit der kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, die Geschlossenheit der Länder der weltweiten sozialistischen Gemeinschaft mehr denn je erforderlich.

Noch nie hat die kommunistische Bewegung über solche Möglichkeiten verfügt, um auf den gesamten Verlauf der Weltentwicklung einzuwirken, wie heute. Noch nie hatte sie eine solche historische Verantwortung gegenüber den Völkern aller Länder wie heute. Der Kommunismus ist zur Praxis, zum täglichen Tun vieler Hunderte Millionen Menschen in der Welt geworden. Die Kommunisten stehen in der großen Gruppe der sozialistischen Staaten, die über ein Drittel der Erdbevölkerung umfaßt, am Steuer der Staatsmacht.

Heutzutage beurteilen die Völker den Kommunismus nicht nur nach seinen programmatischen Lösungen und Idealen, sondern auch danach, welchen Nutzen er der Gesellschaft, dem Menschen bringt. In den wirtschaftlichen Erfolgen der sozialistischen Länder, in der Steigerung des Wohlstandes der Völker dieser Länder erblicken sie die anschauliche Verkörperung der Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. In der Freundschaft und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder sehen die Völker das Entstehen und die Entwicklung eines neuen Typs von internationalen Beziehungen, die unvereinbar mit der Feindschaft und dem Haß, mit dem Nationalismus und Chauvinismus sind, die der Kapitalismus hervorgebracht hat.

Die ganze Menschheit blickt voller Hoffnung auf die Sowjetunion und die

anderen sozialistischen Länder. Sie sieht in ihnen die Kraft, die fähig ist, die heutige und die kommenden Generationen vor der Katastrophe eines thermonuklearen Weltkrieges zu retten. Im Bewußtsein der Millionen verschmelzen „Sozialismus“ und „Frieden“ immer mehr zu einem Begriff. Die sozialistische Weltgemeinschaft ist ein treuer Verbündeter der Völker in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, gegen jede Form der sozialen und nationalen Unterdrückung.

Die Notwendigkeit, daß die kommunistische Weltbewegung geschlossen sein muß, wird von der gesamten gegenwärtigen internationalen Lage, von jenen fieberhaften Anstrengungen diktiert, die die imperialistischen Staaten zur Vereinigung ihrer Kräfte im Kampf gegen die Länder des Sozialismus, gegen die weltumfassende Arbeiterbewegung und nationale Befreiungsbewegung unternehmen.

Die militanten Kreise der imperialistischen Mächte, in erster Linie der USA und Westdeutschlands, haben ihre wahnwitzigen Pläne des „Zurückdrängens“ des Kommunismus, darunter auch auf kriegsrischem Wege, nicht aufgegeben.

Im Kampf gegen die Kräfte des Friedens und Sozialismus setzt das Lager des Imperialismus besonders große Hoffnungen auf eine Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung, auf eine Spaltung des sozialistischen Weltsystems. Die imperialistische Reaktion sucht mit allen Mitteln unter den kommunistischen Parteien Zwist zu säen. Die Kommunisten dürfen das keinen Augenblick lang vergessen. Die Marxisten-Leninisten, alle echten Internationalisten stellen den Absichten der imperialistischen Reaktion das unentwegte Streben nach der Einheit ihrer Reihen, nach der Festigung der ganzen Front des Kampfes für Frieden und Fortschritt entgegen.

KPDsU setzt Prinzipien der Moskauer Beratungen konsequent in die Tat um

Getreu dem Vermächtnis des großen Lenin trägt die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Ehren das Banner des proletarischen Internationalismus.

Die Partei erzog und erzieht alle Sowjetmenschen im Geiste hoher Verantwortung gegenüber der weltumspannenden kommunistischen und Arbeiterbewegung.

„Die strikte Einhaltung der von den Bruderparteien gemeinsam erarbeiteten Einschätzungen und Schlüsse, die ihre gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus betreffen, wie auch die Erklärungen internationaler Beratungen der kommunistischen Parteien betrachtet die KPdSU, ebenso wie alle anderen kommunistischen Parteien, als ihre internationale Pflicht“, heißt es in dem vom XXII. Parteitag der KPdSU beschlossenen Programm.

Die KPdSU mißt der Festigung der sozialistischen Völkergemeinschaft — dieser wichtigsten Errungenschaft der weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung — besondere Bedeutung bei. Die Sowjetunion hält an den Leninschen Prinzipien unbeirrbar fest und steuert konsequent den Kurs auf den Zusammenschluß aller sozialistischen Länder.

Die Länder des Sozialismus sind an der Festigung der allseitigen Zusammenarbeit und Einheit zutiefst interessiert. Dieser Einheit liegen so objektive Faktoren zugrunde wie die gleichartige soziale und ökonomische Ordnung, die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen, die Gemeinsamkeit der Ideologie — des Marxismus-Leninismus —, das grundlegende Interesse am Sieg des Sozialismus und Kommunismus, die Gemeinsamkeit der Ziele im Kampf gegen den Imperialismus. Es besteht kein Zweifel daran, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in jedem Land, der allmähliche Ausgleich ihres wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus, das immer tiefere Eindringen der

marxistisch-leninistischen Ideen in das Bewußtsein der Völker die Grundlage der Einheit der sozialistischen Länder festigen werden. Es liegt an den kommunistischen und Arbeiterparteien, die dem sozialistischen Weltssystem eigenen Gesetzmäßigkeiten für die ständige Konsolidierung der sozialistischen Länder möglichst umfassend auszunutzen.

Es können jedoch ungeachtet der Übereinstimmung der Ansichten der Bruderparteien der sozialistischen Länder in den grundlegenden Fragen ein unterschiedliches Herangehen an Probleme, Unstimmigkeiten oder sogar Meinungsverschiedenheiten in diesen oder jenen Fragen auftreten. Wir müssen uns die Ursachen solcher Erscheinungen klar vor Augen führen. Jetzt gehen bereits 14 Länder den Weg der sozialistischen Entwicklung. Jedes dieser Länder hat seine eigenen historischen, nationalen und geographischen Besonderheiten.

Man darf auch nicht außer acht lassen, daß unsere Länder den Übergang zum Sozialismus mit unterschiedlichem Niveau der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung begonnen haben und jetzt noch in verschiedenen Etappen des Kampfes für Sozialismus und Kommunismus stehen. Jedes Land besitzt seine konkreten Erfahrungen in den internationalen Beziehungen, nicht in allem ist ihre Verantwortung für die Lösung dieser oder jener internationalen Probleme gleich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies eine Quelle unterschiedlicher Auslegung konkreter Fragen des sozialistischen Aufbaus, verschiedenartigen Herangehens an diese oder jene Probleme der Gegenwart werden kann.

Einheitliches Herangehen an Grundprobleme sichern

Außerdem müssen wir vorausschauen und in Betracht ziehen, daß, wenn Dutzende anderer Völker in Europa, Asien, Afrika, Amerika und Australien den Weg zum Sozialismus einschlagen werden, sie zweifellos viel Eigenart in die Lösung der Fragen des Aufbaus des Kommunismus hineinbringen werden. Es gilt, ungeachtet der vorhandenen Unterschiede die Einheit im Herangehen an die grundlegenden Probleme, die Einheit im Kampf für den Triumph des Friedens und des Sozialismus auf Erden zu sichern.

Die KPdSU tut nach wie vor in ihren Beziehungen zu den Bruderparteien alles, um in der Tat eine Festigung der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft, der kommunistischen Weltbewegung zu erreichen. Sie berücksichtigt die realen Bedingungen und die Lage jeder Partei und ist bestrebt, die wirksamsten Mittel zur Überwindung

auftretender Schwierigkeiten, Unstimmigkeiten und Meinungsverschiedenheiten ausfindig zu machen.

Bekanntlich ist es in der kommunistischen Bewegung in letzter Zeit zu einer Polemik über verschiedene wichtige, grundsätzliche Fragen der gegenwärtigen Entwicklung in der Welt gekommen. Die Tatsache allein, daß man an diese oder jene konkreten Fragen unseres gemeinsamen Kampfes verschieden herangeht, würde keine Besorgnis und Unruhe hervorrufen.

Meinungs- und Erfahrungsaustausch, kameradschaftliche Aussprachen sind ganz gesetzmäßige und natürliche Erscheinungen in der Praxis der marxistisch-leninistischen Parteien. Ernste Besorgnis ruft jedoch hervor, daß Vertreter einzelner Parteien, statt kameradschaftlich die Meinungen auszutauschen, den Weg von Angriffen auf die von allen marxistisch-leninistischen Parteien kol-

lektiv erarbeitete Linie der kommunistischen Weltbewegung beschränkt haben, die in den Beziehungen zwischen Bruderparteien völlig unzulässig sind. In dieser Situation könnte eine Fortsetzung der öffentlichen Polemik nur zur Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten führen, was der Einheit der kommunistischen Weltbewegung ernststen Schaden zufügen würde.

Das ZK der KPdSU hat mit Rücksicht auf die entstandene Lage eine Initiative ergriffen, die auf die Beilegung der Meinungsverschiedenheiten, die Festigung der internationalen Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung gerichtet ist. Auf dem VI. Parteitag der SED hat der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Genosse N. S. Chruschtschow, den Vorschlag unterbreitet, die Polemik zwischen den kommunistischen Parteien über die strittigen Fragen einzustellen, um eine günstigere Atmosphäre für eine Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien zu schaffen. Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien unterstützten den Vorschlag der KPdSU, der den Interessen des Kampfes für die Einheit unserer gesamten Bewegung entspricht.

Im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, der „Volkszeitung“, war

VI. Parteitag der SED leistete neuen Beitrag zur weiteren Festigung des sozialistischen Weltsystems

Auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der das Programm für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR angenommen hat, ist das Banner der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung hoch erhoben und ein neuer Beitrag zur weiteren Festigung des gesamten sozialistischen Systems geleistet worden. Der Parteitag ist nicht nur eine wichtige Etappe in der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch ein bedeutendes Ereignis in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Wie kann man dieses entscheidende Hauptergebnis des Parteitags mit Stillschweigen übergehen und so tun, als hätte die Haltung zu Jugoslawien auf dem Parteitag im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestanden? Wie kann man die Dinge so hinstellen, als würden die Schwierigkeiten, die in der kommunistischen Bewegung aufgetreten sind davon herrühren, daß eine Verbesserung der Beziehungen Jugoslawiens mit den anderen sozialistischen Ländern und eine Annäherung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens an die kommunistische Weltbewegung im Gange ist?

ein redaktioneller Artikel zum VI. Parteitag der SED veröffentlicht. In diesem Artikel heißt es: „Wir sind bereit, zusammen mit allen anderen Bruderparteien alle Schritte zu tun, die der Milde rung der Beziehungen und der Festigung der Geschlossenheit dienlich sind, damit die Atmosphäre verbessert wird und die erforderlichen Bedingungen für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien geschaffen werden.“ Eine solche Erklärung wäre nur zu begrüßen. Bedauerlicherweise ist die zitierte Äußerung der chinesischen Genossen begleitet von einer unbegründeten und scharfen Kritik an den Reden von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien auf dem VI. Parteitag der SED, von einer einseitigen Auslegung der Deklaration und der Erklärung der Moskauer Beratungen, der Prinzipien und der Praxis der gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und zwischen den kommunistischen Parteien. Der Artikel enthält unbegründete Angriffe gegen den Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

Ist die Veröffentlichung dieses Artikels als Bestreben zu werten, die Polemik mit den anderen Bruderparteien wirklich fortzusetzen? Wir möchten glauben, daß das nicht so ist.

Die Haltung gegenüber Jugoslawien ist eine ernste, prinzipielle Frage. Es geht im Grunde genommen um die Linie in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, um die Prinzipien der Beziehungen zwischen diesen Ländern. Es geht um die objektive Beurteilung der Prozesse, die in diesem oder jenem sozialistischen Land vor sich gehen, um die Ziele der Kritik der Bruderparteien an den Fehlern, die in einer bestimmten Zeit und unter bestimmten Bedingungen begangen worden sind, um die Methoden und die Formen des Kampfes für den Zusammenschluß aller Kräfte des Kommunismus. Kein subjektives, sondern ein wirklich wissenschaftliches marxistisch-leninistisches Herangehen an diese Frage ist notwendig.

Bekanntlich sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der kommunistischen Weltbewegung vor 15 Jahren entstanden. Unsere Partei hat nach gründlicher Analyse der Ursachen der Meinungsverschiedenheiten offen gesagt, daß den Hauptteil der Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem BKJ und der KPdSU, zwi-

schen dem BKJ und der internationalen kommunistischen Bewegung Stalin trägt, der sich grobe Willkür gegenüber Jugoslawien erlaubte und eine völlig ungerechtfertigte Einschätzung über den Bund der Kommunisten Jugoslawiens abgab. Die KPdSU hat mit der Überwindung der Folgen des Personkults die von Stalin begangenen Fehler gegenüber Jugoslawien und dem Bund der Kommunisten entschieden korrigiert. Zugleich verwies die KPdSU darauf, daß auch die jugoslawischen Genossen ihren Teil Verantwortung dafür tragen, wie sich in jener Zeit die Beziehungen zwischen Jugoslawien und den anderen sozialistischen Ländern, zwischen dem BKJ und der internationalen kommunistischen Bewegung gestaltet haben.

Beim BKJ traten ernste Differenzen mit der kommunistischen Bewegung in einer Reihe ideologischer Fragen auf. Dies fand im Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens seinen konzentrierten Niederschlag. Das wurde in der Erklärung der Moskauer Beratung von 1960 festgestellt, die unterstrich, die revisionistischen Fehler der Führung des BKJ hätten „die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht“. Jeder unvoreingenommene Mensch sieht beim Lesen dieser These, daß die Beratung von einer Einschätzung Jugoslawiens als eines sozialistischen Landes ausging, als sie die falschen Konzeptionen des Programms des BKJ einer grundsätzlichen Kritik unterzog. Die kommunistische Weltbewegung stellte sich das Ziel, Jugoslawien und seinen Führern zu helfen, diese Fehler zu korrigieren und auf den Weg der Einheit mit dem sozialistischen Weltsystem und den Bruderparteien zurückzukehren. Gerade diese Einstellung liegt auch der Politik des Sowjetstaates und der KPdSU in den Beziehungen zu Jugoslawien und dem BKJ zugrunde.

Die Maßnahmen, die die Führung des BKJ in letzter Zeit im Parteileben, in der Wirtschaft, in der Innen- und Außenpolitik ergriffen hat, haben vieles von dem korrigiert, was die internationale

kommunistische Bewegung für falsch und für den Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien schädlich gehalten hat. Das ist eine unumstößliche und außerordentlich positive Tatsache. Einige Genossen wollten uns einreden, die jugoslawischen Führer hätten nie selbst eingestanden, daß es bei ihnen irgendwelche Fehler gibt, „und um so weniger kann auch von einer sogenannten Beseitigung von Fehlern die Rede sein“. Aber wer die Prozesse in Jugoslawien studiert, der muß festgestellt haben, daß auf der 3. Plenartagung des ZK des BKJ im November 1961, auf der erweiterten Sitzung des Exekutivkomitees des ZK des BKJ im März 1962, im Brief des Exekutivkomitees des ZK des BKJ an alle Kommunisten und leitenden Parteiorgane (April 1962), auf dem 4. Plenum des ZK des BKJ im Juli 1962 in verschiedenen Reden der Genossen J. Tito, A. Rankovic und anderer führender Funktionäre des BKJ Fehler und Mängel kritisiert und praktische Maßnahmen zu ihrer Ausmerzung festgelegt worden sind.

Somit liegen klar erläuterte Standpunkte der Führung des BKJ vor, die darauf gerichtet sind, die führende Rolle der Partei zu erhöhen, das Planungsprinzip in der Wirtschaft stärker durchzusetzen, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zu verstärken und die allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zu unterstreichen. Es ist offensichtlich, daß all dies zur Festigung der Positionen des Sozialismus im Lande führen und zur Annäherung Jugoslawiens an die anderen sozialistischen Staaten beitragen soll.

Der Standpunkt Jugoslawiens in den wichtigsten internationalen Fragen — Krieg und Frieden, friedliche Koexistenz, Abrüstung, Beseitigung des Kolonialismus, in der deutschen Frage und verschiedenen anderen Fragen —, ist mit den Standpunkten der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder identisch oder kommt ihnen nahe.

Die jugoslawischen Führer unternehmen Schritte zur Festigung der wirtschaftlichen, der kulturellen und der politischen Verbindungen mit den Ländern des Sozialismus.

Für die Annäherung Jugoslawiens an die kommunistische Weltbewegung

Bei der Einschätzung des Charakters dieser oder jener Ordnung sind Subjektivismus und Willkür unzulässig. Es gibt objektive wissenschaftliche Kriterien für das Verständnis dieser Frage. Es ist allgemein bekannt, daß die Werktätigen Jugoslawiens unter Führung der Kommunisten schon während des Volksbefreiungskampfes tiefgreifende revolutionäre Umgestaltungen im Lande vorgenommen haben.

Die Haupterrungenschaft war die Überführung der hauptsächlichsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft im Lande. Diese Errungenschaften wurden bewahrt, und seitdem sind Erfolge in der Entwicklung der Wirtschaft und in der Hebung des Wohlstandes des Volkes erzielt worden.

In Jugoslawien gibt es schon lange

keine Klassen der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten, keine kapitalistischen Betriebe, keine ausländischen Industrie- und sonstige Betriebe oder Konzessionen mehr. 1961 entfielen auf den gesellschaftlichen Sektor 76 Prozent des Gesamtprodukts und 75 Prozent des Nationaleinkommens des Landes.

Die KPdSU verheimlicht nach wie vor nicht, daß in den Beziehungen mit dem BKJ Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Ideologischen Fragen bestehen bleiben, die im Programm des BKJ ihren Niederschlag gefunden haben. Das hat Genosse N. S. Chruschtschow auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR offen ausgesprochen.

Die KPdSU ist zugleich der Auffassung, daß die sozialistischen Länder zur Festigung der Positionen des Sozialismus in Jugoslawien, zur Verbesserung der Beziehungen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens mit der internationalen kommunistischen Bewegung auf marxistisch-leninistischer Grundlage beitragen müssen. Selbstverständlich hängt die Entwicklung dieses Prozesses vor allem von der Haltung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, von dessen Führung ab. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und den anderen sozialistischen Ländern die Positionen des Sozialismus in Jugoslawien, die Kräfte des sozialistischen Systems

verstärkt und den Interessen aller Länder des Sozialismus entspricht.

Was wäre, wenn jede Kommunistische Partei nach ihrem Ermessen andere Kommunistische Parteien aus dem Sozialismus ausstoßen, auf deren Ausschuß aus der kommunistischen Bewegung hinwirken und gar ganzen Völkern das Recht auf Zusammenarbeit beim Aufbau des Sozialismus absprechen würde? Dies könnte unausbleiblich den weltweiten revolutionären Prozeß, die Sache des Kampfes um den Sieg der neuen Ordnung, um die Schaffung der neuen Gesellschaft ernstlich hemmen. Wozu denn Völker, die eine Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen, Verstärkung der Zusammenarbeit und Einheit mit uns erstreben, in das Lager des Kapitalismus stoßen? So zu handeln würde bedeuten, Doktrinarismus schlimmster Art zuzulassen, würde bedeuten, reale politische Interessen im Kampfe um den Sozialismus unter dem Deckmantel tönender Phrasen von „Reinheit des Marxismus-Leninismus“ zu opfern. Doch der Kampf um die wahre Reinheit und Wirksamkeit unserer Theorie, ist der Kampf um den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, um die Vergrößerung der Scharen ihrer Anhänger, um die Vereinigung aller Kräfte, die sich für den Sozialismus, für die Bildung einer allumfassenden antimperialistischen Front einsetzen.

Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre ist eine heilige Sache

Für die KPdSU war die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre stets eine heilige Sache, sie hat sie entsprechend den neuen historischen Bedingungen schöpferisch entwickelt. Sie hat den Kampf gegen den Menschewismus und den Trotzismus, gegen den rechten und den „linken“ Opportunismus in ihrem Lande, gegen den Opportunismus der Zweiten Internationale, gegen den Sozialdemokratismus, gegen die Revisionisten, Sektierer und Dogmatiker in der internationalen Arena geführt. Unsere Partei wird auch weiterhin entschieden gegen alle auftreten, die dem Marxismus-Leninismus, sei es nach rechts oder nach links, abtrünnig sind.

Das Leben zeigt, daß es erforderlich ist, einen entschiedenen Kampf sowohl gegen den rechten als auch gegen den „linken“ Opportunismus zu führen der jetzt nicht weniger gefährlich ist als der Revisionismus. Die Kritik an Fehlern hat den Zweck, nicht nur die richtige marxistisch-leninistische Linie der kommunistischen Bewegung zu verteidigen, sondern auch jenen, die Fehler begehen, zu helfen, sie zu korrigieren. Bei der Erörterung der einen oder anderen Frage darf man keine Unduldsamkeit und Ver-

bissenheit walten lassen; dies führt unumgänglich zu sektiererischer Begrenztheit und Beschränktheit und wird nicht nur nicht die Konsolidierung der Kräfte des Weltkommunismus fördern, sondern im Gegenteil unsere Einheit erschüttern.

Ans Kreuz schlagen, die Korrektur von Fehlern ignorieren, sie immer wieder hervorholen, das ist eine Methode politischer Willkür, die mit Leninschen Prinzipien nichts gemein hat. In den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien gilt es, mehr Duldsamkeit, mehr Takt, mehr Elastizität im Interesse des Zusammenschlusses auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus an den Tag zu legen.

Die Politik, Anhänger des Kommunismus von ihm zu trennen, abzustößen, ist keine Leninsche Politik. Man braucht nicht erst daran zu erinnern, mit welcher Unversöhnlichkeit Lenin gegen den rechten und den „linken“ Opportunismus gekämpft hat. Doch gerade Lenin schaute keine Bemühungen, um denen, die in Irrtümer verfallen waren, oder Fehler gemacht hatten zu helfen, ihre Irrtümer und Fehler zu erkennen und in die Reihen der kommunistischen Bewegung zurückzukehren.

Was uns eint, ist unermesslich bedeutsamer als vorhandene Meinungsverschiedenheiten

Stets unversöhnlich in den prinzipiellen, grundlegenden Fragen der Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung, hat unsere Partei zugleich alles getan, und sie wird weiterhin alles tun, um Menschen, die schwanken oder Fehler begangen haben, zu überzeugen, sie in die Reihen der Kämpfer für die Sache des Sozialismus einzubeziehen. Selbstverständlich gilt all dies für jene, die ihre Fehler korrigieren. Wenn aber Menschen den falschen Weg fortsetzen, auf ihren Fehlern beharren und sie sogar noch vertiefen, wenn sie immer weiter vom Marxismus-Leninismus abgehen — dann gilt es, den entschiedenen Kampf gegen sie fortzusetzen und sogar zu verstärken.

Folgt man der Leninschen Linie des Zusammenschlusses der kommunistischen Bewegung auf prinzipieller Grundlage, so sind alle erforderlichen Voraussetzungen für die Überwindung aller Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die aufkommen können.

Wir können nicht dem beipflichten, daß sich die kommunistische Bewegung „am Rande des Abgrunds“ befände. Für eine derartige Bewertung gibt es keinen Grund.

Natürlich ist die KPdSU, wie die anderen Bruderparteien, tief betrübt darüber, daß in den Reihen der kommunistischen Bewegung Meinungsverschiedenheiten in einigen wichtigen Fragen bestehen. Sind aber diese Meinungsverschiedenheiten unüberwindbar? Nach unserer tiefen Überzeugung ist das, was die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die Kommunistische Partei Chinas, alle marxistisch-leninistischen Parteien eint, unermesslich größer und be-

deutsamer als die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten.

Die Marxisten-Leninisten haben stets strategische und taktische Fragen der kommunistischen Bewegung voneinander unterschieden. Der Klassenkampf gegen die Ausbeutung und den Kapitalismus, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus, für den Triumph der nationalen Befreiungsbewegung, der Kampf gegen imperialistische Kriege — das ist das Fundament der einheitlichen Strategie der kommunistischen Parteien. Was die taktischen Fragen, Formen und Methoden des Kampfes für die gemeinsamen Ziele betrifft, so können sie von den Parteien auf verschiedene Weise, entsprechend den konkreten Bedingungen, dem Ort und der Zeit angewendet werden. Die kommunistischen Parteien müssen sehr behutsam über die Taktik, über die Kampfmethoden urteilen, die die eine oder andere Partei entsprechend ihren historischen, wirtschaftlichen, geographischen und sonstigen Bedingungen und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der internationalen Befreiungsbewegung wählt. Niemand kennt besser die Bedingungen des einen oder anderen Landes als die in ihm tätige kommunistische Partei.

Die Gemeinsamkeit der Auffassungen in den grundlegenden strategischen Fragen — das ist die Grundlage für die Einheit und Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Parteien. Selbstverständlich erstreben die Bruderparteien zu gleich auch in den Fragen der Taktik ihres Kampfes in der internationalen Arena Einheit zu erzielen, aufkommende Meinungsverschiedenheiten in diesen Fragen zu überwinden, um gemeinsame Formen und Methoden des Kampfes zu erarbeiten, die es gestatten, aufs wirksamste die strategischen Ziele zu erringen.

Was ist das Wichtigste?

Das Wichtigste, was jetzt getan werden muß, ist — unter allen Umständen von dem Gemeinsamen, das uns zusammenschließt, auszugehen, von unseren gemeinsamen Klassenpositionen, von unseren strategischen Zielen, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus auszugehen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß Meinungsverschiedenheiten, die zwischen kommunistischen Parteien sozialistischer Länder entstehen, so ernst sie heute auch erscheinen mögen, letztlich von untergeordneter Bedeutung gegenüber jenem Grundlegenden sind, das uns auf ewig eint. Lassen wir uns stets von der Erkenntnis dieser unbestreitbaren Wahrheit leiten, so werden alle Mei-

nungsverschiedenheiten überwunden werden, so wird die Einheit der kommunistischen Bewegung, der sozialistischen Länder gesichert sein.

Es ist unsere Pflicht, alles für die Annäherung der sozialistischen Völker zu tun, ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit zu vertiefen, ihren Zusammenschluß zu einer einheitlichen brüderlichen Familie zu fördern. Wir alle tragen als Kommunisten vor unseren Völkern, vor dem weltweiten Sozialismus, vor der ganzen Menschheit hohe Verantwortung dafür, daß in der Tat ein Musterbeispiel wirklich brüderlicher Beziehungen zwischen den Völkern der sozialistischen Länder gegeben wird.

Dies wird nicht nur für unsere Länder Bedeutung haben, sondern auch eine gewaltige Wirkung auf den gesamten Verlauf der internationalen Entwicklung ausüben.

Meinungsverschiedenheiten, die in manchen ideologischen und taktischen Fragen zwischen kommunistischen Parteien entstehen, dürfen nicht zur Entzündung von nationalistischen Gefühlen und Vorurteilen, Mißtrauen und Hader zwischen den sozialistischen Völkern benutzt werden. Es ist die direkte Pflicht der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, die Völker im Geiste der unsterblichen Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zu erziehen.

In voller Verantwortung erklärt die KPdSU, daß sie niemals einen Schritt getan hat, niemals einen Schritt tun wird, der dazu führen könnte, daß Feindschaft bei den Völkern unseres Landes gegenüber anderen Völkern gesät wird. Im Gegenteil, unsere Partei propagiert unter allen Umständen, unentwegt und konsequent in der Bevölkerung die Ideen des Internationalismus, der festen Freundschaft mit den Völkern der sozialistischen und der anderen Länder.

Wir sind überzeugt, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung durch zeitweilig wirkende Faktoren entstanden sind und nicht zu einem tiefen Konflikt ausarten dürfen. Wenn guter Wille zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten an den Tag gelegt wird, dann können keinerlei Schwierigkeiten verhindern, daß wir zusammen, Schulter an Schulter, den gemeinsamen Weg zu dem einheitlichen Ziel schreiten.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion war Initiator der beiden Moskauer Beratungen. Auch jetzt tritt die KPdSU für die Einberufung einer neuen Beratung ein, falls die Bruderparteien sie für zweckdienlich halten. Wie die anderen marxistisch-leninistischen Parteien ist unsere Partei davon überzeugt, daß die erforderlichen Vorarbeiten der Beratung zum Erfolg verhelfen würden. Gerade

davon ist, die Initiative des ZK der KPdSU zur Einstellung der öffentlichen Polemik zwischen den Bruderparteien diktiert.

Die KPdSU geht davon aus, daß man die Zeit arbeiten lassen muß. Die Zeit wird helfen zu erkennen, wer im Recht ist, wer irrt; sie wird helfen, alles Fremde, alles Zufällige, in der Hitze der Polemik Hineingetragene zu beseitigen, die Standpunkte zu klären, die tatsächlich der Erörterung und Vereinbarung bedürfen. Wir sind überzeugt, daß dies eine wichtige Vorbedingung zur Vorbereitung einer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien ist.

Unsere Partei hält zweiseitige und breitere Zusammenkünfte für zweckmäßig, die es gestatten würden, die besten Voraussetzungen für eine Beratung aller Bruderparteien zu schaffen. Die KPdSU erklärt: Wenn auf diese unsere Initiative hin irgendeine Partei, ganz gleich wie bedeutend die zwischen uns bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind, Interesse an einer zweiseitigen Zusammenkunft zeigt, so ist unsere Partei bereit zu einer solchen Zusammenkunft auf beliebiger Ebene und zu jeder Zeit, die für die beiden Seiten annehmbar ist.

Es genügt nicht, die öffentliche Polemik einzustellen und die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf Eis zu legen, auf den früheren Positionen zu verharren. Unsere Partei ist dafür, sich aktiv für die Überwindung der aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten einzusetzen, mit allen Mitteln die Festigung der Einheit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Deklaration und der Erklärung zu fördern.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird keine Anstrengungen scheuen, um die Geschlossenheit der Gemeinschaft der sozialistischen Länder, der ganzen kommunistischen Weltbewegung zu festigen und ihren Einfluß auf den gesamten Verlauf der internationalen Entwicklung zu stärken.

AUS DER DISKUSSION DER 22. ZK-TAGUNG DER KPD

Die Arbeiterklasse muß eingreifen!

Genosse Erich:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir stehen in der Vorbereitung unseres Parteitages, und darin liegt auch die besondere Bedeutung dieser ZK-Tagung. Wir nehmen als Entwurf zwei Dokumente an, und diese Dokumente gehen zur Diskussion in die Partei. Selbstverständlich geben diese Dokumente die ganze Richtung der Diskussion an. Es ist unsere Pflicht als Mitglieder des Zentralkomitees, die ganze Diskussion zu befruchten und die Partei fest auf die Grundlinie der Fragen zu orientieren, die wir diskutieren und klären müssen, damit das Dokument wirklich der Höhe der Aufgaben entspricht, die sich unsere Partei stellt.

Die programmatische Erklärung erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem die Politik in der Bundesrepublik neu in Bewegung geraten ist. Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik sieht sich die Bevölkerung — was bis dahin fremd war — einer tiefgehenden und langandauernden Regierungskrise gegenüber. Es ist also etwas aufgebrochen, was seit langem latent vorhanden ist und was eigentlich nur unsere Partei zeitig genug analysiert und ausgesprochen hat, nämlich, daß die Politik der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik, die man als Politik der Stärke und der atomaren Aufrüstung charakterisiert, daß die Versuche, die Probleme mit militärischer Gewalt zu lösen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, Schiffbruch erleiden mußten und erlitten haben.

Nach dem 13. August waren es dann bekanntlich nicht nur wir Kommunisten, sondern auch ernst zu nehmende bürgerliche Kreise, die das Wort vom Ende der Adenauer-Ära prägten.

Man muß also das, was sich besonders im letzten Jahr vollzogen hat, richtig einschätzen. Wir haben auf dem 20. und 21. ZK-Plenum ganz richtig die Veränderung des Kräfteverhältnisses eingeschätzt und zu analysieren versucht, was hinter der Stimmung vom „großen Unbehagen“ steht. Am Ende des Jahres spricht man jetzt in der Bundesrepublik nicht nur von dem „großen Unbehagen“, sondern auch von der Notwendigkeit, den Dingen mehr auf den Grund zu gehen. Weite Kreise der Bevölkerung und bürgerliche Zeitungen sprechen nicht nur von der Krise der Regierung, sondern von der Krise der Politik. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß sich eine tiefe Vertrauenskrise entwickelt. Das heißt, die Bevölkerung verliert das Vertrauen zu einer Politik, die man jahrelang gepriesen hat als eine Politik des Wirtschaftswunders, der Stabilität, der Sicherung, zu einer Politik, mit der man alle anstehenden, nationalen, demokratischen und sozialen Fragen zu lösen versprach.

Jetzt steht die Frage vor unserer Partei, vor der Arbeiterklasse, vor der ganzen Bevölkerung: in welche Richtung werden sich die Ereignisse entwickeln? — Ich denke, es ist gut, wenn wir davon ausgehen, daß in dieser Lage der Kampf um das Bewußtsein der Massen und insbesondere um die Orientierung der Arbeiterklasse neu begonnen hat. Darin liegt auch die Bedeutung des kommenden Parteitages und des Dokuments, das wir annehmen wollen. Dieser Kampf steckt zwar noch erst in den Anfängen, aber wir müssen die Entwicklungstendenzen ganz real einschätzen.

Von immer mehr Menschen wird die Frage nach der Perspektive neu gestellt. Wir müssen darauf antworten. Wir müssen diese Frage beantworten vom Standpunkt einer marxistisch-leninistischen Partei, bei der fühlbar wird, daß sie in allem, was sie vorschlägt, von ihrer Verantwortung vor der Arbeiterklasse und dem Volk ausgeht. Das bedeutet nicht nur eine richtige Einschätzung der Lage, die Erarbeitung einer richtigen Strategie, die richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses, sondern auch die exakte Ausarbeitung der einzelnen Schritte und der politischen Maßnahmen, die es uns ermöglichen, die richtigen Ansatzpunkte zu finden, um die Aktions-einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit den breitesten Volksschichten herzustellen und dabei zu fixieren, in welche Richtung sich der Kampf der Arbeiter und des Volkes entwickelt.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das vorliegende Dokument das ganze Problem des Kampfes um Frieden und Demokratie. Warum ist es so wichtig? Warum darf es nicht so herauskommen, als ob in unserer Programmatischen Erklärung nichts Neues gesagt wird? — Das Problem ist deshalb so wichtig, weil wir wirklich an einem Scheidepunkt stehen.

Wenn es richtig ist — und es ist richtig —, daß die gesamte antidemokratische Entwicklung, das Hochkommen des ganzen reaktionären, militaristischen Ballastes bis in die Spitze von Wirtschaft, Staat und Regierung sich im Ergebnis der Politik der Remilitarisierung, der Wiederaufrüstung und der NATO vollzog, wenn es richtig ist — und es ist richtig —, daß diese Politik nur noch unter den Bedingungen der Schaffung der Notstandsdictatur fortgesetzt werden kann, d. h. der Vernichtung der letzten demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, dann ist es klar, daß dem Kampf um die Demokratie eine außerordentliche Bedeutung zukommt. Die Frage des Kampfes um die Demokratie ist jetzt zu einer Grundfrage, zum Kern der Politik der Partei, der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik geworden. Das Notstandsgesetz ist nicht schlechthin ein neues Diktatursgesetz. Wenn das Notstandsgesetz durchkommt, so bedeutet das wirklich eine neue Etappe in der Verfolgung, in der Unterdrückung, in der Beschneidung der demokratischen Rechte der Volksmassen. Das Notstandsgesetz soll durchgepeitscht werden, und die Reste der Demokratie sollen vernichtet werden, weil der verhängnisvolle, aussichtslose, aber lebensgefährliche Kurs der atomaren Aufrüstung und des Krieges, der Aggression und der Provokation gerettet und verschärft fortge-

setzt werden soll. Und man kann sagen, dieser Kurs ist nur noch fortzusetzen, wenn die letzten Reste der Demokratie beseitigt werden und wenn die Regierung, die diese antinationale, volkshässliche Gesetzgebung und die entsprechenden Maßnahmen mit einem Notstandsgesetz durchsetzen will, auch die Macht bis zur Aufrichtung einer Militärdiktatur erhält.

Wehner war bekanntlich bereit, die Geheimbestimmungen zwischen Lücke und von Guttenberg über den Eintritt der SPD in die Koalition mit Adenauer zu schlucken. Warum ist dieses Geheimabkommen nicht verwirklicht worden? Etwa nur darum, weil Adenauer nur auf die FDP drücken wollte? Nein, das Geheimabkommen konnte in dieser Lage nicht verwirklicht werden. Erstens darum, weil die Masse der Gewerkschafter im Widerspruch steht zu der Politik der Notstandsgesetzgebung und weiteren Aufrüstung; zweitens nicht, weil bei einer Verwirklichung eines solchen Abkommens die Gegensätze in der SPD in noch stärkerem Maße zum Ausbruch gekommen wären. Das war Adenauer zu riskant.

Wenn wir die Lage so einschätzen, werden wir auch verstehen, wie recht Genosse Max in seinen Darlegungen hat, daß wir den großen Differenzierungsprozeß in der SPD richtig einschätzen müssen. Dieser Differenzierungsprozeß vollzieht sich gegenwärtig in der Frage der Einstellung zur Demokratie, der Verteidigung der demokratischen Rechte, der Verhinderung der Notstandsgesetzgebung und dem ganzen NATO-Kurs der Revanchisten.

Jetzt haben wir die fünfte Adenauer-Regierung, eine Regierung, die ihre Politik der Aggression und Revanche fortsetzen will. Das heißt, die Krise der vierten Adenauer-Regierung, die Krise der Politik wurde von der Arbeiterklasse noch nicht genutzt, um eine Politik der Vernunft durchzusetzen. Wenn es der Arbeiterklasse gelungen wäre, während dieser wochenlang anhaltenden Krise zu bedeutsamen Kämpfen, und sei es nur in einer Frage, z. B. zur Verhinderung der Notstandsgesetze, zu kommen, dann wäre die Lage schon wesentlich anders. Dann wäre nicht nur die Frage eines vollzogenen Personenwechsels, sondern von der ganzen Arbeiterklasse gleich die Frage einer neuen Politik aufgerollt worden in der Richtung auf Durchsetzung demokratischer Forderungen wie Mitbestimmungsrechte, Frieden, Abrüstung, Entspannung und friedliche Koexistenz. Das bleibt aber der Kern der Aufgabenstellung.

Jetzt ist der Zeitpunkt da, Genossen, wo die Partei ihre führende Rolle auch im Kampf um die Demokratie unter Beweis stellen muß. In jeder Aktion, auch in sozialen, sind wir verpflichtet, die ganze Frage der Bedeutung der Verteidigung der demokratischen Rechte, des Kampfes zur Verhinderung der Notstandsgesetze darzulegen; denn die ganze Bedeutung dieser Frage wird von einem großen Teil der Arbeiter einfach noch nicht verstanden.

Genossen! Haben wir in der Partei schon das volle Verständnis, daß wir an einem Punkt angelangt sind, wo die ganze Bedeutung des Kampfes um die Demokratie die ganze weitere Perspektive bestimmt? Es widerspricht dem Marxismus-Leninismus, sich gleichgültig gegenüber der Frage zu verhalten, in welcher Form die Bourgeoisie ihre Macht ausübt. Es kann der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein, welche Kräfte der Bourgeoisie die Macht und den bestimmenden Einfluß in Staat und Regierung ausüben, ob es die Kräfte sind, die auf einen Krieg lossteuern, die den atomaren Krieg vorbereiten, die keine Verständigung wollen, sondern ständig Öl ins Feuer gießen, oder ob es die Kräfte solcher Teile der Bourgeoisie sind, die, wenn auch nur vorübergehend, an einer Politik der friedliebenden Koexistenz interessiert sind.

Diese Fragestellung ist darum so wichtig, weil die Adenauer-Ära nicht in einem Sprung beendet wird. Man kann nicht nur die Frage stellen, die Politik zu verändern, sondern man muß auch den Stoß immer auf bestimmte Personen richten, die die schlimmsten Feinde und die aggressivsten Kräfte sind.

Die Tatsache, daß im Verlauf der Krise des vierten Adenauer-Kabinetts Strauß gestürzt worden ist, ist von großer Bedeutung. Wir müssen jetzt alles tun, um die Arbeiterklasse in die richtige Frontstellung gegen diejenigen zu bringen, die den verhängnisvollen Kurs der vierten Adenauer-Regierung auch in der fünften Adenauer-Regierung fortsetzen wollen. Das ist deshalb wichtig, damit auch die Frage des Kompromisses, wie sie von der DDR, vom Genossen Walter Ulbricht gestellt worden ist, richtig verstanden wird. Es besteht die Gefahr, daß die Frage des Kompromisses bei Teilen der Arbeiterklasse und auch bei einigen unserer Genossen falsch herauskommt, ungefähr so, als sei das ein Nachgeben in Fragen der Gesellschaftsordnung. Das ist natürlich Unsinn. Ein Kompromiß beginnt zunächst mit der Anerkennung der Realitäten, des Bestehens zweier Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Auf dieser Grundlage sind dann auch Kompromisse möglich und erforderlich, aber nur in einer Richtung, nämlich in der Richtung auf die Sicherung des

Friedens, des Lebens der Bevölkerung in beiden Staaten und der Existenz der Staaten selbst. Wenn wir das richtig verstehen, dann wird es auch für unsere Partei leichter, auch die westdeutsche Bevölkerung von der Notwendigkeit solcher Kompromisse zu überzeugen. Kompromisse, auch wenn sie nur kleine Schritte in der Richtung des Abbaus des kalten Krieges und der Anerkennung der Realitäten sind, sind ein außerordentlicher Gewinn.

Die Veränderung der Klassenkräfte in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiterklasse und der friedliebenden Kräfte wird leichter vor sich gehen, wenn sich der Wettstreit der unterschiedlichen Systeme auf ökonomisches Gebiet verlagert. Darauf stellt sich die DDR ein. Darin liegt die große Bedeutung der Vollendung des sozialistischen Aufbaus der DDR für unseren Kampf. Unter diesem Gesichtswinkel muß man auch die ganze Bedeutung der Frage des Kompromisses und die Bedeutung jedes einzelnen Schrittes in der Ausarbeitung unserer strategischen Kampforientierung sehen. Nach meiner Meinung liegt gerade darin die große Bedeutung der Programmatischen Erklärung der Partei.

Für das Zusammenwirken der Volkskräfte

Genosse Otto:

Das entscheidende Neue, das im Entwurf unserer Programmatischen Erklärung Ausdruck gefunden hat, besteht darin, daß wir hier die Strategie und Taktik des Kampfes um die Demokratie, für die Rettung der noch vorhandenen demokratischen Rechte und Garantien des Grundgesetzes ausgearbeitet haben, wobei dieser Kampf um die demokratischen Rechte untrennbar mit dem Ringen um eine Politik der friedlichen Koexistenz verbunden ist.

Ich verstehe die Aufgabe der Diskussion in der Partei und weit über die Partei hinaus so, daß wir diese politische Linie erläutern und durchsetzen, sie immer mehr mit Leben, mit den Kampferfahrungen der Klasse und der Massen erfüllen und bereichern müssen.

Diese politische Grundlinie hängt eng mit der Frage zusammen, die hier in der Diskussion gestellt wurde: welcher Art ist denn die Krise, die in den letzten Monaten deutlicher und tiefer denn je zuvor in der Bundesrepublik aufgebrochen ist?

Im Gegensatz zu dem vorliegenden Entwurf wurde hier die Meinung vertreten, es sei nicht nur eine Krise der Regierung und der von ihr geführten „Politik der Stärke“, sondern bereits eine Krise des Regimes oder, wie auch einmal gesagt wurde, des Staates. Eine solche Einschätzung eilt den Dingen voraus. Das Regime in der Bundesrepublik ist die Herrschaft des Monopolkapitals. Ist es wirklich so, daß die Massen unter diesem Regime nicht mehr leben wollen und sich bereits dagegen auflehnen? Mir scheint, das kann man gegenwärtig noch nicht sagen. Wo sich die Massen zu Wort gemeldet haben, ging es um eine Änderung in der Zusammensetzung der Regierung und um eine Änderung der Politik. Diese Bestrebungen wurden ausgelöst durch das wachsende Unbehagen und die zunehmende Sorge angesichts der Politik des letzten Risikos und der Notstandsdrohung. Selbst diese notwendige Änderung der Politik ist während der letzten großen Regierungskrise noch nicht erreicht worden. Der Grund dafür ist vor allem, daß die Arbeiterklasse noch zögernd, noch ungenügend in diese Entscheidung eingegriffen hat. Dieses Eingreifen der Arbeiterklasse in die politische Entscheidung, gegen die Politik des letzten Risikos und der Notstandsdictatur gilt es zu erreichen. Wir sehen die Grundlage und den Ausgangspunkt dafür in den Beschlüssen des DGB-Kongresses. Von dort her muß die demokratische Volksbewegung vorwärts gebracht werden.

Es wurde zu Recht hier gesagt, daß sich unsere Programmatische Erklärung nicht auf die Tagesfragen beschränken darf. In der Tat: die hier entwickelte Strategie und Taktik des demokratischen Kampfes geht weit über die Tagesproblematik hinaus. Diese Aufgaben werden für eine ganze Periode, sie werden bis zu ihrer erfolgreichen Lösung unsere Politik bestimmen müssen. Dieser konkrete demokratische und Friedenskampf ist der einzig reale Schritt auf dem Weg des gesellschaftlichen Fortschritts. Der demokratische und Friedenskampf ist der Prüfstein für einen wirklichen Revolutionär. Alles andere ist, wie auch immer man es begründen mag, Opportunismus, das Ausweichen vor den tatsächlichen Kampfaufgaben der Klasse und der Massen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch alles sehen, was im Entwurf der Programmatischen Erklärung über die Notwendigkeit der Herausbildung eines umfassenden Bündnisses, einer nationalen Koalition der Volkskräfte gesagt ist. Ein solches Bündnis kann nur aus dem Leben, aus den Kämpfen der Klasse und der Masse herauswachsen. Es kann sich nur entwickeln als eine Form des Zusammen-

wirkens selbständiger Kräfte mit eigener Initiative und zugleich für bestimmte gemeinsame Ziele, für eine bestimmte gemeinsame politische Stoßrichtung.

Diese gemeinsamen Ziele können nur sein, die verfassungsmäßigen Rechte zu wahren, eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Das erfordert den gemeinsamen Stoß gegen die militaristischen Scharfmacher, also nicht schlechthin gegen die Herrschaft der Großbourgeoisie, sondern gezielt gegen die Einpeitscher der Notstandsdictatur und der Politik des Atomkriegs. Nur in dieser Breite kann die Volksbewegung vorankommen. Nur auf dieser breitesten politischen Grundlage ist das Zusammenwirken aller Volkskräfte möglich. Nur so ist auch die vielgestellte Frage zu beantworten:

Wo sollen denn die Kräfte herkommen, die diese richtige Politik verwirklichen?

Diese breite nationale Bewegung wächst und wirkt im Ringen um eine nationale Alternative gegenüber der Politik der Gewalt nach innen und außen. Sie bildet und entwickelt sich über die Aktivität der Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften auf der Grundlage der richtigen gewerkschaftlichen Beschlüsse, über die eigene Initiative der Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei in ihren Organisationen und Gremien auf allen Ebenen, in der Tätigkeit der aufrechten Liberalen in der FDP, in der Arbeit der Bauern in den Bauernverbänden und örtlichen Kampfausschüssen, im Wirken der Intelligenz an den Hochschulen, in Kreisen und Zirkeln, die den speziellen Bedürfnissen der Wissenschaftler und Künstler entsprechen, in der Aktivität der verschiedenen antimilitaristischen Gruppierungen und in ihrem Zusammenwirken für den Erfolg der Abrüstungswoche und der Ostermärsche.

Das zeigt, wie das Zusammenwirken der Volkskräfte aus vielfältigen Formen herauswächst. Dabei kann es für die Kommunisten nicht darauf ankommen zu fragen: Wer ist Träger dieser Aktion? Wer hat zu diesem Ausspracheabend eingeladen? Die entscheidende Frage muß lauten: Liegt diese Aktion auf der Linie des allgemeinen demokratischen und Friedenskampfes? Dann gehören wir als Kommunisten dazu. Dann müssen wir uns für den Erfolg verantwortlich fühlen und sichern, daß unsere eigene Parteiorganisation an dieser Aktion teilnimmt und mitteilt, die breite Teilnahme von Arbeitern und Menschen anderer Bevölkerungskreise zu sichern. So bekommen wir auch selbst Verbindung mit neuen Menschen, Verbindung mit den Massen.

Die Voraussetzungen dafür haben sich entscheidend verbessert dank der neuen Erkenntnisse, die die Bevölkerung im Laufe der letzten Monate gewonnen hat. Es ist wahr, wenn hier gesagt wurde, daß diese Erkenntnisse noch auf viele Schranken und Hemmnisse stoßen, daß die militaristischen Scharfmacher vor allem mit Hilfe der Brandt und Wehner versuchen, diesen Erkenntnisprozeß zu hemmen und aufzuhalten. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung, im Kampf gegen die Politik des letzten Risikos noch schärfer die Bedrohung der physischen Existenz unseres Volkes durch den deutschen Militarismus und Imperialismus nachzuweisen, im Kampf gegen die Notstandsdictatur noch überzeugender zu erläutern, daß hiermit die Freiheit jedes Einzelnen, sei er Kommunist oder Sozialdemokrat, Christ oder Liberaler, getroffen wird.

Schon das, was sich gerade in dieser Frage neu im Bewußtsein der Bevölkerung entwickelt hat, ist von außerordentlicher Bedeutung. Schon jetzt ist weithin eine Illusion ins Wanken gekommen, die uns in der Vergangenheit ungeheuer gehemmt hat. Die Menschen haben begonnen, auf Grund der Nacht- und Nebelaktion und der Gestapomethoden, zu begreifen, was es mit der Bundesrepublik als „Rechtsstaat“ auf sich hat. Damit, daß sie Zweifel in die Verfassungs- und Gesetzestreue der Regierung setzen, wächst bei ihnen die Erkenntnis von der Unteilbarkeit der Freiheit und von der Notwendigkeit, den Kampf um Demokratie und Recht jetzt zu ihrer eigenen Sache zu machen.

Wir haben schon in der Vergangenheit wiederholt von der Unteilbarkeit der Freiheit gesprochen. Dabei haben wir vielfach die Nichtkommunisten aufgefordert, für die Freiheit der Kommunisten einzutreten. Darüber müssen wir jetzt hinausgehen. Unsere Partei muß die Erkenntnis von der Unteilbarkeit der Freiheit so verstehen, daß der Kommunist in die ersten Reihen des Kampfes tritt, wo und wann immer das Grundgesetz, das demokratische Recht und die Freiheit des Volks von den militaristischen Scharfmachern angegriffen wird. Wir fordern Freiheit für Augstein, auch wenn Augstein noch lange nicht bereit ist, Freiheit für seinen Kollegen, für den Journalisten Franz Ahrens zu verlangen. So werden wir dahinkommen, daß auch Menschen, die heute noch nicht Freiheit für die KPD fordern, verstehen werden, daß ihre Freiheit die legale Tätigkeit auch der Kommunistischen Partei Deutschlands voraussetzt. An uns, dem fortschrittlichsten Teil der Klasse, liegt es,

den ersten Schritt zur Zusammenarbeit zu tun, als erste die Hand zum gemeinsamen Kampf für die Rettung des Friedens und der Volksfreiheiten zu reichen.

Wenn wir so die Aussprache über den Entwurf unserer Programmatischen Erklärung in der Partei, mit den sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen, mit Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung führen, wenn wir diese Aussprache schon mit ersten wirksamen Schritten in der Organisation des Kampfes um die Rettung der demokratischen Rechte, für eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz verbinden, dann werden wir unseren Parteitag richtig und erfolgreich vorbereiten.

Die neuen Entwicklungen sehen!

Genosse Ferdinand:

Genossinnen und Genossen! Wir befinden uns in der Bundesrepublik an einem Wendepunkt. Dieser Wendepunkt wird auch in der Programmatischen Erklärung und im Referat behandelt. Aber diese Lage ist nicht derart, daß wir uns vor gesellschaftlichen Umwälzungen befinden. Das ist durchaus nicht der Fall, und Anzeichen für gesellschaftliche Umwälzungen in der unmittelbaren und in der nächsten Zukunft sind nicht da. Es gibt aber Anfänge für eine demokratische Welle.

Mit diesem Begriff wird zum ersten Mal in der Bundesrepublik in breitem Maße das Bestreben der Volkskräfte sichtbar, die Demokratie zu erhalten, die demokratischen Rechte zu sichern und auch dafür aufzutreten. Ich meine, wir werden mit einem Dokument programmatischer Natur, aber nicht im Sinne eines Programms, der Situation am besten gerecht und auch am besten den Entwicklungsprozeß beeinflussen.

Ich habe mir den vorliegenden Entwurf der Programmatischen Erklärung mehrere Male durchgelesen. Nachdem ich das getan hatte, habe ich mir die Frage vorgelegt: Was muß eine Erklärung, ein Dokument programmatischer Natur, beachten? Und da habe ich bei Lenin einige wertvolle Hinweise gefunden. Lenin stellt an ein Dokument programmatischer Natur folgende Anforderungen: Erstens muß es eine klare Idee vom Endziel und eine richtige Erkenntnis des Weges beinhalten, der zu diesem Ziel führt. Sein zweiter Hinweis: es muß eine genaue Vorstellung von der wirklichen Sachlage des gegenwärtigen Augenblicks geben. Und der dritte Hinweis: es muß die Aufgaben dieses Augenblicks festlegen.

Wie steht es mit dem ersten Hinweis Lenins? Wir haben in der vorliegenden Programmatischen Erklärung unser sozialistisches Endziel formuliert. Wir erklären auch, daß wir den friedlichen Weg dorthin anstreben.

Wie steht es mit dem zweiten Hinweis Lenins? Meines Erachtens ist die wirkliche Sachlage des gegenwärtigen Augenblicks richtig charakterisiert. Doch das Problem ist hier: Wie stellen wir die ganze Partei auf die neue Lage ein? Wie machen wir ihr das Neue bewußt?

Ich meine wir werden in der nächsten Zeit bei der Durchsetzung der Linie des demokratischen Kampfes einen großen ideologisch-politischen Kampf zu führen haben. Wir müssen dabei stets im Auge haben, daß wir es unter den Bedingungen der Durchsetzung der politischen Linie des demokratischen Kampfes vor allem mit einem weit verbreiteten Dogmatismus und Sektierertum zu tun haben. Das darf man nicht übersehen. Die Hauptgefahr ist selbstverständlich der Rechtsopportunistismus, der Revisionismus, das steht außer Frage. Aber unter den Bedingungen der Durchsetzung der Linie des demokratischen Kampfes werden wir uns vor allem mit bestimmten Erscheinungsformen des Sektierertums und des Dogmatismus auseinanderzusetzen haben. Das sollte man stärker beachten.

Genosse Max hat das Sektierertum charakterisiert. Ich möchte seine und auch die in anderen Dokumenten enthaltenen Feststellungen durch einige Bemerkungen ergänzen, die in dem neuen Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ enthalten sind. Nebenbei bemerkt, hat die KPdSU das Lehrbuch überarbeitet, und es sind eine Reihe von bedeutsamen Veränderungen, Verbesserungen und Erweiterungen vorgenommen worden, die vor allen Dingen die Strategie und Taktik in den monopolkapitalistischen Ländern, den Kampf der Arbeiterparteien betreffen. In diesem Lehrbuch wird das Sektierertum folgendermaßen charakterisiert: „Das Wesen des Sektierertums besteht in der Abkehr von den Massen, in der Nichtausnutzung gegebener Möglichkeiten des demokratischen und revolutionären Kampfes, in dem Bestreben, sich von jenen Fragen fernzuhalten, die durch das Leben gestellt werden.“ Das ist doch auch genau das, wo sich bei uns das Sektierertum, zum Teil noch Dogmatismus, zeigt.

Wir bekennen uns in der Programatischen Erklärung und im Statut zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Wir erziehen die Partei zum proletarischen Internationalismus, und niemand wird daran zweifeln: unsere Partei steht fest auf dem Boden der Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Und dennoch haben wir in dieser Frage ein Versäumnis nachzuholen. Wie meine ich das? Zu dem Neuen in der Entwicklung in der Bundesrepublik gehört auch, daß wir vor der Tatsache stehen, daß nahezu 1 Million ausländische Arbeiter Tag für Tag im Produktionsprozeß an der Seite der westdeutschen Arbeiterklasse stehen.

Ist das etwas Neues? Ja und nein. Nein insofern, als es früher auch schon ausländische Arbeiter in Deutschland gab, aber wir haben es doch mit einer neuen Qualität zu tun, einer neuen Erscheinung. Gegenwärtig sind es schon mehr als 700 000 ausländische Arbeiter, italienische Arbeiter, spanische Arbeiter, ja, Arbeiter aus der ganzen imperialistischen Welt. Haben wir das bisher beachtet? Eine Vielzahl von Genossen — und das gereicht zu unserer Ehre — hat das beachtet, und es gibt eine Reihe von hervorragenden Beispielen und Initiativen für die Unterstützung des gerechten Kampfes der ausländischen Arbeiter bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen. Es gibt hervorragende Beispiele des gemeinsamen Auftretens von Kommunisten, von westdeutschen Arbeitern, von westdeutschen Gewerkschaftern mit den ausländischen Arbeitern für die Durchsetzung ihrer Forderungen.

Aber, Genossen, das reicht nicht aus. Wir sind da etwas in Verzug vor allen Dingen gegenüber der Arbeit des Gegners. Der Gegner hat umfangreiche Institutionen geschaffen, die die ausländischen Arbeiter durch ein ganzes Netz von Mitteln ideologischer und anderer Art beeinflussen. In den Gewerkschaften gibt es zum Teil eine gute Unterstützung der ausländischen Arbeiter. Hier müssen wir uns einschalten. Diese Frage wollte ich aufwerfen, weil es meiner Meinung nach darauf ankommt, die Partei auch dazu zu erziehen, sich diesem Problem zuzuwenden, um wirklich auch hier eine Verbesserung herbeizuführen.

Mit der Politik der DDR in die Offensive gehen

Genosse Karl:

Im Entwurf für Änderungen im Statut heißt es:

„Es ist Pflicht eines jeden Genossen, konsequent für die Friedenspolitik und die sozialistischen Errungenschaften der DDR einzutreten, sie offensiv und kämpferisch zu vertreten.“

Ich denke, es besteht eine zwingende Notwendigkeit, daß diese Formulierung in unser Statut neu aufgenommen wird.

Ohne daß ich jetzt irgendwie behaupten will, daß es bei uns vielleicht schlechter wäre als in anderen Städten, möchte ich aber doch sagen, daß uns das Zurückweichen verschiedener Genossen in der letzten Zeit veranlassen sollte, in unserem Statut das Auftreten gegen die Hetze des Gegners zu verankern. Als Beispiel dafür möchte ich Ereignisse nach dem 13. August anführen. Ihr wißt, daß die Deutsche Demokratische Republik vom Gegner deshalb in einer ganz infamen Art und Weise verleumdet wird. Es ist so, daß Genossen in Einzelgesprächen die Maßnahmen der DDR vom 13. August verteidigen, daß sie aber dort, wo es darauf ankommt, im Betrieb und in der Gewerkschaft, schweigend sitzenbleiben. Ich denke, daß man vor allem auch unsere Leitungen darauf aufmerksam machen muß, unseren Genossen gerade diese Änderungen im Statut gründlich zu erklären.

Ich möchte ein typisches Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit anführen. Zu einer Delegiertenkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik, auf der u. a. Lohn- und Tarifrfragen zur Beratung standen, holte man sich ganz bewußt einen Mann aus Westberlin, der über den 13. August referieren sollte. Seine Aufgabe war es zweifellos, die Kommunisten in der Delegiertenversammlung davon abzuhalten, zu den Lohn- und Tarifrfragen Stellung zu nehmen. Es ist eine Tatsache, daß selbst Genossen rieten, ja ruhig zu sein und nichts zu sagen. Schon vorher wurde ein Kollege von einem uns gutgesinnten Gewerkschaftsfunktionär gewarnt, der sagte: Sage ja nichts zum 13. August! Wir wollen Lohn- und Tarifrfragen gut über die Runden bringen!

Der Kollege ließ sich nicht abhalten und antwortete auf die Hetzrede. Er sagte, daß der Bau der Mauer darauf zurückzuführen ist, daß Adenauer eine verfehlte Deutschlandpolitik betrieben hat. Er konnte sich dabei auf den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Heinemann berufen, der ähnliche Formulierungen gebraucht hatte. Es war möglich, in sachlicher Weise den Gewerkschaftskollegen klar-

zumachen, daß auch die SPD-Führer wie Brandt und Wehner Schuld an der Errichtung dieser Mauer tragen, weil sie den Kampf gegen die allgemeine Wehrpflicht und gegen die Atombewaffnung eingestellt haben, weil sie ihren Deutschlandplan, der gute Ansätze für die Verständigung beider deutscher Staaten bot, begraben haben.

Ich habe das vor allem deshalb gesagt, weil ich der Auffassung bin, daß man in solchen prinzipiellen Fragen unter allen Umständen unsere Genossen dazu anhalten muß, daß sie zu den Schutzmaßnahmen stehen und Farbe bekennen.

Die neuen Entwicklungen in der Arbeiterklasse und die Aufgaben der Gewerkschaften

Genosse Josef:

Es wurde bereits die Bemerkung gemacht, daß es Meinungen gibt, in dem Entwurf einer Programmatischen Erklärung sei nicht viel wesentlich Neues enthalten. Ich will mich darum mit dem Thema beschäftigen, und zwar besonders mit der Frage, ob es in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik etwas Neues gibt, welche Position die Arbeiterklasse im Kampf für eine demokratische Bewegung in der Bundesrepublik einnimmt. Die Klärung dieser Frage ist auch deshalb wichtig, damit unsere Partei von vornherein in der Organisation der demokratischen Bewegung eine richtige Orientierung hat.

Es sind neue Entwicklungen eingetreten sowohl in der Arbeiterschaft, bei den Bauern und auch im Bürgertum. Die Arbeiterklasse ist nicht stehen geblieben. Sie hat im Jahre 1962 ihre Kräfte entwickelt. Es ist eine Verbesserung des Bewußtseins der Arbeiterklasse erreicht worden. Sie hat ihre Kräfte in bestimmten Kämpfen eingesetzt. Ich denke an die sozialen Kämpfe zu Anfang des Jahres 1962. Die Arbeiterschaft hat sich bei den Aktionen für demokratische Forderungen eingesetzt, wenn auch noch schwach; aber immerhin: diese demokratischen Bewegungen und Aktionen wären ohne die Arbeiterschaft von geringerem Gewicht gewesen.

Durch die Beschlüsse, die in den Gewerkschaften und besonders auf dem DGB-Kongreß angenommen wurden, ist es für unsere Genossen leichter geworden, in den Gewerkschaften zu arbeiten. Es sind bessere Bedingungen für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter und für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten entstanden. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest, daß der Kampf der Gewerkschaften noch mangelhaft ist. Wir müssen uns daher mit der Frage beschäftigen: Woran liegt das eigentlich, warum gelingt es nicht, die gefaßten Beschlüsse in der Praxis genügend wirksam zu machen? Liegt es eigentlich nur daran, daß es eine „Sabotage von oben“ gibt, daß beispielsweise, wie wir alle wissen, die Führung des DGB in den Händen solcher Leute wie Rosenberg und Tacke liegt, daß solche Gewerkschaftsführer wie Leber und Gutermuth heute noch ihre schändliche Rolle spielen? Natürlich liegt es auch daran. Aber ich meine, daß die Ursache für die Nichtdurchführung oder für die ungenügende Durchführung der Gewerkschaftsbeschlüsse noch woanders liegt. Das liegt auch daran, daß die Mobilisierung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder zurückbleibt, nicht dem Niveau, z. B. der DGB-Beschlüsse, entspricht. Wenn wir einmal die gewerkschaftliche Tätigkeit überprüfen, dann stellen wir fest, daß in den Gewerkschaften eigentlich eine recht schmale Schicht von Funktionären und Mitgliedern aktiv ist, daß in den gewerkschaftlichen Zusammenkünften nur der geringste Teil der Mitglieder erfaßt wird.

Das ist eine wichtige Ursache dafür, warum die Gewerkschaften noch nicht ihre Beschlüsse ernsthaft durchführen. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist noch nicht mit den guten Beschlüssen vertraut gemacht worden. Hier liegt eine große ideologische und politische Aufgabe für unsere Genossen, in den Gewerkschaften eine Massendiskussion über die Beschlüsse zu entwickeln. Diese Beschlüsse dürfen jedoch nicht nur bekannt gemacht, sondern wir müssen sie auch begründen, ihre Bedeutung hervorheben und Wege aufzeigen, wie sie verwirklicht werden können. Nur durch eine Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder selbst wird es möglich sein, die richtigen Beschlüsse der Gewerkschaften in vollem Ausmaß zur Wirkung zu bringen. Wir müssen daher die Agitation und die Diskussion über diese Fragen verstärken. Es geht darum, daß bei der Vorbereitung von Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Notstandsgesetz, durch Flugblätter und durch Publikationsorgane der Gewerkschaften zu erreichen, daß den Gewerkschaftsmitgliedern klar wird, wie notwendig es ist, solche richtigen Maßnahmen durchzuführen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Zentralkomitees darauf lenken, daß in den nächsten Wochen und Monaten erhebliche soziale Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung stehen werden. Im nächsten Halbjahr werden für ungefähr 8 Millionen Arbeiter die Lohnsätze ablaufen. Mit den Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen — sie liegen im Durchschnitt zwischen 8,5 und 13 Prozent — stehen Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Verlängerung des Urlaubs, Gratifikationen, Schutzklauseln gegen die Rationalisierung und ähnliche Fragen auf der Tagesordnung. Damit stehen jene sozialen Forderungen auf der Tagesordnung, die auf den Gewerkschaftstagen als Hauptaufgaben beschlossen wurden. Die Führung dieser sozialen Kämpfe sind auch jener Hebel, der es ermöglicht, die Arbeiterklasse in der demokratischen Bewegung weiter nach vorn zu bringen. Sie bieten auch die Möglichkeit, die Beschlüsse zur Rettung der Demokratie, die auf den Gewerkschaftskonferenzen gefaßt wurden, in der breiten Masse der Arbeiter zu erläutern und besser zu klären.

Auf die Lohnforderungen der Arbeiter antworten die Monopole oft mit dem Angebot „Null“. Außerdem wollen sie mit ihrer Regierung die Schlichtungsmaschine in Gang bringen. Man muß darauf aufmerksam machen, daß auch in den Gewerkschaften, wo es gute Gewerkschaftsbeschlüsse gibt, mit dem Gedanken gespielt wird, mit den Unternehmern solche Schlichtungsausschüsse zu bilden. Auch die Spitze der IG Metall ist bereit, mit dem Unternehmerverband über eine neue Schlichtungsordnung zu verhandeln.

Wenn wir darüber nachdenken, wie die in dem Entwurf entwickelte Politik praktiziert werden kann, so kommen wir zu dem Schluß, daß wir uns auf die großen sozialen Kämpfe orientieren müssen, die auf der Tagesordnung stehen. In diesen sozialen Kämpfen können wir auch besser klären, daß es notwendig ist, daß die Arbeiter im Betrieb und in der Wirtschaft mitbestimmen müssen, wie das im Referat entwickelt ist.

Für ein Grundsatzprogramm kämpferischer Gewerkschaftspolitik

Im Jahre 1963 finden zahlreiche Gewerkschaftskongresse statt, unter anderem auch der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß des DGB, der ein Grundsatzprogramm annehmen soll. In vielen Äußerungen und Stellungnahmen wurde bereits die Bedeutung der gefaßten richtigen Beschlüsse hervorgehoben. Aber man muß auch die Frage aufrollen, ob mit diesen Beschlüssen bereits endgültig die Linie einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik gesichert ist. Nach meiner Meinung können wir diese Frage nicht ohne weiteres positiv beantworten. Es muß in den Gewerkschaften der Kampf weiter geführt werden, es müssen bei der Vorbereitung der Gewerkschaftstage die richtigen Beschlüsse z. B. des 6. DGB-Kongresses als Ausgangspunkt genommen werden.

Wir haben für die politische Argumentation zu den Betriebsrätewahlen im „Freien Volk“ (Nr. 1/1963) ein Material veröffentlicht. Darin ist im wesentlichen die Grundlinie entwickelt, die wir auch bei den letzten Betriebsrätewahlen angewandt haben. Wir orientieren unsere Genossen darauf, daß bei den Betriebsrätewahlen die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten weiter gefestigt werden muß und daß die Aufstellung der Kandidaten und die Durchführung der Wahlen auf gewerkschaftlicher Basis erfolgen müssen. Diese Linie müssen wir für die Betriebsrätewahlen in diesem Jahr noch konsequenter vertreten. Wir müssen jeden Gedanken von uns weisen, daß die Aufstellung der Kandidaten außerhalb oder ohne die Gewerkschaften vorgenommen werden könnte. Die Aufstellung der Kandidaten ist nur an eine einzige Bedingung zu binden, nämlich daran, daß sie den Beschlüssen zustimmen, die auf den Gewerkschaftskongressen angenommen worden sind. Es erleichtert die Zustimmung zu diesen Gewerkschaftsbeschlüssen und die Aufstellung einheitlicher Listen, wenn auf der Basis dieser Beschlüsse betriebliche Forderungsprogramme aufgestellt werden.

Nach meiner Meinung kommt es darauf an, daß wir bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen das überwinden, was uns am meisten hindert, nämlich die Scheu mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern über alles zu sprechen. Man muß diese Gespräche nicht nur unter den Betriebsräten selbst führen, sondern unsere Genossen Betriebsräte und überhaupt alle fortschrittlichen Betriebsräte müssen diese Gespräche auch mit den Gewerkschaftsleitungen führen. Selbstverständlich auch mit den Gewerkschaftssekretären. Wir müssen vermeiden, daß bei den Betriebsrätewahlen ein Tauziehen um Funktionen beginnt. Unsere Genossen sollten ihre Aufgabe auch darin sehen, solche sozialdemokratische und parteilose Arbeiter in die Betriebsräte wählen zu helfen, die in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt haben, daß sie die Beschlüsse der Gewerkschaften ernst nehmen und bereit sind sie durchzuführen.

Ich möchte zum Schluß sagen, daß wir im Sinne unseres Entwurfs für eine programmatische Erklärung dann am besten arbeiten, wenn wir die sozialen Kämpfe der Arbeiter organisieren, wenn wir den ideologischen Klärungsprozeß in den Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses weiter vorantreiben und wenn wir den Arbeitern helfen, bei den Betriebsrätewahlen ihre Einheit zu festigen.

Die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts — Entscheidender Bestandteil für Demokratie und Frieden

Genosse Heinrich:

Genossinnen und Genossen! Die Aufgabe der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, der Kampf um die Erweiterung ist für die erfolgreiche Verteidigung des Friedens eine unabdingbare Notwendigkeit. Dieser Kampf entscheidet letztlich die Frage der Veränderung der Einflußnahme der Klassenkräfte auf die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiterklasse, zugunsten des Volkes. Deshalb ist auch der Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften ein entscheidender Bestandteil des Volkskampfes um die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Und da die Forderung nach Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften die Zurückdrängung der Macht der Monopole bedeutet, ist diese Forderung der Gewerkschaften zugleich der positive Ausdruck des Kampfes der Gewerkschaften gegen die vom Monopolkapital und von den Militaristen geforderte Notstandsgesetzgebung. Statt Notstandsgesetze, Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften. Statt Allmacht der Monopole in Staat und Wirtschaft, Einschränkung der Macht der Monopole zugunsten der Erweiterung des Einflusses der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften auf die Entwicklung in der Bundesrepublik selbst.

Es gibt für den Inhalt des Mitbestimmungsrechts, so für die Frage: Warum Mitbestimmung?, in den Gewerkschaften eine ganze Reihe positiver Anknüpfungspunkte. Es gibt auch sehr viele richtige Vorstellungen darüber, was mit den erweiterten Rechten erreicht werden soll. So sagte zum Beispiel Otto Brenner:

„Immer noch gibt es in unserer Wirtschaft Herrschende und Beherrschte. Noch immer sind die Arbeitnehmer Objekt der Unternehmerentscheidungen. Aber der arbeitende Mensch hat ein Recht auf Mitbestimmung in der Wirtschaft genauso wie im Staate.“

„Die Mitbestimmung ist mehr als nur ein Anhängsel der politischen Demokratie. Sie ist nach unserer Auffassung eine unerläßliche Bedingung für die Verwirklichung der Demokratie überhaupt.“

Solche positiven Einschätzungen von Gewerkschaftsfunktionären könnte ich eine ganze Reihe aus jedem „Gewerkschaftlichen Monatsheft“ herausgreifen. Nur müßten unsere Genossen diese gewerkschaftlichen Materialien auch lesen und damit arbeiten.

(Max R.: Das ist das Wichtigste!)

Wir müssen als Partei darauf achten, daß es noch ungenügende Vorstellungen darüber gibt, wie diese Rechte im einzelnen aussehen sollen. Es muß unsere Aufgabe sein, an die Entwicklung solcher Rechte, die zu erkämpfen sind, unmittelbar heranzugehen.

Was noch schwieriger ist als die Ausarbeitung der Forderungen zur Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes, das ist der konkrete Weg, wie die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes faktisch in Gang gebracht werden soll. Genosse Max hat bereits hier dargelegt, daß man zum Beispiel die Form wählen kann, daß die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes in den Manteltarifverträgen verankert wird.

(Max R.: Das ist allerdings sehr begrenzt!)

Ja, das ist sehr wenig. Ich habe hier zum Beispiel den Manteltarif von 1959 vorgelegt. Das ist nicht viel. So heißt es hier:

„Für die Vertretung der Arbeiter in den Betrieben gelten die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, und zwar die abgeschlossenen Vereinbarungen. Den Arbeitern, die als Funktionäre der Gewerkschaft dem Arbeitgeber bekannt gegeben werden, dürfen aus dieser Änderung keine Nachteile erwachsen. Ihre Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis bleiben unberührt.“

Das ist schon eine Art Festlegung eines Rechts des Gewerkschaftsfunktionärs im Betrieb.

Genosse Max R.:

Einen Augenblick! Die Sache ist doch so, daß es eine Reihe Gewerkschaften gibt, die aus den verschiedensten Gründen Angst haben, den Manteltarif zu kündigen usw. Wenn wir jetzt in den Gewerkschaften so mobilisieren, z. B. in der IG Metall oder in der IG Bergbau, daß ein solcher Manteltarif abgeschlossen werden soll oder daß der alte Manteltarif gekündigt werden muß, dann haben wir die Möglichkeit, in diese Paragraphen mehr an Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschafter hineinformulieren zu lassen. Das braucht dann nicht mehr so zu bleiben; denn dann kommt ja ein neuer Manteltarif. Wir haben hier eine Möglichkeit, neue Formulierungen zu beantragen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß solche Möglichkeiten bestehen. In der jetzigen Form ist das noch sehr wenig.

Genosse Heinrich:

Ich habe auch von einer anderen Seite her diese Manteltarifverträge durchgesehen, um festzustellen, wie eigentlich solche Manteltarife zustande kommen. Das ist nicht nur eine Frage der Verhandlungen der Gewerkschaftsspitzen, sondern sehr oft sind darin Festlegungen enthalten, die bereits an vielen Punkten auf der betrieblichen Ebene erkämpft und durchgesetzt wurden und dann später durch die Gewerkschaft selbst in die Manteltarifverträge für eine ganze Reihe Industriezweige übernommen wurden. Wir sollten auch diesen Hinweis bei dem Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts beachten und solche Forderungen entwickeln, die auf betrieblicher Ebene auch durchgesetzt werden können. Dann kämen wir auch zur Veränderung des Manteltarifs.

Nach Darlegung der Monopolisten beabsichtigen sie z. B. bei den kommenden Lohnkämpfen — und es sind über 5 Millionen Werktätige, die in diese Lohnkämpfe einbezogen werden — mit rigorosen Maßnahmen gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften vorzugehen. Im Rahmen dieser Lohnkämpfe die Frage der Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes zu stellen, die Frage der Allmacht der Monopole zu diskutieren, wird bei den Arbeitern in einer solchen Situation auf günstigen Boden fallen, weil sie dann unmittelbar mit denen im Kampf stehen, die faktisch über ihre Arbeitsbedingungen und über die Politik im Staat bestimmen.

In diesem Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes wird also das Erkämpfte wie auch das zu Erkämpfende sichtbar, es wird sichtbar, daß die Arbeiterklasse in der DDR mit ihrem Arbeitsgesetzbuch der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik eine ganze Etappe voraus ist, und daß es sehr nützlich ist, mit diesen erkämpften Positionen der Arbeiterklasse der DDR in der Bundesrepublik anzugreifen. Wenn es um mehr Recht in Staat und Wirtschaft geht, dann werden auch die Kollegen besser und leichter Freund und Feind der Gewerkschaften erkennen. Es ist im Kampf um den Frieden und für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gegenwärtig von entscheidender Bedeutung, im Friedenskampf auf der richtigen Seite zu stehen.

Der Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes wird zugleich die allgemeine Volksbewegung zur Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten gewaltig verstärken. Mit diesem Kampf wird die Volksbewegung ein entscheidender Hebel für ein Zusammengehen aller demokratischen Kräfte, wie das in unserer Programmatischen Erklärung dargelegt wurde.

Die Mittelschichten in den Kampf gegen die Scharfmacher und den Notstandskurs einbeziehen

Genosse Ernst:

Höcherl hat sein Notstandsbündel vorgelegt. In diesem Notstandsbündel sind auch die verschiedensten Maßnahmen für ganze Wirtschaftskomplexe enthalten, zum Beispiel im sogenannten Wirtschaftssicherungsgesetz. Dieses Gesetz sieht in der Tat die totale ökonomische und finanzielle Kriegsvorbereitung vor, mitten im Frieden. Das ist wirklich ein Strangulierungsgesetz. Es gibt u. a. in diesem Spezialnotstandsgesetz Bestimmungen, die vorsehen, (unter anderem im § 1 Punkt 10), die Verwaltung, Verlagerung und Stillegung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Das ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Generalklausel für die weitere Machtausbreitung der Großkonzerne, die ihren Einfluß direkt durch die

Übernahme dieser stillgelegten Betriebe und auch indirekt durch die Stilllegung der Produktion verstärken können. Ähnlich ist es für die Verkehrswirtschaft. Gleichfalls ist auch ein Ernährungsgesetz vorgesehen. Vor uns entsteht damit das Gebäude der totalen Kriegswirtschaft.

Wir müssen den Inhalt dieser Gesetze noch genauer erklären. Viele Menschen, auch junge Genossen, die in unsere Partei kommen, fragen uns, wenn wir über die Notstandsgesetze sprechen: Aber was steht denn eigentlich drin? — Man muß Methoden finden, um den ungeheuerlichen Inhalt, die ungeheuerlichen Tatsachen breitesten Kreisen der Bevölkerung aufzuzeigen. Je mehr Menschen wissen, was eigentlich in diesen Gesetzen steht, umso mehr können wir auch erreichen, daß sie nicht mehr auf die verschiedensten Versuche hereinfallen, diese Gesetze mit einem demokratischen Mäntelchen zu versehen.

Ich möchte noch auf eine Frage eingehen, die für die Politik unserer Partei vom Standpunkt der Gewinnung von Bundesgenossen wichtig sein kann. Es wurden im Laufe der Diskussion und auch im Referat viele Beispiele über den Ausbruch größerer Protestbewegungen in der Bundesrepublik vorgebracht. Auch die städtischen Mittelschichten sind schon mehr oder weniger stark in diese Bewegung für eine Veränderung der Politik entsprechend ihren speziellen Interessen eingeschaltet.

Ich habe kürzlich eine Zusammenstellung von Äußerungen von Vertretern des Mittelstands durchgesehen. Da gibt es klare Auffassungen über Forderungen. Ein Handwerker sagte z. B.: Eine reale Gegenwarts politik auf der Grundlage der Gegebenheiten, unbedingte Neutralitätspolitik, eine Steuerreform, die die Lasten auf die großen Einkommen verlagert. Das kann man doch unterstreichen. — Das ist eigentlich im Grunde genommen das, was auch in unserem Dokument steht.

In den Zeitungen des Mittelstands kann man jetzt große Überschriften lesen, z. B.: „Die Adenauer-Politik ist unglaublich geworden.“ Das ist doch etwas Neues. Das muß uns doch zu denken geben. Wir wissen, daß die Adenauer-Politik in der Tat für immer mehr Menschen unglaublich geworden ist. Die Leute spüren, daß sie an der Nase herumgeführt werden, daß ihre Forderungen von dieser Regierung und den dahinterstehenden Kräften nicht erfüllt werden. Die Handwerker haben in Wittenhausen ihren Aktionsausschuß — nach einer Pressemitteilung — in der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Beisein der Presse haben sie dann einige Forderungen verkündet, z. B. ihre Vorstellungen gegen die Konzentration in der Wirtschaft. Dabei haben sie die Bundesregierung scharf angegriffen. Sie haben ihre Stimme auch noch in einer anderen Frage erhoben, nämlich in der Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Wir müssen darum kämpfen, daß die mit der Lohnfortzahlung tatsächlich aufkommenden schweren finanziellen Belastungen vom Mittelstand abgewendet werden. Der DGB-Kongreß hat in einer Entschließung Ausgleichskassen vorgeschlagen. Von woher sollen nun aber diese notwendigen Ausgleichskassen gefüllt werden? Wir können ganz konkret sagen: aus dem Bonner Rüstungsetat und aus den Gewinnen der Großindustrie! — Damit haben wir auch hier wieder eine Möglichkeit, von der Seite der Gewerkschaft her in einen engeren Kontakt mit starken Kräften des Mittelstands, mit Handwerk, Einzelhandel und auch den kleineren Betrieben zu kommen.

Der Genosse Heinz hat heute vormittag darüber gesprochen, daß oftmals Kreise des Handwerks und des Einzelhandels Opfer reaktionärer Einflüsterungen werden können. Aber legen wir uns doch einmal die Frage vor: Sind wir denn überhaupt dabei? Kümmern wir uns um diese Schichten? Die Arbeiterschaft muß sich auch in ihrer Gesamtorientierung um den städtischen Mittelstand kümmern. Es gibt überall stürmische Versammlungen wegen dieses Lohnfortzahlungsgesetzes. Bundestagsabgeordnete werden geladen und weigern sich, dort richtige, im Sinne der mittelständischen Interessen liegende Vorschläge anzuerkennen. Sie können keine Antwort auf die Fragen des Mittelstandes geben. Nun ist die Zeit gekommen, daß sich Gewerkschafter und Angehörige des Mittelstandes einen gemeinsamen Weg suchen, wie man auf Kosten des Rüstungsetats und der Großindustrie die Interessen der Hunderttausenden von kleinen Existenzen in den Städten schützen kann. Wir müssen uns auf jeden Fall dieser Sache annehmen.

